

Kurzschriftlicher Bericht

1. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 23. und 27. Oktober 2003

Inhalt:

Eröffnung der konstituierenden Sitzung (Seite 3)

Verabschiedung der ausgeschiedenen Mitglieder des Oö. Landtags (Seite 4)

Unterbrechung der Sitzung: 11 Uhr

Fortsetzung der Sitzung: 11 Uhr 8 Minuten

Bestellung von drei Ordnern und einem Schriftführer (Seite 12)

Angelobung der Mitglieder des Oö. Landtags (Seite 12)

Verlesung der Anzeigen über die Wahl der Obmänner (Stellvertreter) der einzelnen Klubs (Seite 14)

Behandlung des Geschäftsantrages auf Einrechnung des Landeshauptmanns auf die Liste seiner Partei (Seite 14)

Redner: Abg. Trübswasser (Seite 15)
 Abg. Dr. Frais (Seite 15)
 Abg. Mag. Steinkellner (Seite 17)
 Abg. Mag. Strugl (Seite 17)

Wahl der Ersten, Zweiten und Dritten Präsidentin des Oö. Landtages (Seite 18)

Wahl von drei Schriftführern und drei Ordnern (Seite 21)

Wahl des Landeshauptmannes (Seite 21)

Angelobung des Landeshauptmannes (Seite 22)

Wahl der Landeshauptmann-Stellvertreter (Seite 22)

Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung (Seite 23)

Angelobung der Mitglieder der Landesregierung (Seite 25)

Parteierklärung der FPÖ: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 25)

Parteierklärung der Grünen: Landesrat Anschöber (Seite 26)

Parteierklärung der SPÖ: Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 28)

Parteierklärung der ÖVP: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 30)

Wahl der Vertreter des Landes Oberösterreich in den Bundesrat (Seite 38)

Unterbrechung der Sitzung: 14 Uhr 9 Minuten

Fortsetzung der Sitzung: 27. Oktober 2003, 9 Uhr 6 Minuten

Angelobung von Mitgliedern des Oö. Landtags (Seite 39)

Bildung der ständigen Ausschüsse des Oö. Landtags und Festlegung der Zahl über die Mitglieder (Ersatzmitglieder) (Seite 39)

Redner/innen: Abg. Kapeller (Seite 40)
Abg. Bauer (Seite 41)
Abg. Trübswasser (Seite 41)
Abg. Schenner (Seite 42)
Abg. Dr. Frais (Seite 44)
Abg. Winterauer (Seite 46)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 48)
Abg. Präsidentin Eisenriegler (Seite 49)
Abg. Mag. Gumpinger (Seite 50)
Abg. Dr. Schmidt (Seite 51)
Abg. Mag. Strugl (Seite 54)
Abg. Mag. Jahn (Seite 56)
Abg. Dr. Frais (Seite 56)
Abg. Präsidentin Eisenriegler (Seite 59)
Abg. Kapeller (Seite 60)
Abg. Trübswasser (Seite 61)

Unterbrechung der Sitzung: 10 Uhr 51 Minuten

Fortsetzung der Sitzung: 10 Uhr 57 Minuten

Wahlen in die ständigen Ausschüsse (Seite 62)

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Die Mitglieder des Landtags

Die Mitglieder des Bundesrates

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: HR Dr. Hörmanseder

(Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Grüß Gott und guten Morgen zur konstituierenden Sitzung der Oberösterreichischen Landtags. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich dazu. Ich stelle fest, dass die vollzählig erschienenen neugewählten Abgeordneten durch Vorlage des Wahlscheines ihre Berechtigung zum Eintritt in den Oberösterreichischen Landtag erwiesen haben. Eine schriftliche Bestätigung über den Empfang des Wahlscheines haben wir Ihren Klubs gegeben.

Ebenso herzlich begrüße ich die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung. Ich begrüße sehr herzlich die Mitglieder des österreichischen Bundesrates. Eine Freude ist es uns und auch da darf ich ein herzliches Willkommen sagen, dass die Herren Landeshauptleute a.D. Dr. Erwin Wenzl und Dr. Josef Ratzenböck heute gekommen sind. Herzlich willkommen. (Beifall) Ebenso herzlich darf ich die Herren Landeshauptmann-Stellvertreter Fritz Hochmair, Dr. Karl Albert Eckmayr bei uns begrüßen. Und ich richte auch einen Willkommensgruß an den ehemaligen Dritten Präsidenten und Landesrat a.D. Kommerzialrat Rudolf Trauner. (Beifall) Ich begrüße auch sehr, sehr herzlich alle Familienangehörigen, Freunde und Verwandte, der hier im Hause anwesenden Damen und Herren. Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter unserer Medien. Ich begrüße sehr herzlich auch die Bediensteten des Hauses und ich begrüße im Besonderen die Damen und Herren, die mit der Beendigung dieser Legislaturperiode aus dem Oberösterreichischen Landtag, aus der Landesregierung und aus dem Bundesrat, ausgeschieden sind. Ich freue mich sehr über Ihre Anwesenheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich von den Sitzen zu erheben. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.) Leider beginnen wir diese konstituierende Sitzung des Landtags mit einer Trauerkundgebung. Mit ganz großer Bestürzung haben wir vor wenig mehr als einer halben Stunde erfahren, dass der langjährige Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Karl Grüner verstorben ist. Das Land Oberösterreich hat mit Dr. Grüner einen großen Politiker verloren und die Sozialdemokratische Partei einen ihrer Spitzenrepräsentanten. Wir wussten alle von der schweren Krankheit von Dr. Grüner, aber sein Tod traf uns in der vergangenen Nacht doch sehr unerwartet.

Was verbinden wir mit der Arbeit von Karl Grüner in diesem hohen Haus? Wir verbinden ein ganz großes Engagement in seinen Kompetenzgebieten, es war seine Tätigkeit als Gemeindefereferent. 11 Jahre, von 1982 bis 1993, war Karl Grüner der Anwalt der oberösterreichischen Gemeinden. Er hat sie gefördert, er hat sie unterstützt und in ihrer Entwicklung begleitet. Dr. Karl Grüner wurde vor 30 Jahren, nämlich am 16. November 1973, als Abgeordneter zum Oberösterreichischen Landtag angelobt. Als damals jüngster Direktor der Pädagogischen Akademie des Bundes war er zunächst ein engagierter Bildungs- und Schulpolitiker, dessen Arbeit von einem zutiefst humanistischen Weltbild geprägt war.

Karl Grüner wurde am 25. Oktober 1979 in die Landesregierung gewählt, 1982 wurde er Landeshauptmann-Stellvertreter. Damit übernahm er auch das Ressort, das wir mit ihm am stärksten verbinden, das Gemeindefereferat. Und eine besondere Anerkennung dieser hervorragenden Arbeit ist ihm auch kurz vor Ausscheiden aus der Politik zuteil geworden. Viele Gemeinden Oberösterreichs haben sich in diesen letzten Monaten seiner Amtstätigkeit darum bemüht und ihn auch zum Ehrenbürger ihrer Gemeinden gemacht. Ich glaube, dass auch das eine ganz besondere Wertschätzung seiner Arbeit gewesen ist.

Dr. Karl Grüner war ein führender Mitgestalter der Landespolitik, der das, was wir heute das oberösterreichische Klima nennen, entscheidend mitgeprägt und mitverantwortet hat. 20

Jahre, von 1973 bis 1993, hat er in verschiedenen Funktionen im Landtag und in der Landesregierung gearbeitet. In seiner Abschiedsrede vor diesem Haus am 21. Oktober 1993 sagte er: "Ich habe versucht dem Prinzip zu leben, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, weil ich glaube, dass dieses Prinzip Vorrang haben sollte". Das war seine Art Politik zu machen. Menschliche Ausstrahlung und persönliche Integrität, Sprachkultur und der Wille dem Land und seinen Menschen zu dienen, haben ihn ausgezeichnet. Politik war für ihn immer die Suche nach der besten, nach der gerechten Lösung. Das ist sein Vermächtnis. Nach langer schwerer Krankheit ist Dr. Karl Grüner in der vergangenen Nacht im 71. Lebensjahr verstorben. Wir trauern um ihn. Das Land Oberösterreich wird Dr. Karl Grüner stets ein ehrendes Gedenken bewahren. Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte heute persönlich und im Namen aller Abgeordneten zum Oberösterreichischen Landtag und im Namen auch der Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung mich bei den Damen und Herren bedanken, die in der Vergangenheit kürzer oder länger die Politik Oberösterreichs entscheidend mitgestaltet haben, in ihren Funktionen als Mitglied der Landesregierung, in ihren Funktionen als Mitglied des Oberösterreichischen Landtags, als Vertreterinnen und Vertreter im Österreichischen Bundesrat und in vielen anderen Funktionen, die sie aus ihrer persönlichen Berufswelt, aus ihren Interessensgebieten her vertreten haben. Ich möchte jeder und jedem Einzelnen von Ihnen auch gerne sehr persönliche und direkte Worte widmen, weil ich denke, dass es gut ist, wenn wir in diesem Haus hier auch Ihre Arbeit noch einmal in wenigen Worten Revue passieren lassen. Dass es nur wenige Worte sein können, werden Sie verstehen. Trotzdem möchte ich sie sprechen.

Ich darf beginnen mit Herrn Landesrat Dr. Hans Achatz. Landesrat Dr. Hans Achatz ist einer der dienstältesten Mitglieder der Landespolitik. Er verlässt heute die aktive Politik, in der er vom 4. Oktober 1984, also seit 19 Jahren, gearbeitet hat, zunächst als Landtagsabgeordneter, dann von 1989 bis 1991 als Klubobmann der Freiheitlichen Partei und seit November 1991 als Landesrat für Wasserrecht und das Veterinärwesen. Dr. Hans Achatz hat vor seiner politischen Tätigkeit als Richter gearbeitet. Von 1976 bis 1989 war er Richter am Kreisgericht Ried im Innkreis. Seine Aufgaben im Oberösterreichischen Landtag und seine Aufgaben in der Oberösterreichischen Landesregierung waren stets mit großem Engagement erfüllt. Seine Anliegen waren vor allem der Schutz unseres Wassers und bei der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr hat er besonders großes Engagement gezeigt. Im Veterinärwesen hat sich Dr. Hans Achatz vor allem für einen artgerechten Umgang mit den Tieren eingesetzt und sich bemüht alles zu tun, um Katastrophen wie BSE oder andere Tiersuchen von unserem Land fernzuhalten. Sehr geehrter Herr Dr. Achatz! Seit fast 20 Jahren haben Sie hier in diesem hohen Haus für unser Land gearbeitet. Viele Begegnungen haben wir dabei gehabt. Ich danke Ihnen sehr herzlich für diese Ihre Arbeit für unser Land und seine Menschen. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute, persönliches Wohlergehen, vor allem Gesundheit. Danke für Ihre Arbeit, alles Gute für die Zukunft. (Beifall)

Heute beendet auch Kommerzialrat Josef Fill seine Tätigkeit hier in diesem hohen Hause. Kommerzialrat Josef Fill war seit 1991 Mitglied im Oberösterreichischen Landtag und wurde im Juli des Jahres 2000 als Nachfolger von Christoph Leitl als Wirtschaftsreferent, als Energiereferent und als Referent für Europeanformationen, um die großen Gebiete zu umschreiben, in die Oberösterreichische Landesregierung gewählt. Die Wurzeln von Josef Fills politischer Arbeit liegen in seiner Tätigkeit als Unternehmer begründet. 1966 hat er den Grundstein für sein erfolgreiches Unternehmen, die Maschinenbaufirma Fill, gelegt. Und schon 10 Jahre später begann Josef Fill mit der Arbeit in der Interessensvertretung der Wirtschaft, zunächst in Gurten, später als Wirtschaftsbundbezirksobmann und als Obmann der Wirt-

schaftskammer von Ried im Innkreis. Was Josef Fill stets wichtig gewesen ist und wichtig war? Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich die Wirtschaft gut entwickeln kann und damit auch Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das soziale Fundament in unserem Land gesichert bleibt. Es ging Josef Fill immer um Innovation, um Zusammenarbeit, um die Nutzung von Chancen, die wir im Rahmen der Europäischen Union haben. Und ein ganz besonderer Schwerpunkt seiner Tätigkeit waren auch insbesondere Fragen der Arbeitsmarktsituation. Dass Oberösterreich heute eine der niedrigsten Arbeitslosenraten hat, ist auch dein Verdienst, das du mit deinen Initiativen ganz besonders vorangetrieben hast. Ich bedanke mich auch für alle Initiativen, die besonders den Bereich der Frauenbeschäftigung betreffen, um sie in neue Berufe hineinzubringen, um sie für besonders technische Berufe zu interessieren. Du verlässt heute etwas überraschend die Landespolitik, lieber Josef Fill. Ich möchte dir sehr herzlich danken für deine Arbeit im Oberösterreichischen Landtag, für deine Arbeit in der Landesregierung, für deine menschliche Größe, für deine Persönlichkeit immer ausgleichend zu wirken und das Beste nicht nur zu wollen, sondern auch zu tun. Danke vielmals, alles Gute für dich, für deine Familie für die Zukunft. (Beifall)

Heute beendet auch Herr Lutz Weinzingler seine politische Arbeit im Oberösterreichischen Landtag. Seit 1991 haben Sie in diesem Haus Politik gemacht und von hier aus Ihre Politik auch hinausgetragen. Seit 6. März dieses Jahres war Lutz Weinzingler auch als Klubobmann der Freiheitlichen Partei tätig. Ihm ist es gelungen, seiner Arbeit hier im Landtag einen ganz persönlichen Stempel aufzudrücken. Lutz Weinzingler ist ein gutes Beispiel dafür, dass es möglich ist, dass man über Parteigrenzen hinweg mit allen gut zusammenarbeiten kann. Und bei allen notwendigen Diskussionen und Konfrontationen ist es ihm doch in aller erster Linie immer wieder darum gegangen, tragfähige Lösungen für alles zu finden. Was ihn ganz besonders ausgezeichnet hat hier in diesem Haus? Er hat Prinzipien und Ideen, die er mit ganzer Kraft und viel Engagement eingesetzt hat. Seine Redebeiträge hier im Oberösterreichischen Landtag, zur Kultur im Besonderen, auch zu unserer Sprache, haben die Lebendigkeit in diesem Haus in den vergangenen Jahren durchaus geprägt. Lutz Weinzingler hat sich nie verschlossen und ist für seine Anliegen immer sehr offen eingetreten, aber er hat auch die Zusammenarbeit gelebt. Ich möchte mich bei Lutz Weinzingler auch im Besonderen für seine Tätigkeit als Klubobmann in den letzten Monaten bedanken, für das offene und freundschaftliche Klima, in dem es uns möglich gewesen ist, gute Entscheidungen für alle zu treffen. Sie haben unser Haus hier mit einer unnachahmlichen Art in Ihren Wortmeldungen geprägt. Und dafür danke ich Ihnen, so wie für die inhaltliche Arbeit, die Sie für unser Land und seine Menschen getan haben. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit. Ich wünsche Ihnen, dass es Ihnen gut gehen möge. Alles Gute. (Beifall)

Wir verabschieden uns heute auch von Herrn Ökonomierat Karl Lauss. Karl Lauss hat dreizehn Jahre hier im Oberösterreichischen Landtag gearbeitet. Ruhig, sachlich und ausgleichend hat sich Karl Lauss mit ganzer Kraft, vor allem für die Entwicklung des Mühlviertels eingesetzt. In den vergangenen sechs Jahren war Karl Lauss im Bau- und EU-Ausschuss, sowie im Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss tätig. Vor seiner Arbeit im Oberösterreichischen Landtag war Karl Lauss seit 1967 in der Gemeindepolitik von Altenfelden aktiv, zuletzt von 1985 bis zum vergangenen Jahr als Bürgermeister. Und die Kommunalpolitik hat auch im Besonderen Maße seine Arbeit geprägt. Dass auch die ländlichen Gemeinden über eine gute Finanzkraft verfügen müssen, um ihre Aufgaben für die Menschen erfüllen zu können, das war eine ganz besondere Leitlinie seiner Arbeit. Er wusste aus eigener Erfahrung um die Notwendigkeit eines gut ausgebauten Wegenetzes im ländlichen Raum und hat sich für alle diese Anliegen im ländlichen Raum engagiert eingesetzt. Karl Lauss hat in der vergangenen Legislaturperiode auch den Unterausschuss zum Bodenreformrechtsänderungsgesetz geleitet. Auch eine Frage der weiteren Entwicklung des ländlichen Raumes, die dir

immer am Herzen liegt. Lieber Karl Lauss! Danke vielmals für deine Arbeit. Danke vielmals für dein Engagement für Oberösterreich und für deine Heimat. Für die Zukunft alles, alles Liebe und Gute für dich. (Beifall)

Ein herzliches Dankeschön für seine Arbeit sage ich auch Herrn Ing. Lambert Haimbuchner. Ing. Lambert Haimbuchner hat dem Landtag durch zwei Arbeitsperioden hindurch angehört. Sein besonderes Engagement galt ebenfalls der Kommunalpolitik. Lambert Haimbuchner war seit 1973 Gemeinderat und von 1979 an Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Steinhäus bei Wels. Diese Erfahrungen in der Kommunalpolitik und die berufliche Tätigkeit als Amtssachverständiger haben auch seine Arbeit hier im Oberösterreichischen Landtag geprägt. Aus diesem Wissen und aus dieser Erfahrung heraus haben Sie Leitlinien für die Arbeit hier im Landtag entwickelt. Im Siedlungswasserbau, in der Abwasserentsorgung, das waren spezielle Themen, wo Sie Ihre Kompetenz und Ihr Wissen hervorragend einbringen konnten. Ing. Lambert Haimbuchner war im Finanzausschuss, im Bauausschuss und im Rechtsbereinigungsausschuss, sowie im Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten tätig und mit ruhiger Kompetenz haben Sie Ihre Anliegen vertreten. Danke vielmals für all das, was Sie hier in diesem hohen Haus geleistet haben, was Sie für Oberösterreich und seine Menschen getan haben. Danke dafür und alles Gute für die Zukunft. (Beifall)

Heute beendet auch Herr Ludwig Hofmann seine Arbeit hier in diesem Hause. Ludwig Hofmann war seit Oktober 1991 im Oberösterreichischen Landtag tätig. Seine politische Arbeit begann aber schon viel früher, 1967 im Gemeinderat von Braunau. Zeit seiner Tätigkeit war Ludwig Hofmann vor allem der AMAG eng verbunden und hier liegen auch die Wurzeln für seine Tätigkeit. In der AMAG hat er nicht nur seine Berufsausbildung als Maschinenschlosser absolviert, sondern wurde 1984 auch zum Betriebsratsvorsitzenden des Unternehmens gewählt. In diesen zwei vergangenen Arbeitsperioden hat sich Ludwig Hofmann stets mit voller Kraft und mit sehr viel persönlichem Einsatz für die Anliegen der Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerinnen Oberösterreichs eingesetzt. Die Entwicklung der oberösterreichischen Wirtschaft hat er stets aus diesem Gesichtspunkt heraus begleitet. Ihr Ziel war es immer, den Menschen gesicherte Arbeitsplätze, ein gutes Einkommen zu geben und darüber hinaus haben Sie auch die Tätigkeit in den Ausschüssen im Oberösterreichischen Landtag im Finanz-, im Petitions- und im Verkehrsausschuss unter dieser Prämisse heraus entwickelt. Wenn Ludwig Hofmann heute seine Arbeit in diesem Haus beendet, dann verlässt ein profilierter Sozial- und Arbeitsmarktpolitiker den Landtag. Ich danke Ihnen für all das, was Sie für Oberösterreich, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wäre zu verkürzt gesagt, für die Menschen in unserem Land getan haben. Danke für Ihren Einsatz und für Ihr Engagement. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen alles Gute. (Beifall)

Herr Kommerzialrat Dipl.-Ing. Gerd Holter gehörte ebenfalls seit Oktober 1991 dem Oberösterreichischen Landtag an. Als Unternehmer, der seit 1972 seinem Unternehmen als Geschäftsführer vorsteht, waren ihm die Wirtschaft und die Finanzpolitik stets ein ganz besonderes Anliegen. Für Kommerzialrat Dipl.-Ing. Gerd Holter ging es in seiner Arbeit stets darum, den Unternehmen jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die Ihnen ein erfolgreiches Arbeiten möglich machen. Diese Rahmenbedingungen haben Sie aktiv mitgestaltet. Herr Dipl.-Ing. Holter war aber auch in der Interessensvertretung der Wirtschaftsunternehmen tätig. Im Landtag hat er entsprechend seinem Aufgabenschwerpunkt vor allem in den Ausschüssen gearbeitet, die mittelbar und unmittelbar mit der Wirtschaftsentwicklung unseres Landes zu tun hatten, dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten. Sein Engagement galt aber auch dem Kontroll- und dem Rechtsbereinigungsausschuss. Was Herrn Kommerzialrat Dipl.-Ing. Holter immer ausgezeichnet hat, war sein sehr sachlicher Stil. Mit Kompetenz und Überzeugungskraft haben Sie viel dazu beigetragen,

dass es in unserem Land gute Möglichkeiten für Unternehmen und gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Menschen gibt. Ich danke Ihnen sehr herzlich dafür und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute. (Beifall)

Zwei Arbeitsperioden war Karl Wimleitner Mitglied des Oberösterreichischen Landtags. Er war auf vielen Ebenen politisch tätig. Von 1973 an als Gemeinderat, später als Bezirksparteiobmann und als Bezirksgeschäftsführer der Freiheitlichen Partei. Seit 1992 Obmann der freiheitlichen Seniorenorganisation. Die Sozialpolitik insgesamt und die Anliegen der Menschen in unserer Gesellschaft waren Karl Wimleitner in seiner politischen Arbeit immer ein großes Anliegen. Er hat sich dafür eingesetzt, dass das, was die älteren Menschen für unser Land geleistet haben, entsprechend gesehen wird und nicht verloren geht, im Gegenteil, dass diese Lebenserfahrung als ein ganz wertvoller Teil unserer Gesellschaft anerkannt und geschätzt wird. Nach zwölf Jahren verlässt Karl Wimleitner heute die aktive Politik. Ich bin aber sicher, dass er sich in seiner Organisation nach wie vor in die Politik einbringen wird, auch in der Zukunft. Aber für das, was Sie hier in Oberösterreich im Oberösterreichischen Landtag geleistet haben, sage ich Ihnen heute ein Dankeschön, danke für das, was Sie getan haben. Für Ihre persönliche Zukunft wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Gesundheit. (Beifall)

Den Anliegen der Bäuerinnen Gehör zu verschaffen, das war das Anliegen der Frau Ökonominerätin Hermine Ziegelböck. Seit 1991 ist Hermine Ziegelböck Mitglied des Oberösterreichischen Landtags gewesen. Seit 1976 ist sie für die Bäuerinnen aktiv politisch tätig, zuerst als Ortsbäuerin, zuletzt von 1991 bis zum vergangenen Jahr als Landesbäuerin. Immer wieder ging es Hermine Ziegelböck insbesondere um die Stärkung der Lebensqualität im ländlichen Raum, um die Aus- und Weiterentwicklung des landwirtschaftlichen Schulwesens. „Land braucht Leben“ war dein Slogan und deine Maxime. So lässt sich das als Motto ganz sicherlich für deine politische Arbeit zusammenfassen. Im Landtag hat Hermine Ziegelböck sich vor allem im Sozial- und im Umweltausschuss eingebracht. Als Vorsitzende hat sie den Unterausschuss geführt, der die flächendeckende Verwendung von biologischen Nahrungsmitteln in Landesküchen zum Thema hatte. Auch darin waren ihre Kernthemen berührt. Das Verständnis der Gesellschaft für die Anliegen der Natur und der Landwirte zu fördern, für einen bewussten und sensiblen Umgang mit der Natur und Lebensmitteln zu werben. Liebe Hermine, ich danke dir für deine Arbeit, für deine Anregungen, für deine große Kompetenz und dein Wissen und deine Ideen, die du hier eingebracht hast im Oberösterreichischen Landtag, in deiner Organisation eingebracht hast und ich danke dir auch persönlich für die Freundschaft und die gute Zusammenarbeit hier in diesem hohen Haus. Du hast immer gezeigt, dass dir gerade dieses gute Zusammenstehen innerhalb des Landtags mit all seinen Fraktionen ein ganz großes Anliegen gewesen ist. Damit hast du auch gutes Klima geschaffen. Danke dafür. Alles Liebe und Gute für dich. (Beifall)

Herr Martin Kreßl war sechs Jahre im Oberösterreichischen Landtag tätig und wird mit dem heutigen Tag auch seine Funktion beenden. Als Nebenerwerbslandwirt und Gendarmeriebeamter waren seine Arbeitsschwerpunkte hier in diesem hohen Haus vorgegeben. Die Sicherheitspolitik war ihm ein ganz besonderes Anliegen. Was kann getan werden, um das Leben der Menschen in Oberösterreich sicher zu machen? Das war eine der Fragen, die Sie hier in diesem hohen Haus gestellt haben und Vorschläge dafür gemacht haben. Ihre beruflichen Erfahrungen als Gendarmeriebeamter haben ihm dafür viele wichtige Hinweise und Erfahrungen gegeben, die Martin Kreßl in seiner politischen Arbeit umgesetzt hat. Martin Kreßl kommt aus dem inneren Salzkammergut und damit ist auch sein zweiter Arbeitsschwerpunkt hier in diesem Haus abgesteckt. Immer war es ihm ein besonderes Anliegen, für seine Heimatregion tätig zu sein. Ich möchte Ihnen für das, was Sie für Ihre Region und

auch für Ihren Berufsstand hier in diesem hohen Haus getan und gewirkt haben, sehr herzlich danken. Danke für Ihre Arbeit. Für Ihre Zukunft, die persönliche und die berufliche, wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg. (Beifall)

Eine starke Stimme für unsere Landwirtschaft und für die Bäuerinnen und Bauern zu sein, das ist das Ziel von Hannes Herndl gewesen, als er am 2. Juli des Jahres 2000 als Abgeordneter zum Oberösterreichischen Landtag angelobt wurde. Dieses Ziel hat er verfolgt. Er hat dafür im Umwelt- und im EU-Ausschuss, sowie im Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten gearbeitet. Als Obmann der Schutzgemeinschaft Nationalpark Kalkalpen hat Hannes Herndl die Entstehung und Entwicklung unseres Nationalparks von Anfang an mitbegleitet und mitgestaltet. Sein Einsatz galt und gilt vor allem dem einvernehmlichen Ausgleich aller Interessen zum Wohle unseres Landes. Am 2. September 2000 wurde Hannes Herndl zum Präsidenten der Oberösterreichischen Landwirtschaftskammer gewählt. Es ist eine wichtige Aufgabe in einem Prozess permanenter Veränderungen für unsere Landwirtschaft. Neue Einkommensformen, die Abgeltung ökologischer Leistungen und die Förderung von Innovation sind Hannes Herndl ganz wichtige Anliegen. Und auch jetzt stehen unsere Bäuerinnen und Bauern vor allem durch die Erweiterung der Europäischen Union wieder vor großen Herausforderungen. Hannes Herndl hat sich entschieden, sie dabei als Präsident der Landwirtschaftskammer mit ganzer Kraft zu begleiten. Ich wünsche dir, dass du eine glückliche Hand, viel Erfolg hast. Ich danke dir für das, was du getan hast. Bitte um gute Zusammenarbeit der Landwirtschaftskammer und des Oberösterreichischen Landtags. Alles Gute für dich. (Beifall)

Auch Herr Kommerzialrat Alfred Obermüller beendet heute seine Arbeit im Oberösterreichischen Landtag. Er war ja bereits von 1995 bis 1997 Mitglied in diesem Haus. Ich habe dich schon einmal verabschiedet. Du bist wieder gekommen. Von 1973 an politisch tätig als Mitglied des Gemeinderates in Neumarkt im Mühlkreis, von 1979 bis zum vergangenen Jahr Bürgermeister deiner Heimatgemeinde und dann ab dem Juli 2000 erneut wieder hier im Oberösterreichischen Landtag. Alfred Obermüller hat sich stets sehr aktiv und erfolgreich für die Interessen der Klein- und Mittelbetriebe eingesetzt. Ein besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit sind die grenzüberschreitenden Kontakte zu unserem Nachbarland Böhmen. Seit 1994 ist Alfred Obermüller Obmann der Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald und diese Arbeit ist ihm ein ganz besonderes Anliegen und sie ist auch wichtig, weil sie dazu einen Beitrag leistet, die Grenzen in den Köpfen der Menschen abzubauen. Seit dreißig Jahren hat Alfred Obermüller auf vielen politischen Ebenen sich eingebracht und vieles bewirkt. Darüber kannst du dich freuen. Ich wünsche dir für die Zukunft, persönlich, gesundheitlich, privat alles Gute und danke dir für deine Arbeit. (Beifall)

Peter Rodek war Vertreter des Innviertels. Von 1995 bis 2000 hat Peter Rodek unser Land im Österreichischen Bundesrat vertreten und seit dem Juli 2000 ist er Mitglied im Oberösterreichischen Landtag gewesen. Er hat mitgearbeitet im Ausschuss für Verfassung und Verwaltung, im Kontrollausschuss, im Petitionsausschuss. Peter Rodek ist und war ein besonders engagierter Vertreter der Anliegen des Bezirkes Braunau in diesem Hause. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit dabei war die noch bessere medizinische Versorgung seines Bezirkes, vor allem mit Facharztstellen und der Ausbau der Krankenhauses. Und ein zweites Arbeitsfeld waren für ihn immer die sozialen und wirtschaftlichen Belange der bäuerlichen Bevölkerung, für die er sich in seiner Zeit als Bundesrat und als Vorsitzender des parlamentarischen Agrarausschusses auch eingesetzt hat. Heute beendet Peter Rodek seine parlamentarische Arbeit. Ich bedanke mich für das, was du getan hast. Ich wünsche dir für die Zukunft alles, alles Gute. (Beifall)

Auch Frau Kornelia Haselsteiner haben wir schon einmal verabschiedet. Sie war bereits von 1991 bis 1997 Mitglied des Oberösterreichischen Landtags und wurde im März des heurigen Jahres wieder in das Haus berufen. Sie haben im Ausschuss für Verfassung und Verwaltung mitgearbeitet und haben sich mit großem Engagement auf Ihren persönlichen Themen, die der Stellung der Familie und dem Lebbarmachen von Familie eingesetzt, auch in Ihrer Tätigkeit als Vorsitzende des freiheitlichen Familienverbandes und als Mitglied des Familienbeirates des Landes Oberösterreich. Ich danke Ihnen für all das und wünsche Ihnen weiterhin alles Gute und gute Gesundheit. (Beifall)

Und wie Frau Kollegin Kornelia Haselsteiner war auch Frau Erika Haslmayr-Grassegg bereits einmal Mitglied des Oberösterreichischen Landtags. Von 1996 bis 1997 und für das ganze heurige Jahr wurde sie wieder in den Landtag berufen. Ihre Arbeit in diesem Haus war geprägt von Ihren Erfahrungen als langjährige Kommunalpolitikerin und als Vertreterin der Anliegen der Menschen im Mühlviertel. Sie haben in zwei Unterausschüssen im Besonderen mitgearbeitet, die Frage der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe und der Frage der Bindung von Wirtschaftsförderungen, dann die Einhaltung der Rechte für Menschen mit Behinderungen. Wichtige Themen und Sie haben dazu beigetragen, dass wir gute Lösungen dafür finden können. Liebe Frau Haslmayr-Grassegg, ich danke Ihnen für Ihre Arbeit hier in diesem Hohen Hause und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute. (Beifall)

Aus beruflichen, persönlichen und gesundheitlichen Gründen haben sich einige Damen und Herren, die in den vergangenen Jahren Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags gewesen sind, entschuldigen müssen. Und ich möchte aber, auch wenn sie heute nicht hier sind, mich bei ihnen bedanken.

Als erstes bei Herrn Dritten Präsidenten Mag. Manfred Bodingbauer. Ich habe zwölf Jahre mit ihm im Landtagspräsidium zusammengearbeitet. Es war eine intensive Tätigkeit hier in diesem Hause. Herr Mag. Bodingbauer kam als Bildungspolitiker in den Landtag. Sicherlich geprägt durch seine berufliche Tätigkeit als Lehrer und Schuldirektor. Die Weiterentwicklung des Schulwesens war ihm ein ganz großes Anliegen, weil er aus seiner Berufserfahrung schöpfen konnte und seine politischen Vorschläge und Initiativen dazu entwickelt hat. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit waren die Kulturpolitik und der Nationalpark Kalkalpen, der ihm natürlich auch deswegen besonderes Anliegen war, weil er als Kirchdorfer die Region schätzt, gut kennt und im Nationalpark ja auch mitgearbeitet hat. Ich möchte Herr Mag. Manfred Bodingbauer Danke sagen, für all seine politische Arbeit und mich bei ihm auch persönlich bedanken, für die Jahre der guten Zusammenarbeit im Landtagspräsidium. Ich wünsche Mag. Manfred Bodingbauer, der es doch immer wieder verstanden hat, ein gutes Klima zu erzeugen und auch zu vermitteln, dass gegenseitiger Respekt, Anerkennung auch über Parteigrenzen möglich ist, für seine Arbeit sehr herzlich danken und ihm alles Gute wünschen. (Beifall)

Ich sage auch ein herzliches Dankeschön an Herrn Ing. Franz Kroismayr, der dem Landtag seit dem Juli 1989 angehört hat und in den letzten Jahren unter anderem auch den Vorsitz im Umweltausschuss geführt hat. Franz Kroismayr kommt aus der Landwirtschaft und das hat auch seine Arbeit hier im Landtag geprägt. Aus seinen Erfahrungen mit seinem eigenen Betrieb hat er politisch gearbeitet und diese Erfahrungen im EU- und Bauausschuss sowie im Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten eingebracht. Dabei war er stets um Sachlichkeit und Fairness bemüht, das hat auch das Klima in diesem Haus positiv geprägt. In den letzten Monaten war Ing. Franz Kroismayr auch als stellvertretender Klubobmann des freiheitlichen Landtagsklubs tätig. Auch ich bedanke mich bei ihm hier sehr herzlich für seine gesamte Arbeit, aber auch für die gemeinsame Arbeit im Präsidium und im

Klub, in der Klubobmännerkonferenz des Landtages. Vierzehn Jahre hat er hier gearbeitet, ich sage ein Dankeschön dafür und wünsche Ing. Franz Kroismayr alles Gute. (Beifall)

Nicht hier sein kann auch Elisabeth Freundlinger. Ihre politische Arbeit war von drei Schwerpunkten geprägt: Einer florierenden Wirtschaft, einer lebendigen Kultur und von Solidarität, die die Menschen verbindet. Dem aktiven Zusammenführen von Kultur, Wirtschaft und sozialem Handeln galt und gilt ihr ganzes Engagement. Elisabeth Freundlinger war seit Oktober 1991 Mitglied des Landtags. Sie hat den Vorsitz im Kulturausschuss geführt, dem Bereich an dem wohl ihr Herz besonders gehangen hat. Elisabeth Freundlinger hat sich aber auch besonders aktiv und engagiert für das soziale Zusammenleben der Menschen in unserem Land eingesetzt. Ein Beispiel dafür ist das Lebenshaus in Oberneukirchen, das auch ihre Handschrift trägt. Elisabeth Freundlinger beendet heute ihre Arbeit im Hohen Haus. Das Familienunternehmen und ihre Gesangskarriere nehmen sie in Zukunft verstärkt in Anspruch. Und so wünsche ich ihr von dieser Stelle aus, in ihrem beruflichen und in ihrem kulturellen Bereich viel Freude und Erfolg und für ihre persönliche Zukunft alles Gute. (Beifall)

Ebenfalls entschuldigen für die heutige Sitzung musste sich Frau Brigitte Wohlmuth. Mit Brigitte Wohlmuth verlässt eine Politikerin den Landtag, deren besonderer Arbeitsschwerpunkt immer die Frauen- und die Familienpolitik gewesen ist. Im Oktober 1991 wurde Brigitte Wohlmuth in den Landtag gewählt und bis zuletzt hat sie sich sehr intensiv für diese beiden Bereiche eingesetzt. Besonders die Arbeit an einem neuen Kindergarten- und Hortegesetz war Frau Brigitte Wohlmuth ein ganz großes Anliegen. Noch im vergangenen Sommer haben wir gemeinsam beraten, welche Ideen und Vorschläge umgesetzt werden sollen. Die beste Betreuung für unsere Kinder und gute Arbeitsbedingungen für jene, die im Kindergarten arbeiten, das war ihr Bemühen, ihr erfolgreiches Bemühen. Wenn wir wahrscheinlich in absehbarer Zeit ein neues Kinderbetreuungsgesetz beschließen können, dann verdanken wir das nicht zuletzt der Initiative von Brigitte Wohlmuth. Sie zieht sich heute nach zwei intensiven Arbeitsperioden aus der aktiven Landespolitik zurück. Und ich möchte ihr sehr herzlich danken, für all das, was sie im Landtag, in den Ausschüssen, in den Unterausschüssen in ihrer politischen Arbeit für Land und Leute getan hat. Ich wünsche Brigitte Wohlmuth weiterhin viel Erfolg und alles Gute in den Dingen des Lebens. (Beifall)

Vom Land in die Stadt: Erich Watzl verlässt heute den Landtag, um sich ganz seiner neuen Aufgabe als Vizebürgermeister und Kulturreferent unserer Landeshauptstadt Linz zu widmen. Erich Watzl gehörte dem Landtag seit Oktober 1997 an. Er war in den Ausschüssen für Verfassung und Verwaltung, im Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten und im Kontrollausschuss tätig. Das Stellenbesetzungsgesetz hat er als Vorsitzender des Unterausschusses bis zum Beschluss im Landtag federführend begleitet. Sein besonderes Engagement galt neben der Stadtpolitik dem Sport und dem Wohnbau. Beide Bereiche hat er auch als Fraktionssprecher des ÖVP-Klubs mit viel Engagement betreut. Er beendet seine politische Tätigkeit auf Landesebene und wird als Vizebürgermeister von Linz weiterhin aktiv politisch tätig bleiben. Ich möchte Erich Watzl von dieser Stelle aus für all das danken, was er für die Landespolitik getan hat und ihm für seine Aufgaben in der Stadt Linz alles Gute und viel Erfolg wünschen. (Beifall)

Norbert Höretzeder war drei Jahre Mitglied hier im Oberösterreichischen Landtag, seit November 2000. Norbert Höretzeder kommt aus der Landwirtschaft, er bewirtschaftet einen eigenen Hof und war in der bäuerlichen Interessensvertretung tätig als Vorstandsmitglied im Maschinenring und Mitarbeiter der Lagerhausgenossenschaft. So kennt er viele Seiten der Arbeit der Landwirtschaft aus persönlicher Erfahrung. In der Kommunalpolitik hat er als Gemeinderat und Gemeindevorstand gearbeitet. In all diesen bäuerlichen Bereichen, in der

Entwicklung des ländlichen Raumes, hat er sich hier im Oberösterreichischen Landtag besonders eingesetzt, dafür danke ich ihm sehr herzlich und wünsche ihm für seine Zukunft alles Gute. (Beifall)

Auch Bundesräte, die von uns gemeinsam in die zweite Kammer des Parlaments entsandt werden, beenden heute ihre Tätigkeit. Ich freue mich, dass Sie da sind und darf ebenfalls Sie hier gemeinsam verabschieden. Elf Abgeordnete haben in den vergangenen Jahren die Interessen unseres Landes im Bundesrat vertreten und sieben von ihnen werden nach dieser Wahl dem Bundesrat nicht mehr angehören.

Ich darf Worte des Dankes sagen an Frau Uta Barbara Pühringer, die eine sehr lange und erfolgreiche politische Laufbahn heute beendet. Uta Barbara Pühringer stand im ersten Halbjahr des Jahres 2002 als Präsidentin an der Spitze des österreichischen Bundesrates. Bildungspolitik war in deinem ganzen politischen Leben immer ein besonderes Anliegen, im Gemeinderat von Linz, als Abgeordnete zum Oberösterreichischen Landtag und seit 3. November 1997 als unsere Vertreterin im österreichischen Bundesrat. Alle wissen um deine wertvolle Arbeit in diesem Gremium und ich möchte dir dafür sehr, sehr herzlich danken für deinen Einsatz und für dein Engagement und dir für die Zukunft alles Gute wünschen. (Beifall)

Frau Hedda Kainz darf ich ebenfalls heute verabschieden. Oft und oft sind Sie hier gewesen bei unseren Landtagssitzungen, und Sie haben auch eine sehr lange Karriere in der Politik, insbesondere im Bundesrat hinter sich. Seit 10. November 1988 war Hedda Kainz Mitglied des Bundesrats. Sie haben durch viele Jahre den Vorsitz im Sozialausschuss geführt und das war auch Ihr politischer Schwerpunkt, sich einzusetzen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich einzusetzen für alle sozialen Belange. Und wichtig waren Ihnen vor allen Dingen auch die Verbindungen zwischen dem Bundesrat und dem Oberösterreichischen Landtag. Für Sie war es, ich habe es eingangs gesagt, oft und oft möglich und geradezu selbstverständlich auch an unseren Sitzungen teilzunehmen. Ich danke Ihnen für all das, was Sie in den langen Jahren für die Menschen in unserem Land getan haben, für Ihren Einsatz und Ihr Engagement. Alles Gute für die Zukunft. (Beifall)

Ich darf mich herzlich bedanken bei Frau Ulrike Haunschmid, die heute ebenfalls aus der Politik ausscheidet. Seit 3. November 1997 war Ulrike Haunschmid Mitglied im österreichischen Bundesrat und als Gastwirtin und als langjährige Obfrau des Bundes Österreichischer Gastlichkeit waren Ihnen die Tourismuswirtschaft und alle Tourismusangelegenheiten immer ein ganz besonderes Anliegen. Sie haben im Bundesrat in den letzten Jahren als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses gearbeitet, eine verantwortungsvolle Aufgabe, die Sie hier gelöst haben. Ich danke Ihnen für all das, was Sie getan haben als Interessensvertreterin für Ihren Bereich, aber für die Menschen in unserem Land insgesamt. Danke vielmals dafür und für die Zukunft alles Gute. (Beifall)

Verabschieden muss ich mich heute auch von Frau Ökonomierätin Germana Fösleitner. Germana Fösleitner beendet ihre politische Arbeit mit dem heutigen Tag. Von 1991 bis 2000 bist du Mitglied hier im Hohen Haus, im Oberösterreichischen Landtag gewesen. Im Juli 2000 wurdest du als Vertreterin in den österreichischen Bundesrat gewählt. Dort hast du das weitergeführt, was du im Landtag begonnen hast. Ein besonderes Eintreten für die Menschen im ländlichen Raum, damit sie gute Entwicklungen haben. Liebe Germana, mit deinem Namen wird in Oberösterreich eines immer verbunden sein. Die Landesausstellung Land der Hämmer, die du ganz entscheidend mitgestaltet hast, die mit so viel Herzblut und so viel Engagement von dir betrieben worden ist. Das ist das Bleibende, was von unserer Arbeit in

den Regionen draußen bleibt. Dafür danke ich dir recht herzlich, für deine Arbeit insgesamt, aber für dieses kulturelle und wirtschaftliche Einstellen im Besonderen. Alles Liebe für die Zukunft. (Beifall)

Ausscheiden aus dem Bundesrat wird auch Herr Mag. Gerhard Tusek, der mit Begeisterung vom Landtag in den Bundesrat gewechselt ist. Er hat Oberösterreich von 1991 bis 1997 und seit November 2001 in Wien vertreten. Er war Mitglied und von der Regierung entsandt in den EU-Verfassungskonvent und hat Österreich vor allen Dingen hier auf internationaler Ebene vertreten. Das ist auch der Grund, warum er heute nicht hier ist, er ist auf dem Weg nach Rom.

Verlassen hat uns in der politischen Tätigkeit im Landtag bzw. im Bundesrat Leopold Steinbichler, der die Landwirtschaftspolitik als besondere Aufgabe gesehen hat. Leopold Steinbichler war seit Jänner 1997 im Bundesrat tätig, hat den Vorsitz im Landwirtschaftsausschuss geführt und verabschieden möchte ich mich auch und danke sagen an Dr. Klaus Peter Nittmann, der seit 1999 im Bundesrat vertreten gewesen ist, im Geschäftsordnungsausschuss, im Sozialausschuss und im Sportausschuss, Ihnen allen sei für Ihre Tätigkeit sehr, sehr herzlich gedankt. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen allen, die Sie so viele Leistungen erbracht haben, wünsche ich, dass Ihr Leben freier wird. Freier wird von Terminkalendern, freier wird von vielen Verpflichtungen, die nicht immer ungeteilter Freude sind. Ich wünsche Ihnen, dass es Ihnen gut geht und dass Sie auf Ihre politische Arbeit auch mit Zufriedenheit zurückschauen. Mit Zufriedenheit und mit Freude auf das, was Ihnen gelungen ist, wo Sie Spuren hinterlassen konnten, wo Sie sich besonders eingesetzt haben. Ich wünsche Ihnen im Namen aller von ganzem Herzen alles, alles Liebe und Gute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf fünf Minuten unterbreche ich jetzt die Sitzung. Die ausgeschiedenen Abgeordneten können sich verabschieden, und wir beginnen in fünf Minuten mit unserer eigentlichen Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 11 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 11.08 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich nehme die Sitzung wieder auf, gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung bestelle ich zum vorläufigen Schriftführer Herrn Friedrich Bernhofer und zu vorläufigen Ordnern die Landtagsabgeordneten Josef Brandmayr, Erich Pilsner und Gottfried Hirz.

Wir behandeln nun Punkt 3 der Tagesordnung, das ist die Angelobung der Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags. Gemäß Artikel 37 der Oberösterreichischen Landesverfassung und Paragraph 2 der Landtagsgeschäftsordnung haben die Mitglieder des Landtags bei ihrem Eintritt in den Landtag ein Gelöbnis zu leisten. Ich werde die Angelobungsformel verlesen und gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung das Gelöbnis als erste leisten, der Herr Schriftführer wird sodann die Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Jedes Mitglied des hohen Hauses spricht nach Aufruf, von seinem Platz aus, die Worte: "Ich gelobe." Ich bitte alle Anwesenden, sich von den Sitzen zu erheben. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.)

Die Angelobungsformel lautet: "Ich gelobe unverbrüchliche Treue dem Land Oberösterreich und der demokratischen Republik Österreich, sowie stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten."

"Ich gelobe."

Herr Abgeordneter Bernhofer, ich bitte die Namen aufzurufen.

Abg. **Bernhofer:**

Josef Ackerl: "Ich gelobe."
Johann Affenzeller: "Ich gelobe."
Dr. Walter Aichinger: "Ich gelobe."
Rudolf Anschöber: "Ich gelobe."
Ing. Herbert Aspöck: "Ich gelobe."
Roswitha Bauer: "Ich gelobe."
Josef Brandmayr: "Ich gelobe."
Dr. Josef Brunmair: "Ich gelobe."
Annemarie Brunner: "Ich gelobe."
Georg Ecker: "Ich gelobe."
Josef Eidenberger: "Ich gelobe."
Anna Eisenrauch: "Ich gelobe."
Doris Eisenriegler: "Ich gelobe."
Dr. Walter Entholzer: "Ich gelobe."
Dr. Karl Fraiss: "Ich gelobe."
Alfred Frauscher: "Ich gelobe."
Ing. Mag. Otto Gumpinger: "Ich gelobe."
Dipl.-Ing. Erich Haider: "Ich gelobe."
Johann Hingsamer: "Ich gelobe."
Goffried Hirz: "Ich gelobe."
Anton Hüttmayr: "Ich gelobe."
Christine Maria Jachs: "Ich gelobe."
Mag. Gertraud Jahn: "Ich gelobe."
Helmut Kapeller: "Ich gelobe."
Theresia Kiesl: "Ich gelobe."
Hermine Kraler: "Ich gelobe."
Gabriele Lackner-Strauß: "Ich gelobe."
Christian Makor-Winkelbauer: "Ich gelobe."
Josef Mayr: "Ich gelobe."
Helga Moser: "Ich gelobe."
Mario Mühlböck: "Ich gelobe."
Ing. Josef Öller: "Ich gelobe."
Gisela Peutlberger-Naderer: "Ich gelobe."
Erich Pilsner: "Ich gelobe."
Rudolf Prinz: "Ich gelobe."
Martina Pühringer: "Ich gelobe."
Arnold Schenner: "Ich gelobe."
Franz Schillhuber: "Ich gelobe."
Dr. Kordula Schmidt: "Ich gelobe."
Gertrude Schreiberhuber: "Ich gelobe."
Wolfgang Schürrer: "Ich gelobe."
Wolfgang Stanek: "Ich gelobe."

Mag. Günther Steinkellner: "Ich gelobe."

Josef Steinkogler: "Ich gelobe."

Mag. Thomas Stelzer: "Ich gelobe."

Dr. Silvia Stöger: "Ich gelobe."

Mag. Michael Strugl: "Ich gelobe."

Ing. Fritz Sulzbacher: "Ich gelobe."

Gunther Trübswasser: "Ich gelobe."

Maria Wageneder: "Ich gelobe."

Gerda Weichsler: "Ich gelobe."

Franz Weinberger: "Ich gelobe."

Arnold Weixelbaumer: "Ich gelobe."

Reinhard Winterauer: "Ich gelobe."

Auch ich spreche als Mitglied des Landtags die Worte: "Ich gelobe."

Erste Präsidentin: Ich bedanke mich für Ihr Gelöbnis, ich bitte Sie wieder Platz zu nehmen. Gemäß den Bestimmungen unserer Landtagsgeschäftsordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind mir von den einzelnen Klubs die Anzeigen über die Wahl ihrer Obmänner und der Stellvertreter schriftlich zugegangen.

Die Mitteilung des Klubs der ÖVP-Landtagsabgeordneten Oberösterreichs lautet:

Klubobmann: Landtagsabgeordneter Mag. Michael Strugl

1. Klubobmann-Stellvertreter: Landtagsabgeordneter Friedrich Bernhofer

2. Klubobmann-Stellvertreter: Landtagsabgeordneter Wolfgang Schürer

3. Klubobmann-Stellvertreter: Landtagsabgeordneter Johann Hingsamer

Die Mitteilung des Klubs der SPÖ-Landtagsabgeordneten Oberösterreichs lautet:

Klubobmann: Landtagsabgeordneter Dr. Karl Fraiss

1. Klubobmann-Stellvertreter: Landtagsabgeordneter Helmut Kapeller

2. Klubobmann-Stellvertreterin: Landtagsabgeordnete Gertrude Schreiberhuber

Die Mitteilung des Klubs der Grünen im Landtag lautet:

Klubobmann: Landtagsabgeordneter Gunther Trübswasser

Klubobmann-Stellvertreter: Landtagsabgeordneter Gottfried Hirz

Die Mitteilung des Klubs der FPÖ-Landtagsabgeordneten Oberösterreichs lautet:

Klubobmann: Landtagsabgeordneter Mag. Günther Steinkellner

Klubobmann-Stellvertreter: Landtagsabgeordneter Dr. Josef Brunmair

Weiters gebe ich bekannt, dass mir von den Klubs bezüglich der Klubsekretäre folgende Mitteilungen zugegangen sind:

ÖVP-Landtagsklub: Klubsekretär Mag. Christian Jachs

SPÖ-Landtagsklub: Klubsekretär Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Jörg Mayer

FPÖ-Landtagsklub: Klubsekretär Dr. Helmut Grünling

Klub der Grünen: Klubsekretärin Mag. Doris Waldhauser

Aufgrund einer Vereinbarung der Obmännerkonferenz behandeln wir noch vor der Wahl der Präsidenten die schriftlich eingebrachten Geschäftsanträge auf Einrechnung des Landeshauptmannes auf die Liste seiner Partei. Wir haben den Mitgliedern des hohen Hauses diese Anträge, die die Beilagen-Nr. 1/2003 und 2/2003 tragen, auf Ihren Plätzen aufgelegt. Wir werden über beide Anträge eine gemeinsame Wechselrede durchführen, die ich hiermit eröffne, bitte Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie bemerkt haben, bin ich etwas außer Übung gekommen, hinter dieses Pult zu fahren und es einzustellen, ich denke, das wird sich in der nächsten Zeit sehr rasch geben, weil sehr viele wichtige, vor allem das Budgetvorhaben, vor uns liegen.

Meine Damen und Herren, die Grünen sind 1997 in den Landtag eingezogen, und eines ihrer großen Ziele war von Anfang an, die Demokratisierung und die Öffnung des Oberösterreichischen Landtags. Wir haben vor sechs Jahren auch für die Einrechnung des Landeshauptmannes auf die Liste seiner Partei gestimmt, weil wir glauben, und das haben wir vor sechs Jahren gesagt, dass dies ein Überbleibsel aus einer, ja doch fröhdemokratischen Zeit ist, als man den Landeshauptmann damit außerhalb des politischen Geschehens zu stellen glaubte. Ich glaube, dass das Gewicht des Landtags es erfordert, dass sich auch in der Regierung der Wille der Wählerinnen und Wähler widerspiegelt, wir werden auch im neuen Landtag darum kämpfen, dass das Gewicht des Landtags erhöht wird, dass es mehr Offenheit, Transparenz gibt und dass sich das Gewicht zur Legislative hin verschieben möge. Es ist unter anderem auch der Wille oder zumindest haben es viele aus dem Konvent gesagt, dass das Diskussionsthema ist, dass das Gewicht in den Ländern teilweise zu stark bei der Exekutive zu Lasten der Legislative ist. Wir haben 1997 auch für die Einrechnung deshalb gestimmt, weil wir wollten, dass sich in der Regierung jenes Kräfteverhältnis widerspiegelt, wie es der Wähler, die Wählerin gewollt hat.

Ich denke die Vereinbarung über die Ausschusszusammensetzung mit 13 Mitgliedern ist eine ebensolche Entscheidung, weil sie in den Mehrheitsverhältnissen exakt die Kombinationen widerspiegelt, wie die Fraktionen im Landtag. Das heißt, wir werden einer sehr lebendigen und spannenden Diskussionsperiode entgegengehen, und ich ersuche Sie, diesem Antrag aus all diesen Gründen, die Demokratisierung, die Belebung, bezüglich der Belebung der Diskussion und der Öffnung des Landtags, der Einrechnung des Landeshauptmanns in die Liste seiner Partei zuzustimmen und damit ein Kräfteverhältnis von 4:4:1 in der Landesregierung zu ermöglichen. Ich danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Habe ich noch jemanden das Wort zu erteilen? Bitte, Herr Klubobmann Dr. Frais.

Abg. Dr. Frais: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Demokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht für mich im Wesentlichen - nicht in Worthülsen dargestellt, sondern als lebendige Realität - auf zwei wesentlichen Fundamenten. Teil eins dieser Fundamente ist für mich die Freiheit, die Zulässigkeit für den Wähler, für das Volk als Souverän zu offenen Wahlen. Das ist bei uns sichergestellt. Teil zwei ist jene Frage, wenn der Souverän, das Volk, die Parteien mit gewissen Ergebnissen ausstattet, wie gehen Parteien letztendlich mit dem Wählerwillen um. Und wir haben heute zwei Daten, die für mich entscheidend sind. Das eine war der 28. September. Hier haben die Wählerinnen und Wähler Oberösterreichs ein ganz klares Votum auch hinsichtlich der Gewichtung der Politik in Oberösterreich für die XXVI. Legislaturperiode gesprochen. Es wurden die Gewichte in Oberösterreich neu verteilt. Eine Folge davon war, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das war nicht die Frage der Sessel, sondern die Neuverteilung hat dazu geführt, dass die Fraktionen größtmäßig in einem anderen Verhältnis hier im Hause sitzen.

Der zweite wesentliche Teil war aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass sich die Wähler und Wählerinnen auch ganz klar inhaltlich artikuliert haben und ihre Wünsche,

ihren Willen den Parteien, den Politikern mitgegeben haben. Wir Sozialdemokraten begegnen diesem 28. September in zweierlei Richtung. Auf der einen Seite mit großer Freude, weil uns die Wähler mit einem Rekordstimmenplus von 11,3 Prozent ausgestattet haben, gleichzeitig war damit verbunden, dass jetzt 22 Abgeordnete hier im Haus sitzen und ab heute praktisch vier Regierungssitze seitens der SPÖ gestellt werden. Ich darf mich bei allen Wählerinnen und Wählern bedanken, die uns diesen Auftrag gegeben haben.

Und daraus resultiert für mich auch gleichzeitig der zweite Teil. Wir haben mit Respekt dem zu begegnen, was uns als Auftrag mitgegeben worden ist. Sie haben nicht gesagt, ihr habt Sessel bekommen, ihr habt Sitze bekommen, sondern sie erwarten von uns eine ganz klare Politik. Eine Politik, die nicht Neoliberalismus heißt, eine Politik, die nicht Sozialabbau heißt, und eine Politik, die nicht Ausverkauf heißt. Das ist ein Auftrag, den wir mitzunehmen haben.

Das zweite Datum, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der 23. Oktober. Heute haben die Parteien, wir alle zu zeigen, wie wir mit diesem Wählerauftrag umgehen. Als Demokraten nehmen wir selbstverständlich zur Kenntnis, dass Schwarz und Grün einen Pakt geschlossen haben. Als Demokraten, Kollege Trübswasser, nehmen wir sicher nicht zur Kenntnis, dass als erste Aktion heute in der Früh bei der Zusammensetzung der Ausschüsse ihr eine Abänderung mit der ÖVP beschlossen oder zumindest in Aussicht gestellt habt, dass von 14 Mitgliedern auf 13 reduziert wird. Und das ist meine Frage gerade an euch, wo ihr 1997, als ihr keinen Sitz in einem Ausschuss gehabt hättet und ihr auch die Stimmen der Sozialdemokraten, der ÖVP und auch der FPÖ gebraucht habt für die Zustimmung dazu, dass ihr einen Sitz bekommt. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Wir werden die Dinge für die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse weiter führen!“) Etwas stärker jetzt ausgestattet und um einen Pakt entsprechen zu können, ist es der erste Schritt von euch, sofort eine Reduktion vorzunehmen von 14 auf 13, um eine neue Mehrheit herbeizuführen. (Beifall)

Kollege Trübswasser! Nicht wir haben es zu bewerten, sondern die Wählerinnen und Wähler werden jenen Wertmaßstab anlegen, ob sie Grün gewählt haben und euch im Grund gesagt haben, ändert die Voraussetzungen, damit sich neue Mehrheiten im Landtag und in den Ausschüssen ergeben. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Da muss man sie aber auch richtig informieren!“) Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, stehen zu diesem Antrag, den wir getrennt eingebracht haben. Wir sind einer Meinung, aber wir haben einen anderen Zugang zu diesem Thema. Für uns ist es kein Paktthema. Wir brauchen im Grund nicht zwei Punkte, die uns zusammenführen müssen, denn die Grünen brauchen diesen Antrag, um den Sitz in der Landesregierung, der vom Wähler ihnen auch gegeben wurde, abzusichern. Die ÖVP braucht heute im völligen Kontrastprogramm zur Argumentation von 1997 diesen Antrag, um den Landeshauptmann abzusichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten bleiben bei dem, was uns der Wähler als Auftrag gegeben hat. Wir stimmen dieser Anrechnung des Landeshauptmanns in die Parteiliste aus zwei Gründen zu. Zum einen, weil wir der Meinung sind, dass der Sitz den Grünen vom Wähler gegeben wurde. Und zum Zweiten stimmen wir zu, weil es geradezu absurd wäre, der Österreichischen Volkspartei bei einem Mandatstand von 25 eine absolute Mehrheit zu verleihen. Auch das würde bedeuten, dass der Wählerwille auf den Kopf gestellt würde. Aus diesen Gründen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir diesem Antrag zustimmen. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: „Darum haben wir das Angebot nicht angenommen!“) Und für unseren eigenen Antrag, der auch eingebracht wurde, ersuchen wir um Zustimmung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner das Wort.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zweimal hat dieses Haus versucht, den Freiheitlichen zu schaden. Im Jahre 1991 wurde mit Mehrheit, damals ÖVP und SPÖ, der Landeshauptmann nicht auf die Liste eingerechnet. Die Freiheitlichen bekamen damit nur einen Regierungssitz und nicht zwei, wie es die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in Oberösterreich wollte. Im Jahre 1997, ich erspare mir jetzt die Zitate, war es die Österreichische Volkspartei, die wiederum die Einrechnung nicht wollte. Jetzt geht es darum, wie in Zukunft dieses Haus arbeiten wird. Und ich bin entsetzt, Gunther Trübswasser, wenn du heraus kommst und hier erklärst, hier geht es um Lebendigkeit dieses Hauses. Und dieses Haus und die gleichen Kollegen haben im Jahre 1997, als die Grünen mit drei Abgeordneten hier vertreten waren, die Ausschussszusammensetzung auf 14 zusammengestellt, um den Grünen die Mitsprache, die Mitentscheidung, einen Sitz in einem Ausschuss zu garantieren.

Das heißt, wir haben 14 Ausschussmitglieder seit sechs Jahren in diesem Landtag gehabt. Der erste Schritt, der von der neuen Koalition Schwarz-Grün hier getätigt wird, ist eine Reduktion von 14 auf 13 und damit eine Mehrheitsveränderung. (Zwischenruf Abg. Dr. Stockinger: „Nein!“ Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Nein!“ Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Günther, Mathematik!“ Zwischenruf Abg. Anschober: „Mathematik ist schwierig!“) Es freut mich, dass wir wieder im alten Rollenspiel sind. Ich freue mich auf die Kontrolltätigkeit und auf die Zwischenrufe, die wieder kommen.

Liebe Freunde! Mathematik kennen wir. 14 Ausschussmitglieder, Herr Landeshauptmann, hatten wir. 14 Ausschussmitglieder würden in der d'Hondt-Verteilung sechs ÖVP, sechs SPÖ, einen Grünen und einen Freiheitlichen bedeuten. Das wäre Lebendigkeit hier in diesem Haus. Wenn jetzt mit Mehrheit, mit Mehrheit die Grünen diese Lebendigkeit so verstehen, dass sie eine Zusammensetzung 6:5:1:1 haben wollen, dann ist das der erste Schritt, wo sie sich von der Demokratisierung der Legislative verabschieden. Bedauerlich! (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Strugl das Wort.

Abg. Mag. Strugl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus! Wir haben einen gemeinsamen Antrag mit den Grünen eingebracht auf Einrechnung des Landeshauptmanns auf seine Partei. Damit werden die Grünen die Möglichkeit haben, in der nächsten Legislaturperiode in der Landesregierung mitzugestalten. Und es wird damit eine Zusammensetzung geben vier ÖVP, vier SPÖ, ein Grüner. Ich denke mir, Herr Klubobmann Frais, bis hierher sind wir uns einig, dass dem Wählerwillen damit Rechnung getragen wird. Das haben Sie ja selbst auch in Ihren Ausführungen angemerkt.

Zu der Frage der Verteilung der Gewichte durch den Wähler möchte ich schon etwas anmerken. Es ist richtig, dass die Sozialdemokratische Partei bei der Landtagswahl am 28. September sehr viel dazu gewonnen hat. Historisch viel, möchte ich fast sagen. Von einem historischen Tiefstand auf einen zwar nicht historischen Höchststand, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Der kommt erst!“) aber ich würde sagen ganz schön viel. Es ist aber auch richtig, dass auch zwei andere Parteien stärker geworden sind und vom Wähler stärker gemacht wurden an diesem 28. September. Nämlich zum einen die Grünen, die nun erstmals drittstärkste Kraft in Oberösterreich geworden sind, und, nicht zu vergessen, auch die Volkspartei, die stärkste politische Kraft im Land Oberösterreich und im Landtag ist und ebenfalls einen Zugewinn verzeichnen konnte. Das sollte man nicht vergessen, wenn wir darüber diskutieren, wie der Wähler die Gewichte verteilt hat. Und er hat sie in folgender Reihenfolge

ziemlich eindeutig verteilt. Erster Platz ÖVP, zweiter Platz SPÖ, dritter Platz Grüne, vierter Platz Freiheitliche.

Das spiegelt sich in der Verteilung der Mandate im Landtag wider, und das spiegelt sich auch, meine Damen und Herren, in der künftigen Besetzung der Ausschüsse wider. In der Form, dass die Verteilung sechs ÖVP, fünf SPÖ, eins Grüne, eins FPÖ ausschaut. Ich kann daher nicht erkennen, dass es dadurch zu einer Verfälschung oder Verschiebung der Gewichte käme. Und daher halten wir das nicht nur für demokratisch legitim, sondern auch dem Wählerwillen entsprechend, wenn sich die Ausschüsse auf diese Art und Weise zusammensetzen. Damit sind die Mehrheitsverhältnisse im Landtag auch gespiegelt in den Ausschüssen. Und wir haben uns auf, das ist richtig, ein gemeinsames Arbeitsprogramm mit der Grünen Partei verständigt.

Die Grünen haben damit zum ersten Mal auch die Chance, ihre politische Handschrift in der Regierungsarbeit in der nächsten Legislaturperiode zu verwirklichen. Und sie haben es durch eine gestärkte Position im Landtag und in den Ausschüssen. Und ich bitte auch die sozialdemokratische Fraktion, aber auch die Freiheitlichen, das zur Kenntnis zu nehmen, und zwar mit dem selben Argument, das Sie, Herr Klubobmann Frais, hier ins Treffen führen, dass der Wählerwille das ermöglicht hat, und ich möchte fast sagen, durchaus auch so gewünscht hat am 28. September. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Deshalb ändern Sie die Parteien, Kollege Strugl!“) Bitte? (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Deshalb ändern Sie die Parteien ab!“) Nein, es entspricht den neuen Kräfteverhältnissen, Herr Klubobmann Frais. Auch wenn Sie anderer Meinung sind, rechnerisch ist das so. Und daran führt auch im politischen Argument kein Weg vorbei. Daher werden wir diesen Antrag, den wir gemeinsam eingebracht haben, befürworten. Und wir glauben, dass das zu einer wirklich guten Politik im Landtag, besser gesagt in den Ausschüssen und in der Regierung, führen wird. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und lasse über die Anträge abstimmen. Wir werden bei der Abstimmung so vorgehen, dass wir zunächst nur die Beilage 1/2003 und dann über die Beilage 2/2003 getrennt Beschluss fassen werden. Ich bitte also jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag betreffend Einrechnung des Landeshauptmanns auf die Liste seiner Partei mit der Beilagenummer 1/2003 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Damit wird der Landeshauptmann auf die Liste seiner Partei eingerechnet. Und gemäß § 24 Abs. 4 Ziff. 2 der Landtagsgeschäftsordnung erübrigt sich somit die Abstimmung über die Beilage 2/2003, weil das Antragsbegehren mit der soeben beschlossenen Beilage bereits erfüllt worden ist.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung, das ist die Wahl der Ersten, Zweiten und Dritten Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags. Gemäß den Bestimmungen der oberösterreichischen Landesverfassung und der Landtagsgeschäftsordnung wählt der Landtag aus seiner Mitte den Ersten, Zweiten und Dritten Präsidenten oder Präsidentin. Die im Landtag vertretenen Parteien sind überein gekommen, für diese Wahl folgenden gemeinsamen Wahlvorschlag dem hohen Landtag vorzulegen. Erste Präsidentin Abgeordnete Angela Orthner, Zweite Präsidentin Landtagsabgeordnete Gerda Weichsler, Dritte Präsidentin Landtagsabgeordnete Doris Eisenriegler. Die Wahl erfolgt aufgrund dieses gemeinsamen Wahlvorschlags gemäß unserer Landtagsgeschäftsordnung durch Zustimmungserklärung. Ich bitte also jene Mitglieder des hohen Hauses, welche dem Wahlvorschlag ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle

fest, dass gemäß dem Wahlvorschlag Frau Abgeordnete Gerda Weichsler zur Zweiten, Frau Abgeordnete Doris Eisenriegler zur Dritten und ich selber zur Ersten Präsidentin des Landtags einstimmig gewählt worden bin. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beglückwünsche Frau Gerda Weichsler sehr herzlich zur ihrer Wahl, Frau Doris Eisenriegler sehr herzlich zu ihrer Wahl, und ich danke Ihnen, die Sie uns einstimmig zu Präsidentinnen dieses Oberösterreichischen Landtags gewählt haben. Ich kann Ihnen versprechen und versichern, und ich mache das auch im Namen meiner beiden Kolleginnen, dass wir unser Amt nach bestem Können und mit großem Engagement erfüllen werden. Die Frau Weichsler und ich wir begrüßen eine neue Kollegin, Frau Doris Eisenriegler, und wir beide bitten Sie um gute Zusammenarbeit und das nötige Vertrauen, das man braucht, um diese Funktionen auch gut ausüben zu können.

Das Landtagspräsidium besteht also aus drei Frauen. Offensichtlich meinen die Fraktionen, die uns entsenden, dass Frauen vielleicht für Positionen, wo man ausgleichend tätig sein muss, wo man sehr überparteilich sein muss, wo man viel Gerechtigkeitssinn braucht, viel Einfühlungsvermögen braucht, am besten geeignet sind. Und wenn ich so Revue passieren lasse, dann denke ich mir, unsere Fraktionen haben durchaus Recht. Denn die Frau Kollegin Weichsler ist sechs Jahre Mitglied des Landtagspräsidiums, ich nun schon zwölf Jahre. Es ist in diesen langen Jahren und in diesen vielen Sitzungen trotz aller Konflikte und trotz aller Turbulenzen uns gelungen, ohne einen Ordnungsruf auszukommen. Das ist auch ein gutes Zeichen für den Landtag und die Landesregierung. Ich hoffe, ja eigentlich erwarte ich mir, dass das auch in der Zukunft so bleibt. Ich hoffe und erwarte es mir, weil ich mir denke, dass wir alle miteinander mit dem nötigen Ernst an unsere neuen Aufgaben herangehen, wir im Präsidium, insgesamt im hohen Haus des Oberösterreichischen Landtags, in den Funktionen in der Oberösterreichischen Landesregierung.

Und die Menschen, es wurde heute schon gesagt, die Wählerinnen und Wähler Oberösterreichs haben am 28. September ihre Gewichte verteilt und uns als ihre Vertreterinnen und Vertreter hierher entsandt. Sie haben uns gewählt in der berechtigten Erwartung, dass wir unser Bestes geben, und zwar unser Bestes für Oberösterreich. Sie haben uns gewählt in der Erwartung, dass wir sehr offen und lösungsorientiert an die Probleme unseres Landes herangehen. Und sie erwarten von uns zu Recht, dass wir das Heute bewältigen und klug vorausschauen. Vorausschauen, vorausdenken und auch entsprechend handeln, damit die, die nach uns kommen, die nächste Generation auch ein wohlgeordnetes und wohlbestalltes Oberösterreich vorfinden können.

Die Menschen wollen im tatsächlichen und im übertragenen Sinn des Wortes ein Dach über dem Kopf haben. Ein Dach über dem Kopf, das einmal Wohnung oder Haus und einmal Heimat ist. Das ihnen Orientierung gibt und Sicherheit gibt. Sie wollen sich wohlfühlen können, sich entwickeln können und ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen leben können. Darum gilt es, unsere Arbeit gut zu machen damit wir entsprechende Voraussetzungen schaffen. Es gilt die besten Ideen zu verwirklichen und, so wie ich es heute in einem Nachruf an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner gesagt habe, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.

Natürlich gibt es Auseinandersetzungen über die besten Ideen. Natürlich gibt es kontroverse Meinungen. Sie geschehen in den Ausschüssen, die wir bilden. Sie geschehen hier im Plenum des Oberösterreichischen Landtags. Ich weiß schon aus einer jetzt schon sehr langjährigen Erfahrung, und viele andere wissen das mit mir, dass es nicht immer leicht ist, von der eigenen Meinung einmal ein Stückchen abzurücken, dass es nicht immer leicht ist, offen

auch auf andere zuzugehen und mit den Augen der anderen einmal ein Problem anzusehen. Aber ich weiß auch, dass es sich allemal lohnt, dass es sich allemal lohnt für unser Land gut zu arbeiten.

56 Abgeordnete füllen hier diesen schönen Saal des Landhauses, 19 davon haben heute oder werden am Montag ihre Arbeit neu antreten, neun Regierungsmitglieder, auch vier davon neu und die Bundesräte, die heute ebenfalls neu gewählt werden. Sie alle sind ab dem heutigen Tag für die Zukunft unseres Landes, für die Politik in unserem Land und für das Klima in unserem Land zu einem guten Teil verantwortlich. Es liegt an uns, Politik spannend zu machen, Politik interessant zu machen, Politik so nach außen zu bringen, dass man uns gerne zuhört und nicht weghört und Politik lebensnah zu machen.

Es geht also auch darum, Menschen von draußen einzubinden. Wir brauchen diese viele Hunderttausende, die in Vereinen, in Organisationen, in Interessensvertretungen, in freien Gruppen ihre Meinungen bilden, ihre Meinungen vortragen. Wir tun gut daran, wenn wir uns verknüpfen und vernetzen und aufeinander hören, weil es kommt ganz sicherlich vieles auf uns zu. Die demografische Entwicklung, die Sie alle kennen, und die von uns ganze Kraft verlangt, um für alte Menschen, für Menschen mit Behinderungen das nötige selbstbestimmte, aber auch gut betreute Leben zu sichern. Sie kennen die soziale Entwicklung in unserem Land, die von vielen Brüchen gekennzeichnet ist. Unsere Arbeit ist es darauf zu achten, dass Familie lebbar bleibt, dass die Menschen, die am Rand unserer Gesellschaft stehen, in die Mitte hereingenommen werden und hereinkommen können. Die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land, denn sie schafft die Rahmenbedingungen für eine solide Zukunft unseres Landes. Sie schafft den Rahmen und die Möglichkeiten, dass die Betriebe existieren können, dass die Menschen in unserem Land Arbeit haben, dass sie für sich selber sorgen können.

Wir müssen die kulturelle Entwicklung in unserem Land beachten. Uns macht sicher und selbstbewusst die Vielfalt in unserem Land, und die Kultur ist das geistige Fundament unserer Gemeinschaft. Wir sollen sie hoch schätzen und gemeinsam dafür arbeiten. Das sind unsere Aufgaben nach innen. Wir haben auch diese Aufgaben nach außen. Heute in der Früh habe ich im Radio gehört von einer neuen Befragung, welche Ängste die Menschen haben in Verbindung mit der Erweiterung der Europäischen Union, wie skeptisch sie immer noch sind, ob wir denn mit unseren nördlichen Nachbarn Tschechien gut zusammen leben können und was es uns letztendlich bringen wird. Ich glaube, auch das ist eine ganz wichtige Aufgabe von uns Abgeordneten und von den Mitgliedern der Landesregierung, gute Informationen hinauszugeben und alles zu tun, damit den Menschen Ängste genommen werden können und letztendlich auch alles dazu zu tun, dass das entsteht, was man auf gut oberösterreichisch eine win-win-Situation nennt. Also beide müssen gewinnen, die neuen Länder und wir ebenso.

Ich möchte Sie auch sehr herzlich einladen, im ersten Jahr unseres neuen Beisammenseins, auch allen Fragen des Österreich-Konvents ihre besondere Beachtung zuzuwenden und sich aktiv daran zu beteiligen. Der Österreich-Konvent, der jetzt in allen Arbeitsausschüssen seine Arbeit aufgenommen hat und der die Aufgabe übertragen bekommen hat, Österreich neu zu bauen, also eine neue Verfassung unserer Republik zu geben, klare, verständliche Ziele zu beschreiben, unsere Verfassung von unnötigem Ballast zu befreien und vor allen Dingen Kompetenzen durchzusehen, klar und eindeutig zu regeln.

Auch der Oberösterreichische Landtag hat sich oft, so wie die Landesregierung, dafür eingesetzt, dass diese Reform des Bundesstaates gut und zügig vonstatten gehen kann. Wir sollten alle unsere Kräfte auch dafür einsetzen, damit die Länder, und für uns das Bundesland

Oberösterreich seinen guten und wichtigen Stellenwert hat. Ich sage das ganz deutlich, die Länder, die gewählten Landtage, die Gemeinden, die stehen nicht zur Disposition im Österreich-Konvent, aber dass wir reformieren können, dass wir vieles neu machen, dass wir vieles einfacher machen können, dass wir eine gerechte Finanzverteilung brauchen und dass wir vor allen Dingen auch wissen, dass wir die Aufgaben, die uns klar zugeordnet sind, auch sehr gut lösen können. Das haben wir bewiesen. Der Föderalismus hat Österreich stark gemacht. Der Föderalismus ist nicht teuer, aber er soll uns teuer sein im geistigen Sinn des Wortes. Er ist nicht teuer im monetären Sinn des Wortes, denn wenn Entscheidungen lebensnah und nahe bei den Menschen getroffen werden, dann sind es gute Lösungen und dann sind es auch kostengünstige Lösungen.

All diese Dinge, die Fragen der Erweiterung, die Fragen unserer eigenen Staatsverfassung, die Probleme und Anliegen, die wir selber hier zu lösen haben, das sind große Aufgaben. Aber ich denke mir, es sind auch schöne Aufgaben. Es lohnt sich für unser Land und für seine Menschen zu arbeiten. Es lohnt sich diese gemeinsame Arbeit anzugehen. Ich lade Sie alle sehr herzlich ein, diese Arbeit auch mit Freude zu beginnen, diese Arbeit im hohen Haus, im Oberösterreichischen Landtag, auch in der Landesregierung mit dem nötigen Respekt voreinander zu machen, mit Augenmaß und mit Weitsicht an die Arbeit heranzugehen, mit Mut und Zuversicht die Probleme zu lösen, auf die Menschen zuzugehen, ihnen zuzuhören, das Gemeinsame vor das Trennende stellen. Wenn das die Prinzipien unserer Arbeit sind, dann wird es uns in dieser neuen XXVI. Legislaturperiode des Landtags gut gehen. Ich wünsche Ihnen alles Gute. (Beifall)

Als nächster Punkt unserer Tagesordnung steht die Wahl von drei Schriftführern und drei Ordnern am Programm. Auch hier erwähne ich die Bestimmungen unserer Landtagsgeschäftsordnung. Die Genannten sind vom Landtag zu wählen. In der Obmännerkonferenz gibt es hierzu einen einstimmigen Wahlvorschlag. Erster Schriftführer Friedrich Bernhofer, zweite Schriftführerin Gisela Peutlberger-Naderer, dritter Schriftführer Wolfgang Stanek, erster Ordner Josef Brandmayr, zweiter Ordner Erich Pilsner, dritter Ordner Gottfried Hirz. Die Wahl erfolgt durch Zustimmungserklärung. Ich bitte daher jene Mitglieder des hohen Hauses, welche dem Wahlvorschlag ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest und bitte die gewählten Funktionäre, ihr Amt sofort zu übernehmen.

Wir kommen jetzt zu Punkt 7. der Tagesordnung, der Wahl des Landeshauptmannes. Gemäß Artikel 43 der Landesverfassung wird der Landeshauptmann vom Landtag mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Für die Wahl des Landeshauptmannes wurde der Obmännerkonferenz Gelegenheit gegeben, einen Wahlvorschlag zu erstatten. Da die Obmännerkonferenz keinen Wahlvorschlag erstattet hat, ist die Wahl auf Grund eines Wahlvorschlages geheim und mit Stimmzettel durchzuführen.

Es liegt ein Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei vor lautend auf Dr. Josef Pühringer. Ich bitte die Mitglieder des hohen Hauses, sich in der alphabetischen Reihenfolge, in der Sie aufgerufen werden, zur Wahlzelle zu begeben. Dort werden Ihnen ein Wahlkuvert und ein Stimmzettel ausgehändigt. Ich bitte Sie, den Stimmzettel in der Wahlzelle auszufüllen und zwar so, dass Sie durch Einsetzen eines liegenden Kreuzes in den vorgedruckten Kreis bei Ja oder Nein ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Wahlvorschlag zum Ausdruck bringen. Den Stimmzettel bitte ich in den Umschlag zu geben und ihn sodann in die Urne neben der Wahlzelle zu legen. Beides befindet sich von Ihnen gesehen aus auf der rechten Seite. Die Wahlurne ist leer. Herr Rammerstorfer zeigt Ihnen das. Ich bitte jetzt den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Bernhofer, die Abgeordneten namentlich aufzurufen.

Abg. **Bernhofer:** Josef Ackerl, Johann Affenzeller, Dr. Walter Aichinger, Rudolf Anschober, Ing. Herbert Aspöck, Roswitha Bauer, Josef Brandmayr, Dr. Josef Brunmair, Annemarie Brunner, Mag^a Jasmine Chansri, Georg Ecker, Josef Eidenberger, Anna Eisenrauch, Doris Eisenriegler, Dr. Walter Entholzer, Dr. Karl Frais, Alfred Frauscher, Mag. Ing. Otto Gumpinger, Dipl.-Ing. Erich Haider, Johann Hingsamer, Gottfried Hirz, Anton Hüttmayr, Maria Jachs, Mag^a Gertraud Jahn, Helmut Kapeller, Theresia Kiesl, Hermine Kraller, Gabriele Lackner-Strauss, Christian Makor-Winkelbauer, Josef Mayr, Helga Moser, Mario Mühlböck, Ing. Josef Öller, Angela Orthner, Gisela Peutlberger-Naderer, Erich Pilsner, Rudolf Prinz, Martina Pühringer, Arnold Schenner, Franz Schillhuber, Dr. Kordula Schmidt, Gertrude Schreiberhuber, Wolfgang Schürrer, Wolfgang Stanek, Mag. Günther Steinkellner, Josef Steinkogler, Mag. Thomas Stelzer, Dr. Silvia Stöger, Mag. Michael Strugl, Ing. Fritz Sulzbacher, Gunther Trübswasser, Maria Wageneder, Gerda Weichsler, Franz Weinberger, Arnold Weixelbaumer, Reinhard Winterauer und als Letzter gebe auch ich die Stimme ab.

Erste Präsidentin: Es haben alle hier im Haus anwesenden Mitglieder des Landtags ihre Stimme abgegeben. Ich komme nun zur Ermittlung des Wahlergebnisses. Ich bitte den Herrn Schriftführer so wie seine Stellvertreterin und den Herrn Landtagsdirektor die Stimmen auszuzählen. (Die von den Abgeordneten abgegebenen Stimmen werden den Wahlkuverts entnommen und unter Aufsicht der Ersten Präsidentin gezählt und geordnet.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Wahlergebnis bekannt geben. Das Wahlergebnis lautet: Abgegebene Stimmen 56, zustimmend 32, ablehnend 24. (Beifall) Für das Protokoll stelle ich fest, dass der Wahlvorschlag der ÖVP-Fraktion lautend auf Dr. Josef Pühringer mit der erforderlichen Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Ich nehme nun die Angelobung des Herrn Landeshauptmannes vor. Ich ersuche alle Anwesenden sich von den Sitzen zu erheben und bitte den Herrn Landeshauptmann im Sinne des Artikel 45 der oberösterreichischen Landesverfassung vor dem Landtag das Gelöbnis zu leisten.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes getreu beobachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.

Erste Präsidentin: Ich danke dir und wünsche dir alles Gute und gute Zusammenarbeit. (Beifall)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Wahl der Landeshauptmann-Stellvertreter. Gemäß Artikel 43 der oberösterreichischen Landesverfassung sind, wenn für die Wahlen der Landeshauptmann-Stellvertreter ein gemeinsamer Wahlvorschlag der im Landtag vertretenen Parteien nicht eingebracht wurde, diese nach Wahlvorschlägen getrennt in gesonderten Wahlgängen zu wählen. Hierbei steht den einzelnen im Landtag vertretenen Parteien das Recht zur Einbringung von Wahlvorschlägen so weit zu, als ihnen nach Maßgabe des Verhältniswahlrechtes Landeshauptmann-Stellvertreter zukommen. Für die beiden zu wählenden Landeshauptmann-Stellvertreter liegt mir je ein Wahlvorschlag des ÖVP- und des SPÖ-Landtagsklubs vor. Der Wahlvorschlag des ÖVP-Landtagsklubs lautet auf Franz Hiesl. Der Wahlvorschlag des SPÖ-Landtagsklubs lautet auf Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Erich Haider. Gemäß den Bestimmungen der oö. Landesverfassung können bei der Wahl der Landeshauptmann-Stellvertreter in gesonderten Wahlgängen gültige Stimmen nur von den Abgeordneten abgegeben werden, die der Partei der das zu wählende Regierungsmitglied

zukommt angehören. Die Wahl hat geheim mit Stimmzettel zu erfolgen. Ich bitte nun die Mitglieder des ÖVP-Landtagsklubs und des SPÖ-Landtagsklubs sich in alphabetischer Reihenfolge in der sie aufgerufen werden zu der Wahlzelle zu begeben. Dort wird Ihnen ein Wahlkuvert und ein Stimmzettel ausgehändigt. Bitte den Stimmzettel in der Wahlzelle auszufüllen, und zwar so, dass Sie durch Einsetzen eines liegenden Kreuzes in den vorgedruckten Kreis bei ja oder nein Ihre Zustimmung oder Ablehnung zum jeweiligen Wahlvorschlag zum Ausdruck bringen. Den Stimmzettel bitte ich in den Umschlag zu geben und ihn sodann in die entsprechende Urne neben der Wahlzelle zu legen. Beide Wahlurnen sind leer. Den Herrn Schriftführer bitte ich wieder seines Amtes zu walten.

Abg. **Bernhofer:** Dr. Walter Aichinger, Josef Brandmayr, Annemarie Brunner, Georg Ecker, Anna Eisenrauch, Dr. Walter Entholzer, Alfred Frauscher, Mag. Ing. Otto Gumpinger, Johann Hingsamer, Anton Hüttmayr, Maria Jachs, Theresia Kiesl, Gabriele Lackner-Strauss, Josef Mayr, (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Angela Orthner, (Die Erste Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Martina Pühringer, Franz Schillhuber, Wolfgang Schürer, Wolfgang Stanek, Josef Steinkogler, Mag. Thomas Stelzer, Mag. Michael Strugl, Franz Weinberger, Arnold Weixelbaumer. Und als letzter gebe auch ich die Stimme ab.

Josef Ackerl, Johann Affenzeller, Roswitha Bauer, Josef Eidenberger, Dr. Karl Fraiss, Dipl.-Ing. Erich Haider, Mag. Gertraud Jahn, Helmut Kapeller, Hermine Kraler, Christian Makor-Winkelbauer, Mario Mühlböck, Ing. Josef Öller, Gisela Peutlberger-Naderer, Erich Pilsner, Rudolf Prinz, Arnold Schenner, Dr. Kordula Schmidt, Gertrude Schreiberhuber, Dr. Silvia Stöger, Ing. Fritz Sulzbacher, Gerda Weichsler und Reinhard Winterauer.

Erste Präsidentin: Es haben alle Mitglieder der ÖVP und der SPÖ ihre Stimmen abgegeben. Ich bitte wiederum, dass die Schriftführer und die Ordner das Wahlergebnis ermitteln. Ich darf bei dieser Gelegenheit mich auch sehr herzlich freuen, dass heute so großes Interesse an unserer Landtagssitzung ist. Ich begrüße den Herrn Bürgermeister Dr. Dobusch, die Frau Vizebürgermeisterin Dr. Holzhammer, (Beifall) Frau Anneliese Ratzenböck, Frau Christa Pühringer, Frau Christa Sigl, Frau Theresia Hiesl, Frau Maria Haider. Viele sind hier und stärken uns damit auch den Rücken in dieser Situation. Alle anderen Damen und Herren, die im Steinernen Saal drüben zuschauen, der Direktübertragung, möchte ich an dieser Stelle auch sehr herzlich begrüßen. Es ist schön, dass so viele gekommen sind und ich würde mir wünschen, dass Sie zu jeder Landtagssitzung kommen. Alle unsere Sitzungen sind öffentlich und alle sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen. (Die von den Abgeordneten abgegebenen Stimmen werden den Wahlkuverts entnommen und unter Aufsicht der Ersten Präsidentin gezählt und geordnet.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen die Ergebnisse für die Wahl zum Landeshauptmann-Stellvertreter vortragen. Auf den Wahlvorschlag der ÖVP-Fraktion, lautend auf Franz Hiesl, es sind 25 Stimmen abgegeben worden, er hat 25 zustimmende Stimmen bekommen. Herzlichen Glückwunsch. (Beifall)

Der Wahlvorschlag der SPÖ-Fraktion lautet auf Herrn Dipl.-Ing. Erich Haider. Für ihn sind 22 Stimmen abgegeben worden, es sind 22 Ja-Stimmen. Herzlichen Glückwunsch. (Beifall)

Wir beginnen mit der Wahl der übrigen Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung. Auf Grund des bereits abgestimmten Antrages auf Einrechnung des Landeshauptmannes auf die Liste seiner Partei entfallen nunmehr bei der Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung auf die ÖVP zwei Mandate, auf die SPÖ drei Mandate und auf die Grünen ein Mandat. Für ihre Wahl liegt ebenfalls kein gemeinsamer Wahlvorschlag der im Landtag

vertretenen Parteien vor. Gemäß Art. 43 der Landesverfassung sind, wenn für die Wahl der Landesräte ein gemeinsamer Wahlvorschlag nicht eingebracht wurde, diese nach Wahlvorschlägen getrennt in gesonderten Wahlgängen zu wählen. Hierbei steht den einzelnen im Landtag vertretenen Parteien das Recht zur Einbringung von Wahlvorschlägen soweit zu, als ihnen nach Maßgabe des Verhältniswahlrechtes Landesräte zukommen.

Von den im Landtag vertretenen Parteien wurden für die Wahl der Landesräte Wahlvorschläge erstattet. Die Wahlvorschläge der ÖVP lauten: Viktor Sigl, Dr. Josef Stockinger. Die Wahlvorschläge der SPÖ lauten: Josef Ackerl, Mag. Dr. Hermann Kepplinger, Dr. Silvia Stöger. Der Wahlvorschlag der Grünen lautet: Rudolf Anschober. Gemäß Artikel 43 der Landesverfassung können bei der Wahl der Landesräte in gesonderten Wahlgängen gültige Stimmen nur von den Abgeordneten abgegeben werden, die der Partei, der das zu wählende Regierungsglied zukommt, angehören. Ich bitte die Mitglieder der einzelnen Fraktionen, sich in dem nun schon geübten Prozedere einzufinden, in alphabetischer Reihenfolge, in der Sie aufgerufen werden, sich zur Wahlzelle zu begeben. Sie bekommen wieder Stimmzettel, Kuverts, Sie werfen sie in die Urne ein. Herr Schriftführer bitte.

Abg. **Bernhofer:** Dr. Walter Aichinger, Josef Brandmayr, Annemarie Brunner, Georg Ecker, Anna Eisenrauch, Dr. Walter Entholzer, Alfred Frauscher, Mag. Ing. Otto Gumpinger, Johann Hingsamer, Anton Hüttmayr, Maria Jachs, Theresia Kiesl, Gabriele Lackner-Strauss, Josef Mayr, Angela Orthner, Martina Pühringer, Franz Schillhuber, Wolfgang Schürer, Wolfgang Stanek, Josef Steinkogler, Mag. Thomas Stelzer, Mag. Michael Strugl, Franz Weinberger, Arnold Weixelbaumer. Und als Letzter gebe auch ich die Stimme ab.

Josef Ackerl, Johann Affenzeller, Roswitha Bauer, Josef Eidenberger, Dr. Karl Frais, Dipl.-Ing. Erich Haider, Mag. Gertraud Jahn, Helmut Kapeller, Hermine Kraler, Christian Makor-Winkelbauer, Mario Mühlböck, Ing. Josef Öller, Gisela Peutlberger-Naderer, Erich Pilsner, Rudolf Prinz, Arnold Schenner, Dr. Kordula Schmidt, Gertrude Schreiberhuber, Dr. Silvia Stöger, Ing. Fritz Sulzbacher, Gerda Weichsler, Reinhard Winterauer.

Rudolf Anschober, Doris Eisenriegler, Gottfried Hirz, Gunther Trübswasser, Maria Wageneder.

Erste Präsidentin: Es haben alle die Stimme abgegeben. Ich bitte wiederum, sie auszuzählen. (Die von den Abgeordneten abgegebenen Stimmen werden den Wahlkuverts entnommen und unter Aufsicht der Ersten Präsidentin gezählt und geordnet.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe Ihnen die Wahlergebnisse bekannt. Der Wahlvorschlag der ÖVP-Fraktion für Viktor Sigl, 25 abgegebene Stimmen, 24 zustimmende Stimmen. (Beifall) Wahlvorschlag der ÖVP-Fraktion für Dr. Josef Stockinger, abgegebene Stimmen 25, zustimmend 24. (Beifall)

Wahlvorschlag der SPÖ-Fraktion für Josef Ackerl, abgegebene Stimmen 22, alle zustimmend. (Beifall) Wahlvorschlag der SPÖ-Fraktion für Mag. Dr. Hermann Kepplinger, abgegebene Stimmen 22, alle zustimmend. (Beifall) Wahlvorschlag der SPÖ-Fraktion für Dr. Silvia Stöger, abgegebene Stimmen 22, alle zustimmend. (Beifall)

Wahlvorschlag der Fraktion der Grünen für Rudolf Anschober, abgegebene Stimmen 5, alle zustimmend. (Beifall)

Ich stelle fest, dass die Oberösterreichische Landesregierung somit neu gewählt ist. Ich beglückwünsche Sie alle zu Ihrer Wahl.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäss Artikel 45 der Oberösterreichischen Landesverfassung und Artikel 101 der Bundesverfassung leisten die Mitglieder der Landesregierung ihre Angelobung in die Hände des Landeshauptmannes. Ich bitte die Anwesenden sich von den Sitzen zu erheben. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.) Die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung bitte ich vor dem Herrn Landeshauptmann zu treten und in seine Hände das Gelöbnis zu leisten. Den Herrn Landtagsdirektor bitte ich, die Angelobungsformel zu verlesen. Die Regierungsmitglieder sprechen nachher die Worte: Ich gelobe und bekräftigen sie mit Handschlag. Bitte.

Landtagsdirektor **Dr. Hörtenhuber**: Die Angelobungsformel lautet: "Ich gelobe, dass ich die Bundesverfassung, die Landesverfassung und alle Gesetze getreu beobachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde, so wahr mit Gott helfe."

Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe."

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haider: "Ich gelobe."

Landesrat Ackerl: "Ich gelobe."

Landesrat Dr. Stöger: "Ich gelobe."

Landesrat Mag.Dr. Kepplinger: "Ich gelobe."

Landesrat Sigl: "Ich gelobe."

Landesrat Dr. Stockinger: "Ich gelobe."

Landesrat Anschöber: "Ich gelobe."

(Der Landeshauptmann nimmt jedem Regierungsmitglied den Handschlag ab.)

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern der Oberösterreichischen Landesregierung für die Leistung Ihres Gelöbnisses und bitte Sie als Landeshauptmann in der Landesregierung zum Wohle dieses Landes und seiner Menschen gut zusammenzuarbeiten. Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und zur Angelobung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zu den Parteienerklärungen. Zu einer Erklärung zum Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Günther Steinkellner. Ich bitte ihn darum.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Am 28. September haben die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher ihre Wahlscheidung getroffen. Mit heutigem Datum hat der Oberösterreichische Landtag einen Landeshauptmann, einen Landeshauptmann-Stellvertreter, eine Landesregierung gewählt, Mitglieder angelobt.

Ich möchte bei meiner Erklärung beginnen, dass ich meinem Vorgänger Dr. Hans Achatz herzlichen Dank sage für seine Arbeit, die er geleistet hat, 12 Jahre lang auf die Heimat, insbesondere auf die Umwelt und das Wasser geachtet hat. Ich bedanke mich bei dem Dritten Landtagspräsidenten, der in seiner sehr persönlichen Art und Weise, wie auch die Frau Präsidentin es bereits gesagt hat, diesen Landtag mitbeeinflusst, mitgesteuert hat. Ich bedanke mich bei meinem Vorgänger Lutz Weinzinger als Klubobmann für seine Arbeit, seine Rhetorik, seine Gesinnungstreue, die er trotzdem modern und lebendig in den Landtag eingebracht hat und bei allen Abgeordneten, die ausgeschieden sind.

Die Freiheitliche Partei hatte ein sehr schweres Jahr. Und wir wissen, dass dieses Ergebnis nicht auf die Leistungen der oberösterreichischen Regierungsmitglieder Hans Achatz oder auch meine Vorgängerin Ursula Haubner im Ressort zurückzuführen ist und auf die Arbeit meiner Landtagsfraktion. Unabhängig der Motivation der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher ist das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen und uns Freiheitlichen ist die Opposition zugewiesen worden. Am Tag nach der Wahl habe ich in der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass wir uns auf diese Oppositionsrolle vorbereiten werden. Ich danke auch für die Zusage der Klubobmännerkonferenz, dass uns als nicht in der Regierung vertretene Fraktion der Kontrollausschussobmann zustehen wird, den ich selbst anstreben werde.

Wir als Freiheitliche haben in den letzten Jahren immer wieder auch sehr erfolgreich in der Opposition gearbeitet. Dieser Platz ist uns zugewiesen worden. Wir werden diese Oppositionsrolle in der Kontrolle der Regierungsmitglieder, des Landeshauptmannes genauso wie aller anderen Regierungsmitglieder sehr ernst nehmen, denn die Demokratie lebt dadurch, dass die einen in der Regierung umsetzen und die anderen kontrollieren. Und es liegt an uns allen, an Ihnen, für unser Land, für unsere Heimat, das Beste in der jeweils zugewiesenen Rolle für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher zu tun. Für unsere Heimat Glück auf! (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke Herr Klubobmann. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Rudolf Anschöber.

Abg. **Anschöber:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Falls ich jetzt bald aufhören sollte, weil mich irgendein Hustenanfall oder der Stimmbruch sozusagen wegen meiner Angina ereilt, ich hätte vor, einiges über das Arbeitsprogramm zu erzählen. Sie finden es ab sofort auch im Internet, Homepage der Grünen. Da ist dann das Wesentliche nachzulesen, falls ich nicht dazukommen sollte.

Wir haben vor zirka dreieinhalb Wochen gewählt in Oberösterreich und wir haben als Grüne einen Wahlkampf gemacht, wo wir ganz gezielt Regierungsverantwortung, eine Gestaltungsmöglichkeit angestrebt haben. Das war das erklärte Ziel. Wir haben einen sehr wichtigen konstruktiven, sachpolitisch orientierten Wahlkampf geführt, in dem wir Zukunftskonzepte aus grüner Sicht präsentiert haben, Zukunftskonzepte für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr Gerechtigkeit insgesamt in diesem Land, für eine umfassende Demokratisierung und natürlich für Investitionen für mehr Lebensqualität und in den Umweltbereich.

Und das Wahlergebnis hat uns recht gegeben, wir haben alle fünf Wahlziele, die wir hatten, erreicht an diesem 28. September 2003. Wir haben zirka 60 Prozent der Stimmen zugelegt. Wir haben sechsmal so viele Gemeinderäte und Gemeinderätinnen wie vorher. Wir haben siebenmal so viele Stadträte, Gemeindevorstände wie vorher. Wir haben uns vor allem in den Regionen verstärkt. Wir sind Nummer drei im Oberösterreichischen Landtag und in der oberösterreichischen Landespolitik und wir haben das Ziel, das wir hatten, erstmals in die Gestaltungsfunktion zu gelangen, erreicht. Und das ist ein Quantensprung für die Grünen, das ist aber nicht nur ein Quantensprung für die Grünen, denn unser Ziel ist es, in den nächsten sechs Jahren diesen Kurs einer soliden, konstruktiven, inhaltlich orientierten Politik, die auf Dialog setzt statt auf Konfrontation, die auf das Erarbeiten der großen Zukunftskonzepte und auf das Durchsetzen und Umsetzen dieser Zukunftskonzepte setzt, diesen Kurs fortzusetzen.

Und ich denke, wir haben hier jetzt einen riesige Chance, die Tür ist geöffnet aus unserer Sicht. Wir haben ein Arbeitsübereinkommen formuliert, das sich wirklich sehen lassen kann, das in einigen entscheidenden Bereichen, die gerade für uns Grüne sehr wesentlich sind, etwa in der Sozialpolitik, etwa bei der Frauengleichberechtigung, etwa in der Umweltpolitik, eine neue Qualität zeigt, die in vielen Bereichen, im ökologischen und im sozialen Bereich einen Quantensprung mit sich bringt und genau darum geht es jetzt, dieses Programm auch umzusetzen. Und nur eine paar kurze Punkte daraus, denn es ist wichtig, darzustellen, was unser Ziel ist, warum wir in dieser Konstellation auch arbeiten. Denn selbstverständlich gibt es auch bei uns Kritik an einer Entscheidung, die viele von uns als eine große Chance für die Gestaltung sehen, aber auch Kritik wegen der Rolle der Bundes-ÖVP in der schwarz-blauen Bundesregierung.

Und wenn ich mir anschau, wie etwa gestern ein Asylgesetz im Nationalrat beschlossen wurde, was meines Erachtens nach menschenunwürdig ist, dann verstehe ich diese Kritik. Aber wir haben ein Arbeitsübereinkommen, das de facto das Kontrastprogramm zu Schwarz-Blau auf Bundesebene ist und das in vielen Bereichen eine sozialorientierte, eine ökologisch orientierte, eine auf Gleichberechtigung aufbauende Politik in den nächsten sechs Jahren verwirklichen will. Das ist eine riesige Chance, etwa im Bereich der Sozialpolitik, im Bereich der Sozialpolitik, wo es erstmals in Oberösterreich, ich erinnere an das Sozialstaatsvolksbegehren, eine Sozialverträglichkeitsprüfung geben soll, wo es ganz starke Schritte in Richtung Armutsbekämpfung geben wird, wo angestrebt wird, eine Erhöhung der Sozialhilfe, eine schrittweise Erhöhung, wo angestrebt wird, auch eine deutliche Erhöhung des Sozialbudgets, eine Streichung der Regressmöglichkeiten, etwa bei der Sozialhilfe.

Oder etwas ganz, ganz Wichtiges: Wir haben in diesem Haus in der vergangenen Legislaturperiode oft über die Lebenssituation und Arbeitssituation von Pflegerinnen und Pflegern diskutiert. Die Einführung eines Sabbatjahres ist ein entscheidender Schritt in Richtung mehr Chancen und mehr Qualität am Arbeitsplatz für diese Betroffenen. Integration auch ein wesentlicher Bereich, Gleichberechtigung auch ein wesentlicher Bereich. Demokratieform, die in verschiedensten Bereichen gerade mehr Transparenz bringen soll und natürlich wahrscheinlich die größte Aufgabe in dieser Legislaturperiode, die Umsetzung der Erweiterung der Europäischen Union, von der Oberösterreich zentral betroffen sein wird, die Risiken bringen wird, die aber viele Chancen bringen wird. Und es wird für uns alle darum gehen, dass wir diesen Dialog und diese Chancen einer Öffnung, eines Miteinanders mit neuen Nachbarn, zu denen es keine Trennung dann mehr geben wird, ernst nimmt und auch umsetzt. Von einer Qualifizierungsoffensive in den Grenzregionen bis hin zur Chance, die etwa ein Freundschaftsfonds nach dem deutsch-tschechischen Modell bringen würde, um hier mehr Dialog, um mehr Zusammenarbeit, um mehr Partnerschaften der Regionen der beiden Länder verwirklichen zu können und unterstützen zu können.

Und ein letzter Bereich, und das ist natürlich ein wichtiger Bereich für uns, ist der Bereich der Umweltpolitik. Es hat mit Sicherheit noch nie eine derartig grüne Handschrift in einem Arbeitsübereinkommen gegeben wie hier im Kapitel Umwelt. Mit einem Quantensprung, der dort hin führen soll, dass erstmals Direkt-Engagierte sich in der Landespolitik einbringen können, direkt in einem Umweltressort miteinbringen können. Wir wollen interessierte, engagierte Menschen nicht ausschließen, sondern sie einladen zur Mitgestaltung in diesem Land. Wir wollen eine Verbindung von Umwelt und Wirtschaft schaffen, weil wir überzeugt sind davon, dass eine moderne Umweltpolitik Arbeitsplätze nicht zerstört, sondern sie schafft. Mit einem Umweltinvestitionsprogramm können Tausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden und das ist eine riesige Chance für Oberösterreich, in vielen Bereichen vieles mehr. Es ist dies eine neue Handschrift in vielen Bereichen, und zwar für uns Grüne entscheidenden

Bereichen, mit der wir erstmals Grüne Zukunftskonzepte direkt umsetzen wollen. Und die Chance in einem Ressort, das kein Kleinressort ist, das wahrscheinlich, nein, mit Sicherheit das größte Umweltressort in Österreich ist, das eine Gestaltungsmöglichkeit eröffnet wie sonst in wenigen Bereichen, weil es vernetzt vom Wasserbereich bis zum Klimaschutz, von der Gentechnologie bis hin zur Anti-Atompolitik, bis hin zum Konsumentenschutz und der ganz entscheidenden Energiefrage für Ökologie und Wirtschaft entscheidende Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Mein Angebot ist der Dialog, das Miteinander, das Zusammenarbeiten in dieser Situation, das Einbeziehen der Betroffenen, und in dieser politischen Kultur, in der wir den Wahlkampf geführt haben, in der wir versucht haben, in den letzten sechs Jahren auch in diesem Haus konstruktiv zu arbeiten, wollen wir in den nächsten sechs Jahren gestalten, miteinander, mit einer klaren Zukunftsperspektive, mit klaren Ideen und Konzepten, die wir umsetzen wollen. Ich kann nichts garantieren, ich kann nichts prognostizieren, aber ich kann versprechen, dass wir voller Tatendrang, voller Konzepte, voller Energie und mit einem wirklichen Bekenntnis zum Miteinander diese Aufgabe annehmen wollen. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke, Herr Landesrat. Ich bitte Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider um seine Ausführungen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Eingangs möchte ich Ihnen für Ihren bewegten und würdevollen Nachruf auf Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. Dr. Karl Grüner sehr, sehr herzlich danken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit großer Freude haben wir Sozialdemokraten am 28. September die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler zur Kenntnis genommen. Statt bisher 200.000 Stimmen haben wir 300.000 Stimmen bekommen. Wir haben sechs Landtagsmandate dazu gewonnen, zwei Bundesratsmandate und einen zusätzlichen Regierungssitz. Zum ersten Mal seit 1945 ist die Sitzverteilung in der Landesregierung vier Sitze SPÖ zu vier Sitzen ÖVP gleich. Dieses Gleichverhältnis hat es noch nie in der Geschichte unseres Bundeslandes seit 1945 gegeben. Wer diesen Wählerauftrag als einen für eine Oppositionsarbeit sieht, der irrt sich gewaltig. Wir werden diesen Wählerauftrag konstruktiv für die Menschen und nicht gegen die Menschen in diesem Land einsetzen und wir werden dem Wählerwillen, mehr für dieses Land zu tun, gerecht werden.

Klubobmann Strugl hat das Wahlergebnis interpretiert und hat festgestellt, dass die SPÖ von einem historischen Tiefstand aus erhebliche, besondere Zuwächse gewonnen hat. Richtig ist, dass auch die ÖVP von ihrem historischen Tiefstand ausgegangen ist. Der Unterschied ist, wir haben von unserem Tiefstand elf Prozent dazu gewonnen und die ÖVP hat zu ihrem Tiefstand 0,7 Prozent dazu gewonnen und ein Bundesratsmandat verloren. Es entspricht daher auf gar keinem Fall dem Wählerwillen, wenn jetzt bei einem Stand von vier zu vier der Landesregierung die Ressortverteilung beschlossen wird. Es ist keine Gleichverteilung. Es entspricht auch gar keines Falles dem Wählerwillen, wenn jetzt das Gemeinderessort geteilt wird. Es entspricht auch gar nicht dem Wählerwillen, was hier von ÖVP und Grünen im Landtag beschlossen wird, dieser Demokratieabbau, den es ab heute geben wird.

Bisher hat es im Landtag das freie Mandat gegeben. Bisher hat es eine freie Mehrheitsbildung gegeben. Ich darf Sie daran erinnern, dass das in der letzten Legislaturperiode ganz wichtig war und auch zu sehr guten Entscheidungen geführt hat. Denken Sie an die Lösung der Energiefragen, die Schaffung des Infrastrukturfonds oder auch den Beschluss über die voest, der ohne diese freie Mehrheitsbildung nicht möglich gewesen wäre. Jetzt haben wir

einen Demokratierückschritt durch Schwarz und Grün, kein freies Mandat mehr. Statt dem Wettbewerb der guten Ideen, den wir vorgeschlagen haben, neuen Koalitionszwang.

Die Verkleinerung der Ausschüsse von vierzehn Mitglieder auf dreizehn Mitglieder ist eine eigenartige Dankesabstimmung der Grünen. In der vergangenen Periode wären nämlich achtzehn Ausschussmitglieder notwendig gewesen, damit sie einen Sitz gehabt hätten. Wir haben freiwillig verzichtet, damit es möglich gewesen ist, dass die Grünen an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Ich kann auch die Berechnung von vierzehn auf dreizehn nicht verstehen, denn eines ist ganz sicher, in der vergangenen Legislaturperiode umfasste der Oberösterreichische Landtag 56 Mitglieder und vierzehn war die Zahl für die Ausschüsse. Jetzt haben wir wieder 56 Mitglieder und die richtige Zahl ist jetzt plötzlich dreizehn. Das ist politische Willkür und das ist nicht mehr sondern weniger Demokratie in diesem Haus. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Ihr Demokratieverständnis im Landtag und in der Oberösterreichischen Landesregierung wird auch ganz wesentlich den Stil in diesem Haus mitprägen. Der Einstieg war wahrlich kein guter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen für eine Arbeitnehmerpolitik in diesem Haus, für Beschäftigungsoffensiven, für Jugendbeschäftigungsmaßnahmen, für die Erhöhung von Forschung und Entwicklung, für den Rückkauf der voest, fünfzehn Prozent für einen Kernaktionär in Oberösterreich. Wir lehnen die Auflösung des Infrastrukturfonds ab und wir bedauern und lehnen auch ab die Kürzung der Wohnbauförderungsmittel. Beide Maßnahmen werden im Bereich der Beschäftigung sicher zu negativen Folgen führen. Der größte Auftraggeber für das Bau- und Baunebengewerbe war bisher der Wohnbaubereich. Die Kürzung dieser Mittel wird sicher eine negative Entwicklung auslösen. Wohnen wird teurer werden und es wird die beste Wohnbauförderung aller Bundesländer hier reduziert und wahrscheinlich sogar zerstört werden.

Wir werden uns ganz besonders für die Jugend in diesem Land einsetzen, für eine Ausbildungsoffensive für die jungen Menschen, für faire und gerechte Ausbildungschancen und weiterhin für die Abschaffung von Schulgeld und Studiengebühren eintreten. Wir wollen auch eine größere Rolle für die Frauen in diesem Land. Wir sind die einzige Partei, die eine Frau in die Landesregierung entsandt hat. Wir haben auch den größten Frauenanteil aller Parteien im Landtag. Und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen ist ein wichtiges Ziel. Wir werden ganz besonders auf die Lebensqualität und auf die Gesundheit in unserem Bundesland achten. Wir wollen einen Ausbau der Landeskrankenanstalten und der Spitäler in diesem Land und kein Reduzieren oder Zusperrern von Spitälern. Wir wollen eine gute Entwicklung im Bereich des Sportes, der Freizeit und der Kultur.

Ganz besonders wichtig ist uns der Sozialbereich. Wir werden weiterhin Schutzschild gegen Sozialabbau sein. Wir werden die Pflegevorsorge für die älteren Menschen mit ausreichend gut ausgebildeten Pflegepersonal forcieren und wir werden ganz sicherlich eine Stütze für die Schwächeren in dieser Gesellschaft sein. Wichtig ist uns auch noch der Schutz des öffentlichen Eigentums. Es wird keinen weiteren Ausverkauf von Landesvermögen und Landeseigentum mit uns geben und auch die Auflösung der Landesrücklagen ist sicher keine gute Ansage.

Zusammenfassend darf ich feststellen: Wir wollen eine Demokratieoffensive für Chancengleichheit und Gerechtigkeit in Oberösterreich statt Sozialabbau und Ausverkauf. Ich wünsche dem Oberösterreichischen Landtag für die 26. Legislaturperiode viel Erfolg. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ich bitte Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer um seine Ausführungen.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, hohes Haus, liebe Gäste am heutigen Tag! Ich danke Ihnen vorweg sehr herzlich für das Vertrauen, das Sie mir bei meiner Wiederwahl zum Landeshauptmann von Oberösterreich entgegengebracht haben. Ich danke besonders jenen, die mich gewählt haben. Ich verspreche aber allen, mit vollem Einsatz und ganzer Kraft für unser Land und für seine Menschen zu arbeiten und ich bitte alle um vernünftige und gute Zusammenarbeit.

Mein erster und besonders herzlicher Dank gilt in dieser Stunde jenen, die vor uns Verantwortung für Oberösterreich getragen haben. Wir alle, die wir heute in Verantwortung stehen, bauen weiter. Wir bauen das weiter, was vor uns geschaffen wurde. Ich entbiete daher allen ehemaligen Regierungsmitgliedern und Mandataren, die heute anwesend sind, einen ganz herzlichen Gruß und danke ihnen für ihr Wirken für unser Bundesland. Es freut mich ganz besonders, dass meine Amtsvorgänger Dr. Erwin Wenzl und Dr. Josef Ratzenböck, denen ich einen respektvollen und dankbaren Gruß entbiete, heute im Hause anwesend sind.

Mein ganz spezieller Dank gilt auch jenen Mitgliedern der Oberösterreichischen Landesregierung, die heute aus ihren Ämtern ausgeschieden sind, Herrn Landesrat Dr. Hans Achatz und Kommerzialrat Josef Fill, die sich nach einer langen politischen Tätigkeit aus der Politik zurückziehen. Ich danke Dr. Walter Aichinger und Mag. Günter Steinkellner, die erfreulicherweise der Politik in anderen Funktionen weiter für das Land arbeiten werden. Ich danke für Ihr Wirken zum Wohle der Bevölkerung von Oberösterreich. Ich grüße all jene, die heute zum ersten Mal als Abgeordnete in diesem Hause sind oder als Regierungsmitglieder neu angelobt wurden oder anschließend in den Bundesrat entsandt werden. Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute.

Sehr geehrte Damen und Herren! Am 28. September dieses Jahres haben unsere Landsleute den neuen Landtag gewählt und damit das politische Kräfteverhältnis in diesem Haus für die nächsten sechs Jahre fixiert. Die Oberösterreichische Volkspartei ist mit 43,4 Prozent stimmenstärkste Partei geworden und konnte ihr bisheriges Ergebnis um 0,7 Prozent verbessern.

Ich weiß selbstverständlich, dass 43,4 Prozent eine starke relative Mehrheit, aber keine absolute sind, weder im Landtag noch in der Regierung, und ich bitte, unabhängig von den Stärkeverhältnissen aller politischen Kräfte um Zusammenarbeit für Oberösterreich. Ich tue das als Obmann der stimmenstärksten Partei in diesem Hause und gleichzeitig als Landeshauptmann und biete allen eine korrekte und gute Gesprächsbasis an. Das ernst gemeinte politische Gespräch ist für mich genauso notwendiger Teil der Politik wie der Respekt vor den Ideen und Meinungen Andersdenkender.

Die hinter uns liegenden Regierungsverhandlungen haben zu einem Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und Grüne geführt. Ich danke der Grünen Fraktion, die bereit war, mit uns ein Zukunftsprogramm, das unserer gemeinsamen Arbeit zugrunde liegen soll, zu entwickeln. Vor uns liegen große Herausforderungen. Ich bin überzeugt, dass dieses Programm richtige Antworten auf diese Herausforderungen geben wird.

Hohes Haus! Zur aktuellen politischen Lage ist es mir ein Bedürfnis zu einigen falschen Legendenbildungen, die in Umlauf gesetzt wurden, einige Klarstellungen zu treffen. Wie vor der

Wahl angekündigt, habe ich als Obmann der stimmenstärksten Partei alle Landesparteiobmänner zu Gesprächen eingeladen. Anschließend hat die ÖVP mit der SPÖ als zweitstärkste Partei die Verhandlungen aufgenommen. Nach mehreren Verhandlungsrunden hat die SPÖ ihre Ressortforderungen auf den Tisch gelegt, die vom ÖVP-Landesvorstand nicht akzeptiert wurden. Ich habe unmittelbar nach diesem Beschluss des Parteivorstandes Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider persönlich davon in Kenntnis gesetzt und ihn eingeladen, einen neuen Vorschlag zu unterbreiten. Gleichzeitig habe ich auch mitgeteilt, dass die ÖVP nun auch Verhandlungen mit den Grünen führen werde. Die Begründung für die Zurückweisung des Vorschlags der SPÖ hinsichtlich der Kompetenzverteilung war klar. Die Oberösterreichische Volkspartei ist nicht schwächer sondern stärker aus diesen Wahlen hervorgegangen und wir haben es daher als nicht korrekt und richtig erachtet, von den Wählern gestärkt zu werden und aus den Parteiverhandlungen geschwächt herauszugehen. Die SPÖ hat keinen neuerlichen Vorschlag vorgelegt, daher hat es auch keine weiteren Verhandlungen mit der SPÖ gegeben. Ich stelle daher fest, wir, die Vertreter der Volkspartei, die Brücken nicht abgebrochen und auch die Türen nicht zugeschlagen haben.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist an dieser Stelle auch festzuhalten, dass das Klima zwischen ÖVP und SPÖ durch eine Vielzahl von Untergriffen und persönlichen Angriffen im Zuge des letzten Landtagswahlkampfes bereits beeinträchtigt war. Dieser Wahlkampf war der härteste und unfairste, der seit Jahrzehnten in diesem Land geführt wurde (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Wie die Bundesregierung!") und hat das politische Klima gerade im Vorfeld der Regierungsverhandlungen entscheidend negativ belastet. Fairerweise stelle ich fest, dass dieser Vorwurf ausschließlich an die Sozialdemokraten gerichtet werden muss, nicht an die Grünen und nicht an die Freiheitlichen. Wenn heute jemand behauptet, durch die Regierungsverhandlungen sei das oberösterreichische Klima zerstört worden, so ist das nicht richtig, denn es ist bereits im Wahlkampf durch persönliche Angriffe und durch den aggressiven politischen Stil schwer ramponiert worden. Ich hoffe für Oberösterreich, dass es noch reparierbar ist. Dennoch, der Wahlkampf ist vorbei und obwohl Kränkungen und Verletzungen zurückbleiben, reiche ich meine Hand nach allen Richtungen und ersuche, wieder das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach intensiven Verhandlungen mit den Grünen ist es schließlich zum Abschluss eines Arbeitsübereinkommens als Grundlage für die gemeinsame Arbeit für Oberösterreich gekommen. Diese Verhandlungen sind in einem korrekten und konstruktiven Klima verlaufen, getragen von gegenseitigem Respekt. ÖVP und Grüne sind zwei verschiedene Parteien, in manchen Bereichen sehr verschiedene Parteien. ÖVP und Grüne sind aber auch Parteien mit beachtlich großen Gemeinsamkeiten, insbesondere durch das Modell der ökosozialen Marktwirtschaft. Es ist ein neues politisches Projekt in dieser Republik, ja in ganz Europa, das jetzt gestartet wird und es erfordert viel gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Rücksichtnahme, damit es ein Erfolg werden kann.

Wir werden einander fordern müssen, dürfen uns aber nicht überfordern, um auf der Basis des Arbeitsprogramms bestmöglich zu arbeiten. Dieses Modell ist nicht risikofrei. Was ist heute schon ohne Risiko? Dieses Modell ist aber eine große Chance. Wir können viel voneinander lernen und für Oberösterreich gerade auch im Bereich der ökosozialen Zukunftsentwicklung viel weiterbringen. Wir sind eine geordnete Partnerschaft und kein schlampiges Verhältnis eingegangen, gleichzeitig aber mit dem Wissen, dass kein Teil dieser Partnerschaft seine Identität einbüßen darf. Nur so werden wir gemeinsam erfolgreich für Oberösterreich arbeiten können.

An die Adresse der FPÖ richte ich die Einladung, als konstruktive Kontrollpartei für dieses Land zu arbeiten. Die oberösterreichischen Freiheitlichen haben, das muss man hier ehrlich sagen, vor allem durch den Sog ihrer Bundespartei große Einbussen hinnehmen müssen. Das ist für eine politische Bewegung, egal für wen, nicht angenehm. Das hindert mich nicht, auch an Sie die Bitte um faire, konstruktiv kritische Zusammenarbeit zu richten.

An die Adresse der oberösterreichischen Sozialdemokraten richte ich trotz allem die Einladung, sich als konstruktive Regierungspartei einzubringen. Wir haben nicht vor, eine Politik gegen die SPÖ, sondern eine Politik für Oberösterreich zu machen. (Beifall) Es wird in erster Linie an Ihnen liegen, wieder zu jenem Ton und zu jener Gemeinsamkeit zurückzukehren, die Oberösterreich so stark gemacht hat. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Allmachtsanspruch!“) Sehr geehrter Herr Kollege Haider! Ich gehe nicht auf all die Argumente und Vorwürfe ein, ich stelle nur ganz kurz zu Ihren Ausführungen Folgendes fest. Es gibt hier keinen Demokratieabbau, denn jeder, der rechnen kann, weiß dass bei einem Gesamtstimmenanteil von Schwarz-Grün von 52,5 Prozent die rechnerisch richtige Zahl der Ausschussgröße Dreizehn ist. Das ist eine Relativitätsrechnung, die sich eindeutig auf diese Größe ausgeht.

Zum Zweiten: Es gibt keinen neuen oder wie Sie gesagt haben erhärteten Koalitionszwang. Ich muss Ihnen schon in aller Klarheit sagen, Sie rügen uns wegen Koalitionen oder Zwängen. Sie haben angeboten fünf-vier und das Einstimmigkeitsprinzip. Das ist mehr als das in der Regierung. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Herr Landeshauptmann, verbreiten Sie keine Unwahrheiten!“) Herr Kollege Ackerl, ich habe gesagt, in der Regierung. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Schmähführen brauchen wir nicht. Sie wissen ganz genau, wenn Ihr einen Landesrat zusätzlich bekommt...!“)

Ich sage Ihnen auch, dass das Geld des Infrastrukturfonds eins zu eins in die Ressortbudgets aufgrund unserer Vereinbarung übertragen wird und dass die mit Ihnen vereinbarte Gestaltung der Wohnbauförderung bis zum Jahr 2005, die wir beide abgeschlossen haben, selbstverständlich eins zu eins hält. Wer mit uns etwas vereinbart, der kann damit rechnen, dass Vereinbarungen auch halten. (Beifall. Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Aber der Infrastrukturfonds wurde abgeschafft. Der Infrastrukturfonds wurde für zwanzig Jahre vereinbart und nicht für zwei!“) Herr Kollege Haider, Sie wissen, dass es auf das Geld ankommt. Das wird dem Ressortbudget zugeschlagen und die Auflösung erfolgt über Anregung und Empfehlung des Landesrechnungshofes wegen der Budgetwahrheit.

Meine Damen und Herren, ich komme zu unseren Schwerpunkten für die nächsten Jahre. Ich habe die Politik immer als Wettbewerb der Ideen bezeichnet. Im Ideenwettbewerb wird Politik lebendig, wird Neues möglich. Dieses Neue brauchen wir, denn wir leben in einer Zeit des raschen Wandels. Politik ist nur dann gut, wenn sie nicht nur an das Morgen, sondern heute schon an das Übermorgen denkt. Wir brauchen die Balance zwischen Verändern und Bewahren. Diese Verbindung von Tradition und Fortschritt, von Erhalten und Erneuern bildet den Kern meines Politikverständnisses, denn wir brauchen letztlich beides. Offenheit für das Neue und Eröffnung von Zukunftschancen, aber auch Sicherheit und die Geborgenheit des Vertrauten. Daher wollen wir einerseits Innovation und Dynamik im Land fördern, nicht die Probleme verwalten, sondern Zukunft gestalten, durch Investitionen, durch Zukunftstechnologien, durch Infrastrukturausbauten, durch zukunftssträchtige Bildungseinrichtungen, durch eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung. Andererseits dürfen wir auch jene nicht vergessen, die das schnelle Tempo nicht mithalten können und auf der Strecke zu bleiben drohen. Ihnen müssen wir besondere Aufmerksamkeit schenken und Unterstützung geben. Denn, Wohlstand und Lebensqualität einer Gesellschaft hängen nicht

nur von der Wirtschaftskraft, sondern auch vom menschlichen Miteinander ab. Ich bekenne mich dazu, es bedarf einer Politik für Markt und Menschlichkeit, um die Zukunft Oberösterreichs nachhaltig zu sichern.

Meine Damen und Herren, Hohes Haus, der neue Landtag und die neue Landesregierung haben den Auftrag, Oberösterreich durch das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends zu führen. Wollen wir Oberösterreich auch in Zukunft als ein in vielen Bereichen starkes Land mit hoher Lebensqualität erhalten, dann brauchen wir erstens einen dauerhaften und gerechten Frieden bei uns und darüber hinaus in Europa und in der Welt. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittel- und Osteuropas. Damit wird, mehr als dreizehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, die Wiedervereinigung des gesamten Kontinents Realität. Gleichzeitig müssen wir alles daran setzen, dass Oberösterreich zum Gewinner dieser Erweiterung wird.

Zweitens brauchen wir Arbeit für möglichst alle Menschen in unserem Land. Das Erreichen der Vollbeschäftigung ist ein Ziel, für das es sich zu Arbeiten und zu Kämpfen lohnt. Noch dazu, wo Oberösterreich einer der wenigen Wirtschaftsräume in Europa ist, der eine realistische Chance hat, dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen. Wir brauchen soziale Gerechtigkeit und einen ausgewogenen Generationenvertrag. Wir brauchen bestmögliche Bildung und Ausbildung, wir brauchen eine lebenswerte Umwelt, eine lebendige Demokratie und ein offenes, geistiges und kulturelles Klima im Land.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist unmöglich, auf alle wichtigen Bereiche der Politik in den kommenden sechs Jahren im Detail einzugehen. Ich möchte nur einige wesentliche Punkte unserer künftigen Landespolitik beleuchten: Die politische Entwicklung in Europa gibt uns gleich zu Beginn des neuen Jahrhunderts eine echte Jahrhundertchance in die Hand. Die Sicherung eines dauerhaften Friedens, nicht nur in West-, sondern auch in Mittel- und Osteuropa durch die Erweiterung der Union. Oberösterreich bekennt sich zu dieser Erweiterung, denn Frieden, Demokratie und Wohlstand durch gemeinsames Wirtschaften in ganz Europa müssen auch in unserem Interesse liegen. Das sind wir vor allem den Kindern und den kommenden Generationen schuldig. Wir Europäer zeigen damit, dass wir aus der blutigen Geschichte unseres Kontinents gelernt haben und jetzt dabei sind, das erfolgreichste Friedensprojekt, das die Geschichte kennt, nämlich die Einigung Europas auf den Kontinent auszudehnen. Die historische Tragweite, die dieser Prozess hat, sei nur an einem Faktum verdeutlicht. Meine Generation, die Generation also jener, die nach dem letzten Weltkrieg geboren wurde, ist die erste Generation, die Waffengewalt und kriegerischer Auseinandersetzungen nicht mehr aus eigener Erfahrung kennt. Diesen zivilisatorischen Quantensprung gilt es jetzt abzusichern und weiter auszubauen, indem wir auch die Länder Mittel- und Osteuropas in die Friedensordnung mit hereinnehmen. Wir halten uns dabei an ein Wort des großen deutschen Nachkriegspolitikers Carlo Schmidt, der in der Gründungsphase der EU richtig gesagt hat, „Europa kann man nicht halb erreichen, Europa kann man nur ganz oder gar nicht erreichen“. Wir sind jetzt dabei Europa zu erreichen, damit wird durch dauerhafte Sicherung des Friedens und das Bekenntnis aller Mitglieder zu gemeinsamen europäischen Werten, jede Region, jedes Land und jeder Nationalstaat politisch zu Gewinnern der Erweiterung.

Für uns steht aber auch fest, Europa muss vernünftig weitergebaut werden. Wir wissen, dass Europa unsere Zukunft ist. Ich sage aber dazu auch in aller Klarheit, nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Wir werden uns daher gegen zentralistische Tendenzen in der EU zur Wehr setzen. Europa soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und zugleich die Identität seiner Mitgliedsstaaten und seiner Regionen durch Wahrung ihrer

Kompetenzen erhalten. Wir brauchen diese Kompetenzen auch, um Oberösterreich nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch zum EU-Erweiterungsgewinner zu machen. Deshalb müssen wir nicht nur die Risiken der Erweiterung abfedern, sondern auch die daraus entstehenden Chancen nützen. Dazu bedarf es eines umfassenden Programms für die Grenzlandregionen, das wir bereits in die Wege geleitet haben. Neben dem Engagement des Landes mit einem eigenen Erweiterungsprogramm, unter anderem durch die Schaffung eines EU-Erweiterungsforums und eines Expertengremiums zur Begleitung der Grenzregionen, fordern wir auch ein entsprechendes Engagement des Bundes und der Bundesregierung sowie der Europäischen Gemeinschaft, gerade in diesen Jahren für die Grenzräume. Wir wollen die Erweiterung aktiv gestalten und sie zum Vorteil für unser Land machen, denn für ein starkes und exportorientiertes Wirtschaftsland wie Oberösterreich ist ein erweiterter Markt eine große Chance.

Wir wollen daher, dass die EU den Ländern und Staaten einen erweiterten Gestaltungsspielraum gibt, dass kofinanzierte Regionalförderprogramme auch nach 2006 möglich sind. Gerade die Grenzregionen zu Tschechien litten immer darunter, dass sie abgeschottet waren und erkennen jetzt die Chance, die sich durch die Erweiterung der Europäischen Union für sie ergibt. Wir werden daher alles in unseren Möglichkeiten stehende tun, um sie auch zu Erweiterungsgewinnern zu machen. Auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Beitrittsländern soll angestrebt werden. Damit wird dafür gesorgt, dass alle Seiten vom großen EU-Projekt profitieren können. Neben wirtschaftlichen Belangen gehören dazu auch Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Identität, wie etwa die Förderung des Erlernens von Fremdsprachen. Gleichzeitig wollen wir die Heranführung der EU-Beitrittsländer an europäische Umweltstandards. Wir wollen aber auch im nachbarschaftlichen Dialog mit Tschechien noch einiges erreichen. Selbstverständlich bleibt in diesem Zusammenhang mit dem Atomkraftwerk Temelin die Null-Variante unser Ziel, für das wir uns einsetzen. In Kürze werden die angekündigten Gespräche zwischen den Ministern Pröll und Svoboda stattfinden. Darüber hinaus muss jedenfalls das Melker Übereinkommen auf Punkt und Beistrich eingehalten werden. Unser Ziel ist ein atomfreies Europa. Gerade Oberösterreich als Vorzeigeregion im Bereich erneuerbare Energieträger kann dabei Vorbildwirkung haben. Wir wollen den Dialog mit Tschechien in der Frage der Benes-Dekrete fortsetzen mit dem Ziel, dass diese Unrechtsakte aus der Verfassung entfernt werden. Das sind wir den Heimatvertriebenen schuldig, die nach ihrer Vertreibung bei uns nicht nur neue Heimat gefunden haben, sondern auch zum Wiederaufbau unseres Landes maßgeblich beigetragen haben. Gleichzeitig gilt es trotz der vorher genannten Probleme, eine tragfähige Nachbarschaft mit unseren nördlichen Nachbarn aufzubauen. Diese Chance wollen wir in den nächsten Jahren nutzen. Ein Beispiel, das Stifterjahr 2005 ist eine derartige Chance, die Gemeinsamkeiten zu pflegen und den grenzüberschreitenden Dialog zu fördern.

Meine Damen und Herren, Oberösterreich geht mit guten Voraussetzungen in die gemeinsame europäische Zukunft. Unser Ziel, uns bis Ende des Jahrzehnts unter den Top-Ten Regionen Europas zu etablieren, ist machbar. Denn schon jetzt sind wir in einigen Positionen führend. In den letzten Jahren konnte Oberösterreich laufend neue Beschäftigungsrekorde erzielen. 543.259 oberösterreichische Beschäftigte im Jahresschnitt 2002 bedeuten Beschäftigungsrekord. Zum Vergleich 1999 wurde erstmals die Schallmauer 540.000 Beschäftigter in der Geschichte der Zweiten Republik durchbrochen. Heute ist dieser damalige Spitzenwert der Jahresdurchschnittswert. Die Differenz der Arbeitslosenquote in Oberösterreich zum Bund, 4,7 Prozent zu 6,9 Prozent, spricht für sich und war noch nie so groß. Oberösterreich ist es darüber hinaus gelungen, in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres, trotz einer schwachen Konjunktur, eine Trendwende am Arbeitsmarkt zu erreichen. Nach einhalb Jahren leichten Anstiegens der Arbeitslosenquote sinken, Gott sei Dank, die Arbeitslo-

senzahlen in Oberösterreich wieder. Diesen Weg fortzusetzen, wird unsere Aufgabe sein. Unser Ziel heißt Vollbeschäftigung! (Beifall) Im Schnitt der sechs Jahre muss die Arbeitslosenrate unter vier Prozent liegen. Dazu brauchen wir neue Wachstumsfelder. Die Richtung für die Zukunft ist klar. Wir müssen neue Märkte erschließen, Zukunftsfelder besetzen, wie Umwelttechnik, neue Werkstoffe, Mechatronik, Informations- und Kommunikationstechnologie. Wir müssen vor allem auch die Vernetzung von Ausbildung und Spitzenforschung, Unternehmen, Gründerzentren, Risikokapitalgebern und anderer Faktoren weiter verstärken. Wir müssen den Technologietransfer in die Unternehmen beschleunigen und Innovatoren auch aus der Wissenschaft bei der Unternehmensgründung unterstützen. Die Forschungsergebnisse müssen schneller als bisher zu attraktiven Produkten werden. Dazu wollen wir auch die Internationalität fördern, denn in dieser Vernetzung liegt die große Zukunftschance unseres Landes im 21. Jahrhundert.

Arbeitsmarktpolitik heißt aber nicht nur Spitzenleistungen fördern, gerade in den sensiblen Bereichen des Arbeitsmarktes muss unser besonderes Engagement liegen. In der Arbeitsmarktpolitik müssen wir daher weiterhin Menschen mit Behinderungen, den Langzeitarbeitslosen, Jugendlichen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonderes Augenmerk schenken. Insbesondere werden wir uns im Jugendbereich besonders engagieren. Denn, obwohl wir die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit unter den Bundesländern haben, dürfen wir nicht übersehen, dass sie auch bei uns gestiegen ist und rund fünf Prozent beträgt. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein Kernstück unseres gemeinsamen schwarz-grünen Arbeitsprogramms.

Sichere Arbeitsplätze, das ist unser generelles Ziel. Die beste Voraussetzung, um unsere Arbeitsmarktdaten halten zu können, in Richtung Vollbeschäftigung zu gehen, sind erfolgreiche Betriebe. Sie haben bereits in den letzten beiden Jahren, etwa durch die Exporterfolge dazu beigetragen, dass unserem Bundesland eine Rezession, wie sie beispielsweise bei unseren Haupthandelspartnern Italien und Deutschland eingetreten ist, erspart geblieben ist. Für sie wollen wir weiter attraktive Rahmenbedingungen schaffen. Sowohl für die heimischen Betriebe, aber auch für internationale Investoren, auf die der Wirtschaftsstandort Oberösterreich erfreulicherweise schon jetzt große Anziehungskraft ausgeübt hat. Wir wollen eine Mittelstandsfinanzierung schaffen. Wir wollen besonders jene Bereiche forcieren, wo wir besondere Kompetenzen haben, um so den technologischen Vorsprung zu verbessern. Wir wollen noch mehr Effizienz bei Forschung und Entwicklung. Drei Prozent Forschungsmittel aus Wirtschaft und öffentlicher Hand muss unser Ziel bis zum Ende der Periode sein, davon mindestens ein Prozent aus dem Landesbudget. Unter anderem sollen dadurch die Exporte weiter angekurbelt werden, die heute bereits beachtlich sind.

Meine Damen und Herren, Wissen ist heute der entscheidende Rohstoff. Bildung verteilt nicht nur die Lebenschancen des Einzelnen, sondern ist auch ein wichtiger Faktor für ein Land im Wettbewerb der Standorte. Die Bildungspolitik steht daher auch in den kommenden Jahren ganz oben auf unserer Agenda. Der Grundsatz lautet dabei, Fördern und Fordern. Mit anderen Worten, nicht ein Kind in unserem Land soll im Zuge seiner Erstausbildung unter seinen Möglichkeiten bleiben. Wir wollen eine flächendeckende wohnortnahe Bildungsstruktur. Wir wollen die Spitzenstellung unserer Schulen in Sachen Kommunikationstechnologie ausbauen, die Integration von Kinder mit Behinderungen und die Förderung besonders Begabter weiter fortsetzen. Bis zum Jahr 2006 soll es dreißig Fachhochschul-Studiengänge geben. Und wir wollen weiter Lehrlingsland Nummer eins sein. Mit 25.577 Lehrlingen haben wir derzeit absoluten Lehrlingshöchststand in der Geschichte. Einen Anteil von 21,2 Prozent aller Lehrlinge in der Republik.

Meine Damen und Herren, Kultur in ihren vielfältigen Erscheinungsformen ist ebenfalls ein gestaltendes Element unserer Gesellschaft. Dieses Element dient dem Leben, es wirkt durch seinen humanistische und sinnstiftenden Charakter negativen gesellschaftlichen Tendenzen entgegen. Unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Kultur und Gesellschaft sich ungehindert entwickeln können, ist ein offenes kulturpolitisches Klima, auch als Symbol für die Offenheit des gesellschaftlichen Klimas im Land. Oberösterreich muss ein Land der geistigen Weite bleiben. Ein Land in dem sich Kunst und Kultur in aller Vielschichtigkeit erhalten können. Dazu gehört ein neues Landestheater ebenso wie die Förderung neuer Ausdrucksformen kulturellen Lebens. Liebe zum Alten, Mut zum Neuen soll auch in Zukunft unser Motto sein. Wir wollen aber unser kulturelles Erbe nicht nur pflegen, sondern es auch vermitteln. Nicht umsonst heißt es, Kultur muss gelebt werden, um weiterzuleben, um lebendig zu bleiben. Unsere Zeit muss Spuren hinterlassen. An unserer künstlerischen Leistungskraft werden uns kommende Generationen messen. Denn, Kultur ist das, was vom Menschen bleibt. Nicht alles, was neu ist, ist von vornherein gut. Aber, wer Neues nicht zulässt, verhindert auch, das gute Neue. Nicht Anbeten der Asche, sondern Erhaltung des Feuers muss daher unser Ziel sein. Die vier Grundsätze heißen Anregen, Fördern, Vermitteln und Zulassen. Das ist der Weg einer vernünftigen zeitorientierten Kulturpolitik. Denn gerade die junge Szene braucht gezielte Unterstützung, um ihr kritisch aufmüpfiges Potenzial voll entfalten zu können.

Meine Damen und Herren, in der Kulturpolitik haben wir dafür zu sorgen, dass jene Künstler, die heute schaffen, mit ihrer Botschaft durchdringen können. Eines der wichtigsten Ziele für die kommende Legislaturperiode ist und bleibt die Schaffung eines neuen zeitgemäßen modernen Landestheaters bis zum Jahr 2009, entsprechend des Grundsatzbeschlusses des Oberösterreichischen Landtags. Denn, an diesem neuen Theater führt kein Weg vorbei. Es ist für die Weiterentwicklung des Kulturlandes, aber auch für den Wirtschaftsstandort und für die Landeshauptstadt Linz von entscheidender und unabdingbarer Bedeutung. Die sogenannten weichen Standortfaktoren haben in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Große Investoren fragen heute nicht nur, wo ist der Flughafen, wo ist die Autobahn, wo ist der Gleisanschluss, wo ist die nächste Auffahrt auf eine internationale Anbindung, sondern, sie fragen auch nach Bildungseinrichtungen, nach Theater, nach Kultur, nach Konzerthäusern. Ich bin daher froh, dass es noch in der alten Periode eine Übereinkunft von drei Parteien und einen gemeinsamen Fahrplan gegeben hat. 2009 ist ein magisches Datum, zu dem Stadt und Land für Linz und seinem großen Großraum das Ziel europäische Kulturhauptstadt zu werden, konsequent umsetzen wollen. Der verbindende Charakter von Kultur über Grenzen hinweg, die problematisch sind, sollen im Stifterjahr 2005 zum Tragen kommen.

Meine Damen und Herren, Oberösterreich soll auch in Zukunft ein Land der sozialen Wärme bleiben. Hier hat gerade ein wirtschaftlich starkes Land wie Oberösterreich eine besondere Verantwortung. Denn ein wirklich gutes Land sind wir nur dann, wenn sich auch die Schwachen in unserem Land wohl fühlen. Das bedeutet, ein Leben in Würde und Teilhabe für alle Menschen, gerade Initiativen für Ältere, pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen, müssen daher auch in Zukunft ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit sein.

Genau so wie eine stabile Gesellschaft für persönliches Glück und Zufriedenheit, für Harmonie zwischen Jung und Alt, die Kraft der nachwachsenden Generationen und stabile Familien braucht. Das zentrale politische Prinzip der Landespolitik in allen Politikbereichen ist das Prinzip der Nachhaltigkeit, das ist im gemeinsamen Arbeitsübereinkommen ganz eindeutig festgeschrieben. Denn der Schutz unserer ökologischen Ressourcen ist auch eine Frage unserer Verantwortung gegenüber jenen Generationen, die uns nachfolgen werden. Ökolo-

gie und Nachhaltigkeit sind die Wegbereiter der Lebensqualität für uns und für die nächsten Generationen. Wir wollen eine hohe ökologische Qualität in unserem Land erreichen, im Sinne von vielfältigen Öko-Systemen, reinen Gewässern, sauberer Luft und einem natürlichen Lebensumfeld. Wichtige Partner dabei sind unsere Bauern. Wir wollen unter anderem unser Bundesland zu einem Musterland in Sachen nachhaltiger Landwirtschaft machen, dabei soll unsere Vorreiterrolle in den Bereichen Bio-Landwirtschaft, Ökologie und umweltbewusstes Wirtschaften ausgebaut werden. Gleichzeitig gehört die umfassende Förderung der Region, der Einsatz für den ländlichen Raum ganz zentral zur verlässlichen Unterstützung für unseren Bauernstand. Bäuerinnen und Bauern sind eine wichtige Säule für die Wirtschaftsleistung in Oberösterreich, weit über die unmittelbare landwirtschaftliche Produktion hinaus. Sie prägen unsere Landwirtschaft, unsere Traditionen und unsere Gesellschaft. Wir brauchen daher auch in Zukunft motivierte, gut ausgebildete Bäuerinnen und Bauern und starke bäuerliche Familienbetriebe, daher wollen wir unsere Landwirtschaft weiterhin gezielt fördern und in der Qualifizierung stärken.

Sehr geehrte Damen und Herren, wichtig wird es auch sein, dass die Sicherheit für die Bürger weiterhin einen hohen Stellenwert hat und dass wir auch aus der Hochwasserkatastrophe 2002 entsprechend die Konsequenzen ziehen. Wir werden die Lehren, die wir aus ihr gezogen haben, konsequent umsetzen. Noch einmal möchte ich dankend vermerken, dass unsere Rettungsorganisationen gerade in diesem Jahr ihre Schlagkraft in besonderer Weise bewiesen haben.

Meine Damen und Herren, all das bisher aufgezählte wird natürlich möglich, weil wir in Oberösterreich auf geordnete Finanzen und auf Nachhaltigkeit setzen, mit anderen Worten, wir wirtschaften so, dass wir Politik für kommende Generationen und nicht auf Kosten kommender Generationen machen. Wir werden auch in Zukunft ausgeglichene Budgets erstellen, natürlich werden wir dann auch auf Rücklagen greifen, wenn es der Arbeitsmarkt und die Konjunktur erfordert, so wie wir das auch gemeinsam beim letzten Budget 2002 beschlossen und getan haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum finanziellen Spielraum, den wir in Oberösterreich haben, müssen auch entsprechende Kompetenzen kommen. Wir befinden uns derzeit im Österreich-Konvent gerade in einem Prozess der Weiterentwicklung der Bedeutung der Regionen. Ich möchte in diesem Zusammenhang unserer Landtagspräsidentin Angela Orthner für ihr großes Engagement herzlich danken, das sie als überzeugte Föderalistin und als Vizepräsidentin des Österreich-Konvents leistet und dabei auch unsere Interessen stark vertritt. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, entscheidende Jahre liegen vor uns, die Zeiten werden nicht einfacher, ich habe versucht, die wichtigsten Eckpunkte zukünftiger Politik für unser Land zu skizzieren. Erstes Ziel werden dabei Vollbeschäftigung und die Bewahrung der Lebensqualität in unserem Land sein. Oberösterreichs Politik im neuen Jahrhundert knüpft an den Erfolg unseres Landes in den letzten Jahrzehnten unter den Landeshauptleuten Gleissner, Wenzel und Ratzenböck an. Unsere wirtschaftliche Kraft, sowie unsere gesellschaftliche und staatliche Stabilität sind beste Startbedingungen für die aktuellen Herausforderungen. Auf sicherem Fundament wollen wir das unverwechselbare Gesicht Oberösterreichs bewahren und mit Mut zum Neuen die Zukunft des Landes gestalten. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, wir wollen eine Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Land. Wir wollen die Kräfte der Bürger nützen, denn nur wer gemeinsam mit anderen Verantwortung übernimmt, wer für sich selbst einsteht, der gewinnt an Selbstvertrauen. Wer Vertrauen in sich und seine Kräfte hat und sich auf die Solidarität der

Gemeinschaft verlassen kann, der blickt mit Optimismus in die Zukunft, der sieht für sich und sein Land auch Perspektiven. Für die Menschen in unserem Land darf das Wort Zukunft nicht und nie mit Angst verbunden sein, denn Zukunft ist zugleich Chance und Herausforderung, die gemeinsam gemeistert werden kann. Hier tragen wir gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unseres Landes, auf diese Verantwortung hat uns schon der große Kirchenlehrer und Heilige Augustinus hingewiesen, der einmal gesagt hat: Wir sind die Zeit, so wie wir sind, so sind die Zeiten.

So bitte ich Sie alle um eine gute Zusammenarbeit ungeachtet der fraktionellen Verschiedenheit, mit Gottes Hilfe und in gemeinsamer Arbeit werden wir viel für unser Land und seine Menschen erreichen können, für das schönste Land dieser Welt, für unser Oberösterreich. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke, Herr Landeshauptmann. Wir kommen nun zur Wahl von 11 Vertretern des Landes Oberösterreich in den Bundesrat und den Ersatzmitgliedern. Die Obmännerkonferenz hat einstimmig nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes einen Wahlvorschlag erstattet. Der Wahlvorschlag lautet:

An erster Stelle: Mitglied Gottfried Kneifel, Ersatzmitglied Gabriele Lackner-Strauß

An zweiter Stelle: Mitglied Johann Kraml, Ersatzmitglied Mag. Gertraud Jahn

An dritter Stelle: Mitglied Franz Wolfinger, Ersatzmitglied Mag. Michael Hammer

An vierter Stelle: Mitglied Werner Stadler, Ersatzmitglied Ing. Josef Öller

An fünfter Stelle: Mitglied Mag. Bernhard Baier, Ersatzmitglied Martina Pühringer

An sechster Stelle: Mitglied Dr. Erich Gumplmaier, Ersatzmitglied Gisela Peutlberger-Naderer

An siebter Stelle: Ferdinand Tiefnig, Ersatzmitglied Annemarie Brunner

An achter Stelle: Mitglied Ewald Lindinger, Ersatzmitglied Franz Hochegger

An neunten Stelle: Mitglied Dr. Ruperta Lichtenecker, Ersatzmitglied Franz Breiner

An zehnten Stelle: Dr. Georg Spiegelfeld, Ersatzmitglied Dr. Manfred Asamer

An elfter Stelle: Mitglied KommRat Wolfgang Schimböck, Ersatzmitglied Dr. Kordula Schmidt

Die Wahl erfolgt aufgrund des einstimmigen Wahlvorschlages der Obmännerkonferenz durch Zustimmungserklärung. Ich bitte daher jene Damen und Herren des hohen Hauses, die dem Wahlvorschlag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Wahlvorschlag einstimmig angenommen worden ist, die Damen und Herren, die ich verlesen habe als Mitglieder sind somit in den Bundesrat gewählt worden, ich beglücke die anwesenden Bundesrätinnen und Bundesräte recht herzlich zu ihrer Wahl. (Beifall)

Aufgrund einer Vereinbarung, die wir in der Obmännerkonferenz getroffen haben, unterbreche ich jetzt die Landtagssitzung, ich setze sie am Montag den 27. Oktober 2003 um 9.00 Uhr fort, ich bitte Sie dann wieder anwesend zu sein, die Sitzung ist unterbrochen. Danke.

(Unterbrechung der Sitzung am 23. Oktober 2003: 14.09 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung am 27. Oktober 2003: 9.06 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die am Donnerstag unterbrochene konstituierende Sitzung des Oberösterreichischen Landtags wieder auf und wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen. Ich teile Ihnen mit, dass ich von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich Haider sowie von den Landesräten Josef Ackerl, Dr. Silvia Stöger und Rudolf Anschöber Mitteilungen erhalten habe, dass sie auf ihr Mandat

als Mitglied des Oberösterreichischen Landtags verzichten. Diese Verzichtserklärungen habe ich dem Landtag zur Kenntnis zu bringen. Sie lauten:

Ich, Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich Haider, erkläre hiermit, auf das mir nach dem Landeswahlvorschlag der SPÖ zugekommene Mandat zu verzichten. Ich möchte aber weiterhin auf der Liste der Ersatzmitglieder bleiben. Gezeichnet: Erich Haider.

Ich, Landesrat Josef Ackerl, erkläre hiermit, auf das mir nach dem Landeswahlvorschlag der SPÖ zugekommene Mandat zu verzichten. Ich möchte aber weiterhin auf der Liste der Ersatzmitglieder verbleiben. Gezeichnet: Josef Ackerl.

Ich, Landesrätin Dr. Silvia Stöger, erkläre hiermit, auf das mir nach dem Landeswahlvorschlag der SPÖ zugekommene Mandat zu verzichten. Ich möchte aber weiterhin auf der Liste der Ersatzmitglieder verbleiben. Gezeichnet: Silvia Stöger.

Ich verzichte auf das mir im Wahlkreis I, Linz und Umgebung, zugekommene Mandat als Mitglied des Oberösterreichischen Landtags mit Ablauf des 26. Oktober 2003 und möchte weiterhin auf der Liste der Ersatzmitglieder bleiben. Gezeichnet: Rudi Anschober.

Zu diesen Verzichtserklärungen stelle ich fest, dass sie gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung mit 24. bzw. 27. Oktober 2003 wirksam geworden sind. Nach den Bestimmungen des oberösterreichischen Landesverfassungsgesetzes und der Landtagswahlordnung wurden anstelle von Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich Haider, Landesrat Josef Ackerl, Landesrätin Dr. Silvia Stöger und Landesrat Rudolf Anschober Frau Mag. Jasmine Chansri, Frau Vera Lischka, Frau Dr. Julia Röper-Kelmayr und Frau Ulrike Schwarz in den Landtag berufen. Die Genannten sind im Hause anwesend. Ich bitte Sie nach vorne zu treten, und ich nehme gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung Ihre Angelobung vor. Ich darf Sie bitten, sich von den Sitzen zu erheben. (Alle Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.) Ich ersuche Sie im Sinne des oberösterreichischen Landesverfassungsgesetzes und der Landtagsgeschäftsordnung das Gelöbnis als Mitglied des Landtages in der Form zu leisten, dass Sie nach der Angelobungsformel die Worte „Ich gelobe“ sprechen. Die Angelobungsformel lautet: „Ich gelobe unverbrüchliche Treue dem Land Oberösterreich und der demokratischen Republik Österreich, sowie stete und volle Beachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Mag. Jasmine Chansri: „Ich gelobe.“

Vera Lischka: „Ich gelobe.“

Dr. Julia Röper-Kelmayr: „Ich gelobe.“

Ulrike Schwarz: „Ich gelobe.“

Erste Präsidentin: Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit im hohen Haus alles Gute. (Beifall im ganzen Haus)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt Bildung der Ausschüsse und Festlegung der Zahl ihrer Mitglieder. Gemäß § 5 der Landtagsgeschäftsordnung bestimmt der Landtag durch Beschluss, welche ständigen Ausschüsse zu bilden sind, und er beschließt auch die Zahl ihrer Mitglieder. Hiezu liegen mir folgende Anträge vor, die soeben verteilt werden und auch auf Ihren Plätzen vorliegen. Die Beilage 5/2003, das ist ein Geschäftsantrag betreffend die Bildung der ständigen Ausschüsse des Landtags. Die Beilage 6/2003, das ist der Geschäftsantrag der Klubobmänner Mag. Michael Strugl und Gunther Trübswasser betreffend die Festlegung der Zahl der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder in den ständigen Ausschüssen des Ober-

österreichischen Landtags. Beilage 7/2003, das ist ein Geschäftsantrag der SPÖ betreffend die Festlegung der Zahl der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder in den ständigen Ausschüssen des Oberösterreichischen Landtags. Sie haben wie gesagt alle von mir verlesenen Beilagen auf Ihren Plätzen. Über die von mir verlesenen Beilagen wird es eine gemeinsame Wechselrede geben, und ich eröffne die gemeinsame Wechselrede. (Abgeordneter Mag. Steinkellner kommt zum Podium und spricht mit der Ersten Präsidentin.) Ich habe die Wechselrede schon zu allen Anträgen eröffnet. Zum Antrag Nummer fünf über die Bildung, und Nummer sechs und Nummer sieben, zwei Anträge über die Anzahl der Ausschüsse. Bitte, Herr Abgeordneter Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin zutiefst enttäuscht von den Grünen, die mit der Österreichischen Volkspartei eine Vereinbarung geschlossen haben, dass die zukünftige Zusammensetzung der Landtagsausschüsse von 14 auf 13 Abgeordnete reduziert werden soll. Und ich bin deshalb so enttäuscht, weil zwischen dem, was von Ihnen gesagt wird und getan wird, enorme Unterschiede zu erkennen sind. Da wird heute, weil es von Vorteil ist, eine andere Position bezogen wie zu Beginn der nun gerade zu Ende gegangenen Periode. Im Jahre 1997 wurde es von den Grünen als selbstverständlich angesehen, dass wir damals im Zuge der Diskussion über die Zusammensetzung der Landtagsausschüsse eine Zusammensetzung fanden, die es den Grünen ermöglichte, mit Sitz und Stimme in den Ausschüssen vertreten zu sein. Und da war es selbstverständlich, dass im grünen Weltbild der Demokratie die ÖVP und die SPÖ und auch die FPÖ zu Gunsten der Grünen verzichtet hatten.

Wir haben 1997 diesen sehr wichtigen Schritt gesetzt, nicht, weil der Spitzenkandidat der Grünen als leidender Minderheitler durch die Räume des Landhauses schlich, sondern weil wir die Minderheitenrechte ernst nehmen, Kollege Anschöber, und niemanden von einer konstruktiven Mitarbeit ausschließen wollen. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Gut so!“) Was damals aus demokratiepolitischer Sicht der Grünen in Ordnung war, hat jedoch sechs Jahre später, nämlich heute, keine Gültigkeit mehr. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Welche Minderheit haben wir heute?“) Nun sollen die Mitglieder (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Welche Minderheit?“) von 14 auf 13, Herr Landesrat, reduziert werden, (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Welche Minderheit?“) weil, und ich zitiere den Klubobmann Strugl bei der Sitzung am Donnerstag, dieses Verhältnis den Wählerwillen widerspiegle.

Und aus Sicht der ÖVP finde ich diese Vorgangsweise auch verständlich. Es geht ja um die Ausschussszusammensetzung, die ÖVP-freundlich sein muss. Eine Zusammensetzung von 6:6:1:1 ist für die ÖVP unangenehmer als 6:5:1:1. Man sollte aber von Seiten der ÖVP so ehrlich sein und dies sagen, und nicht zur Argumentation der Vorgangsweise den Wählerwillen strapazieren. Die Vorgangsweise der Grünen ist jedoch für mich nicht verständlich. Und es erinnert mich eher an die traurige Situation: Wenn es demokratiepolitisch passt, gehen wir nach links, wenn es demokratiepolitisch passt, gehen wir nach rechts, wenn es demokratiepolitisch passt, dann stehen wir in der Mitte, und wenn etwas schief geht und sehr rasch Vorwürfe der Orientierungslosigkeit im Raum stehen, ja dann, dann gehen wir in den Schmollwinkel und legen die Demokratie wieder so aus, wie man es gerne haben möchte. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Mitte ist am vernünftigsten!“)

Demokratie ist aber mehr als das Demokratieverständnis Einzelner. Und die Grünen und die ÖVP haben sich auf die Frage der Ausschussszusammensetzung geeinigt. Dies bedeutet für uns als SPÖ einen Demokratieabbau. Unsere Vorstellungen über die Zusammensetzung der Landtagsausschüsse sind anders. Und zur Demokratie gehört natürlich auch, dass Beschlüsse mit Mehrheiten gefasst werden. Ich ersuche daher noch einmal die Kolleginnen und

Kollegen der Grünen, noch einmal in sich zu gehen, nachzudenken, und bei der Abstimmung nicht willkürlich die Zusammensetzung der Ausschüsse von 14 auf 13 Abgeordnete zu reduzieren, denn dies entspricht nicht dem Wählerwillen, sondern hilft der ÖVP leichter eine Ausschussmehrheit zu finden. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile der Frau Abgeordneten Roswitha Bauer das Wort.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist durchaus nachvollziehbar und auch verständlich, wenn eine Partei wie die Grünen, die jahrelang um den Einzug in den Oberösterreichischen Landtag gekämpft haben, und gerade im letzten Wahlkampf eben um diesen Regierungssitz gekämpft haben, dass diese Partei nun den Anspruch erhebt, die Politik in Oberösterreich mitgestalten zu wollen. Das ist legitim. Das ist verständlich, und auch durchaus in Ordnung. Und Sie, Herr Anschöber, haben in der Vergangenheit immer wieder vorgegeben, ein Verfechter von Demokratie und von Toleranz zu sein, und haben auch vorgegeben, durchaus aufgeschlossen zu sein für den fairen Wettbewerb der guten Ideen. Und jetzt, wie es scheint, ist aber alles anders. Jetzt benützen Sie die erstbeste Gelegenheit, um dem Allmachtsanspruch der ÖVP Genüge zu tun, indem Sie einer Reduzierung der Mitglieder in den Ausschüssen von 14 auf 13 einfach zustimmen. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Jetzt müssen Sie aber selbst lachen!“) Nein, muss ich sicher nicht.

Sie haben am Donnerstag da herinnen noch ganz treuherzig erklärt, das Arbeitsübereinkommen mit der ÖVP wird ganz deutlich eine grüne Handschrift tragen. Und, ja wie sagt man so schön, die Nachricht hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Weil das müssen Sie der Öffentlichkeit mit Sicherheit noch erklären, wie Sie das machen wollen und vor allem auch wie Sie sich auch gegenüber der ÖVP durchsetzen wollen, wenn Sie jetzt schon bei der erstbesten Gelegenheit in bester Herbert-Haupt-Manier umfallen (Beifall) und dadurch dem Allmachtsanspruch der ÖVP absichern. Das ist mit Sicherheit auch einer der Gründe, warum Ihnen jetzt schon Ihre Mitglieder davon laufen, warum Ihnen jetzt schon die Wählerinnen und Wähler abhanden kommen, kaum dass Sie sie gewonnen haben. (Zwischenruf Abg. Mag. Stelzer: „Wie soll man denn das feststellen?“)

Und, ja, Herr Anschöber! Ich habe Sie eigentlich auch als einen Politiker eingeschätzt, der seine Ansichten glaubwürdig vertritt, der auch zu den Themen steht, die er vorgibt zu vertreten, und jetzt befinden Sie sich aber bereits fest in der Umklammerung der ÖVP. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, es ist auch eine Charaktersache, dass Sie jetzt bei der erstbesten Gelegenheit der ÖVP eben da mithelfen das umzusetzen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: „Nein, geh!“ Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: „Seid nicht so beleidigt!“ Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Nach 57 Jahren Koalition mit der ÖVP reden Sie davon? Nach 57 Jahren?“) Wir sind nicht beleidigt. Sie werden beim nächsten Urnengang das sicher Ihren Wählerinnen und Wählern erklären müssen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Klubobmann Trübswasser, bitte.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Wie es in den letzten sechs Jahren meine Art war, werde ich auch heute wieder versuchen mit Argumenten zu kommen, nicht polemisch, nicht untergriffig, nicht mit Vorwürfen, die jeder Grundlage entbehren, sondern ich möchte Folgendes sagen: Zunächst einmal möchte ich mich bedanken, ausdrücklich bedanken, dass die Mehrheit im Landtag 1997 zugestimmt hat, dass wir in allen Ausschüssen vertreten waren. Das war nicht selbstverständlich, sondern das war sicherlich für uns auch eine Chance mitzudiskutieren. Ich möchte aber eines dazu

sagen, es hat unser Einzug in die Ausschüsse nichts an den Mehrheitsverhältnissen geändert. Das heißt, die Mehrheitsverhältnisse, wie sie im Landtag waren, sind durch unseren Einzug in die Ausschüsse nicht geändert worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben, glaube ich, diesem Vertrauensvorschuss auch Rechnung getragen.

Lassen Sie mich eines zu den Ausführungen vor mir sagen. Es hat, so weit ich zurückschauen konnte, niemals im Landtag in einer darauf folgenden Legislaturperiode die selbe Anzahl der Ausschussmitglieder gegeben. Das heißt, sie ist immer geändert worden. Ich möchte das mit aller Klarheit festhalten. Sie ist immer so geändert worden, dass sie den Mehrheitsverhältnissen im Landtag entsprochen hat. Das heißt, man hat immer gesehen, dass die Mehrheiten, die in den Ausschüssen zustande kommen konnten auch jene waren, die im Landtag gegeben waren. Das ist etwas, was ich und alle mit mir, die von Demokratie etwas verstehen und sich dafür einsetzen, als das freie Spiel der Kräfte betrachten.

Das heißt, dass ich im Ausschuss immer diese Mehrheiten schaffen kann, die es auch im Landtag gibt. Genau so ist es, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich das rein mathematisch ohne der Vergrämung, ohne das, was man in der Zeitung liest, ohne was man in solchen Gelegenheiten sagt, ich verstehe natürlich, dass es nicht einfach ist in dieser Situation jetzt Pro-Argumente aus Ihrer Sicht zu finden, aber bitte lassen Sie einmal die Vernunft sprechen. Lassen Sie einmal das parteipolitische Hickhack weg und nehmen Sie sich einen Rechner zur Hand und rechnen Sie sich einmal durch, welche Möglichkeiten die Ausschusszusammensetzung bei 13 Mitgliedern ergibt. Es ist genau dieselbe wie im Landtag und das ist, was dieses Spiegelbild des Landtags auch in den Ausschüssen, das ist genau das, was in der Demokratie gefordert ist.

Geschätzte Damen und Herren, ich darf Ihnen vielleicht eines sagen zu dieser Änderung der Ausschüsse. Wir hatten 1985 13, dann sind wir, sind Sie, da waren wir noch gar nicht dabei, auf 18 hinaufgegangen, dann wieder herunter auf 13 und dann waren es 14. Es ist immer, und das ist in den Reden auch so gesagt worden, es wurde immer Rechnung getragen dem Verhältnis der Mandate im Plenum. Das macht ja auch Sinn, und das wird wahrscheinlich auch jeder außerhalb dieses Raumes verstehen. Da werden Sie kaum jemanden finden, dem Sie das nicht, wenn Sie nicht dieser Polemik folgen, die ich jetzt in den beiden Vorreden gehört habe, wirklich jedem in diesem Land und jeder in diesem Land erklären können.

Und, Kollege Frais, eines finde ich schon erstaunlich: Dass Du 1991 selbst als Klubobmann den Antrag unterschrieben hast, wie die Anzahl der Mitglieder der Ausschüsse auf 13 gesenkt wurde. Du wirst wahrscheinlich damals gute Gründe gehabt haben, die wir heute haben. Wir haben uns wirklich frei entschieden für die 13, ohne von der ÖVP gedrängt worden zu sein, sondern weil wir der Überzeugung sind, dass wir arbeitsfähige Ausschüsse brauchen und dass die Ausschüsse widerspiegeln sollen das Mehrheitsverhältnis mit all dem freien Spiel, das wir im Landtag haben im Plenum. Deswegen werden wir für die Anzahl von 13 in den Ausschüssen stimmen. Ich danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Abgeordneter Schenner, bitte.

Abg. **Schenner:** Lieber Kollege Trübswasser als meinem Vorredner, liebe Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Trübswasser, du hast in deinen Ausführungen gesagt, dass die Zusammensetzung der Ausschüsse die Zusammensetzung des Landtags nach den Mandaten immer widerspiegelt hätte oder die Stärkeverhältnisse. Diese Aussage ist nicht korrekt. Wenn du nachrechnest dann stellst du fest, dass in der vergangenen Funktionsperiode die Ausschüsse 18 Mitglieder haben hätten müssen, damit die Grünen

entsprechend ihrer vom Wähler zugewiesenen Stärke da drinnen vertreten gewesen wären. Wir haben, ebenso wie die anderen Parteien alle auf einen Sitz im Ausschuss verzichtet, um eine Ausschussgröße mit 14 behalten zu können und trotzdem den Grünen einen Sitz zu ermöglichen.

Wenn wir uns an diese ganzen pathetischen Reden von Demokratie- und Minderheitenrechten, - und dass wir die Mehrheit im Haus sind, das wird ja wahrscheinlich auch der Kollege Anschober nicht behaupten - wenn wir uns die in Erinnerung rufen, dann sehen wir, dass sie heute mit dem Beschluss über die Zusammensetzung der Ausschüsse bloße Makulatur geworden sind ebenso wie das, was im Koalitionsübereinkommen von schwarz-grün über Demokratie- und Minderheitenrechte drinnen steht.

So wie den Kollegen Kapeller überrascht das auch mich nicht besonders bei der ÖVP, denn sie ist die Technokratin der Macht, stets bestrebt, viel mehr Macht und Einfluss anzuhäufen als ihrem Anteil an Stimmen bei den Wahlen entspricht. Man muss sagen, dass bei früheren Landtagswahlen der Abstand in den Mandaten immer so groß war, dass sie das als Argument verwenden konnte, um sich Einfluss und Macht über Gebühr zu sichern. Wenn nun gesagt wird, warum sollen wir denn etwas von unserer Allmacht abgeben, wir haben ja nichts verloren, dann stimmt das nicht ganz, denn sie haben etwas verloren. Sie haben den Vorsprung vor der zweitstärksten Partei verloren. Das alleine wäre Grund, Macht abzugeben.

Sie haben sich aber einen Partner gesucht, der das von Ihnen nicht verlangt hat. Daher bin ich auch erstaunt, gelinde gesagt, über das, was am Donnerstag der Kollege Anschober hier gesprochen hat. Er hat nämlich so Eckpunkte des Programms skizziert. Aber mit keinem Wort wurde erwähnt, warum er dieses Programm mit der ÖVP Oberösterreich umsetzen will, mit der oberösterreichischen ÖVP, deren Abgeordnete gerade dem Asylgesetz zugestimmt haben, obwohl die Grünen angeblich so dagegen sind, (Zwischenruf Abg. Schürer: „Das ist Bundespolitik!“) mit der Oberösterreichischen Volkspartei, deren oberösterreichische Abgeordnete dem Ankauf der Abfangjäger zugestimmt haben, obwohl die Grünen so dagegen sind, mit den oberösterreichischen Abgeordneten, die der Demontage des Sozialstaates in vielen Bereichen zugestimmt haben, (Zwischenruf Abg. Eisenrauch: „Der Wahlkampf ist schon vorbei!“) und einer ÖVP, die vor nicht einmal einem Jahr vor den letzten Wahlen gesagt hat, eine Regierungsbeteiligung von Grün heißt, ich zitiere aus dem entsprechenden Prospekt der ÖVP: „Einheitsschule mit Schummeln statt Leistung, unkontrollierte Sterbehilfe oder Hasch in der Trafik.“ Du wirst das kennen.

Mit keinem Wort hast du erwähnt, warum du ausgerechnet mit der Oberösterreichischen VP dieses Programm durchsetzen willst. (Zwischenruf Abg. Anschober: „Wäre das leichter mit der Oberösterreichischen FPÖ umzusetzen?“) Und wenn du dann noch sagst, du möchtest einen Kontrapunkt zu schwarz-blau auf Bundesebene setzen, ja was passiert auf Bundesebene? Da wird schwarze Politik mit blauer Duldung gemacht. Dass du mit der Oberösterreichischen VP ein Gegenprogramm zur ÖVP-Regierung in Wien herstellen kannst, das, glaube ich, wirst du ja nicht einmal selber glauben. (Zwischenruf Abg. Anschober: „Bei euch ist es legitim. Bei euch war es 57 Jahre okay und alles noch bestens und jetzt stürzt die Welt zusammen!“)

Mit dem heutigen Beschluss sehen wir auf jeden Fall, dass es, gelinde gesagt, zumindest einen großen Irrtum gibt. Das, was die Grünen für den Schalthebel der Macht halten, ist in Wirklichkeit nur der Steigbügel für die ÖVP. Es ist, glaube ich, nicht so schlecht, wenn auch die Wähler sehen, die deswegen grün gewählt haben, weil sie mit der Politik der ÖVP überhaupt nichts zu tun haben wollten, wen und was sie gewählt haben. (Zwischenruf Abg. Dr.

Stockinger: „Was ihr alles wisst!“ Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „So schlecht können wir nicht sein, weil ihr habt es ja über 15 Jahre lang ausgehalten!“ Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Klubobmann Dr. Frais, bitte.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Trübswasser, ich hätte mich wirklich auch sehr gerne bedankt wie du 1997, wenn ihr mit der gleichen demokratischen Grundposition in die Verhandlungen hineingegangen wärt, wie es wir 1997 gemacht haben. Wir haben damals festgelegt, Kollege Trübswasser, dass es unverzichtbar ist, dass eine Partei, die in den Landtag gewählt worden ist, an Ausschusssitzungen teilnehmen kann. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Darum geht es ja heute nicht!“) Wir haben deshalb auch dem zugestimmt und, er hat mich angesprochen, und ich gebe ihm eine Antwort, Kollege Anschober. Vielleicht kannst du zuhören, auch für dich nicht uninteressant, trotzdem die Antwort darauf.

Damals, 1991, Kollege Trübswasser, haben insgesamt drei Parteien 18 Mitglieder in den Ausschüssen drinnen gehabt. Und alle sind darauf gekommen, dass 18 Mitglieder in Ausschüssen wohl nicht unbedingt eine sinnvolle Größe für dieses Gremium sind, sodass wir weniger gemacht haben. Wurde übereinstimmend festgehalten auf damals 13, hat auch dem Antrag entsprochen. Im Hinblick auf euch wurde dann auf 14 erhöht. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Aber ihr seid ja nicht so klein, dass man Geschenke machen muss!“ (Zwischenruf Abg. Anschober: „Aber da ist ja niemand bedroht!“ Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Darum geht es ja gar nicht!“) Das ist ja der Vorwurf. Kaum seid ihr in der Lage eine andere Situation herbeizuführen, seid ihr dafür und reduziert.

Denn es ist einfach falsch, was du behauptet hast. (Zwischenruf Abg. Anschober: „Wie war denn das 1991?“) Es ist falsch, es ist falsch, was hier behauptet wird. (Zwischenruf Abg. Anschober: „Wie war das 1991?“) Die Mehrheitsverhältnisse wurden auch damals verändert, denn es war klar, dass durch das zusätzliche Mandat eine Pattstellung erreicht wurde, eine mathematische, die letztendlich bei 14 genau so wie heute Gültigkeit hat. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Das ist ja schon so lange her, hat der Kollege Dr. Frais gesagt!“) Das sollte man beachten, wenn man von Pattstellung redet. Eine Pattstellung, meine sehr verehrten Damen und Herren, war aber, (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Die Pattstellung war im Landtag!“ Zwischenruf Abg. Anschober: „Das ist der Unterschied!“) die Pattstellung war, noch einmal, wir reden von den Ausschüssen, Kollege Trübswasser, dort hat es die Pattstellung gegeben. (Zwischenruf Abg. Anschober: „Aber es geht ja um die Spiegelung zum Landtag!“) Und in den Ausschüssen wurde sehr sehr konstruktiv gearbeitet.

Hier ist aus meiner Sicht heraus, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade von den Grünen eine Riesenchance vergeben worden, am Beginn des 21. Jahrhunderts eine neue Form zu gehen. Was habt ihr gemacht? Innerhalb eines Tages seid ihr um Kilometer hinter das zurück getreten, was der Rudi Anschober der SPÖ als 57jährige Tradition vorwirft. (Beifall) Ich frage dich eines. (Zwischenruf Abg. Anschober: „Wie war das 1991?“) Kollege Anschober, ich frage dich und nicht du mich jetzt. Du kannst herauskommen, wenn du es willst.

Für die Landtagsarbeit, und jetzt lese ich hier etwas vor, was 57jährige Tradition hat, vereinbart zwischen ÖVP und SPÖ, „gilt grundsätzlich das Prinzip der freien Mehrheitsbildung“. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Genau das haben wir angestrebt! Du kannst es nachrechnen!“) Mich würde es freuen, Kollege Trübswasser, wenn das Prinzip einer 57jährigen Tradition bei einer so jungen aufstrebenden Partei wie bei euch auch Platz greifen würde, weil wenn ihr euch zu dem bekennt, dann könnt ihr ja sagen, uns stört eine Pattstellung nicht,

denn die Pattstellung kann ja im Landtag ganz locker mit einem Initiativantrag aufgelöst werden. Geschäftsordnung anschauen, Kollege Trübswasser, dann bedeutet das keine Schwierigkeiten. (Zwischenruf Abg. Dr. Stockinger: „Aber es erschwert die Arbeit, Herr Kollege!“)

Das ist genau das, jawohl, Kollege Stockinger. Das ist das, was der Herr Landeshauptmann als das Gemeinsame bezeichnet hat und du hast es jetzt genau umgekehrt ausgedrückt, nämlich stellen wir das Trennende über das Gemeinsame. Wir haben gesagt, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Das wäre ein Ausdruck einer solchen Vorgangsweise gewesen, dass man im Grund hinein geht und sagt, eigentlich wollen wir bestmögliche Gesetze machen in Ausschüssen. (Zwischenruf Abg. Dr. Stockinger: „Ja sicher, ist ja völlig klar!“) Wir wollen einen Konsens wie bisher. (Zwischenruf Abg. Dr. Stockinger: „Aber wir wollen im Ausschuss Beschlüsse zusammenbringen!“) Wir wollen den Konsens wie bisher im Interesse der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher suchen. Nein, ihr habt euch für den Weg des Drüberfahrens entschieden, und das könnt ihr euch brav miteinander aufteilen. (Beifall. Zwischenruf Abg. Dr. Stockinger: „So ein Blödsinn!“)

Sonst wäre es ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, würden wir der Verfassung gehorchen, gar nicht denkbar, dass beispielsweise bei den Unterausschüssen, dort gilt halt das d'Hondtsche Verfahren, (Zwischenruf Abg. Dr. Stockinger: „Dort gibt es keine Beschlüsse!“) da gibt es Bestellungen, aber den Geist der Verfassung, Kollege Stockinger, (Zwischenruf Mitte: „Da gibt es keine Beschlüsse!“) ich warne dich, vergisst nicht den Geist der Verfassung mitzunehmen. Das hat schon einmal in Österreich zu relativ schlechten Entwicklungen geführt. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Die Verfassungsschützer treten auf!“)

Es geht darum, und das wurde auch von euch akzeptiert, dass in den Unterausschüssen ein 4:4:1:1 deshalb notwendig ist, weil nach dem d'Hondtschen Verfahren die Grünen sonst gar nicht drinnen wären und es daher nur auf dieser Grundlage geht. Dort, wo eine Möglichkeit bestanden hat es abzuändern, ihr hättet es ja auch hier versucht, tut doch bitte nicht gar so gutgläubig, ich habe ja am Freitag den Anruf bekommen, eine neue Zusammensetzung 4:3:1:1. Aber weil man draufgekommen ist, dass das technisch nicht geht, verfassungsmäßig nicht geht, hat man jetzt noch einen schnellen Rückzieher gemacht. Es freut mich, dass man ihn gemacht hat. Aber stattgefunden hat er, und es hat mir euren Geist gezeigt, mit dem ihr in diese Verhandlungen hinein gegangen seid.

Begonnen hat es ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, bereits am letzten Donnerstag im Anschluss, als entgegen aller früheren Zusagen von Grün auf jeden Fall und auch von Schwarz eine faire Behandlung aller Parteien in Aussicht gestellt worden ist, dass vice versa, ich bringe es sogar wortwörtlich, um einen zu zitieren, der der Verhandlungsführer auf der anderen Seite war, ein Abräumen sicherlich nicht stattfinden wird. Ausgangssituation war ein Mandatsstand, meine sehr verehrten Damen und Herren, von 16 zu 25. Verhandelt werden sollte diesmal ein Mandatsstand von 22 zu 25. Herausgekommen ist ein bisschen etwas dazu und dafür das halbe Gemeinderessort weg.

Glauben Sie wirklich, dass das, was bei 16 Mandaten von allen als korrekt zugestanden worden ist, bei 22 mit weniger noch korrekt sein kann? (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Das letzte Mal ist überhaupt nichts weggenommen worden wie ihr 16 wart!“) Glauben Sie wirklich, dass dort, wo die Gemeinsamkeit im Grund (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Was war denn, als ihr auf 16 gefallen seid? Es ist euch überhaupt nichts weggenommen worden. Das ist die Wahrheit!“) Wir reden am Beginn von neuen Schritten in die Demokratie. (Unverständlicher Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl) Wir gehen davon aus, aus der Vergan-

genheit muss man lernen, Kollege Hiesl, das ist klar. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: „Aber wissen tut man es!“)

Man sollte all den Problemen, die heute so auf die elegante Art passieren, des Drüberfahrens, des Säuberns, deren Anfängen wehren. Das sage ich allen, die heute so unbedingt glauben, auf der Bundesebene bitte nachvollziehbar, ich brauche hier, glaube ich, nicht allzu viele Beispiele bringen, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: „Wir sind da beim Land und nicht auf der Bundesebene!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es freut uns, dass wir den Frauenausschuss als neuen Ausschuss durchgesetzt haben. (Beifall) Es freut uns, dass sich im Unterausschuss die Verfassungskonformität im Denken durchgesetzt hat. Ich ersuche, darüber doch nachzudenken, ob es in den Ausschüssen wirklich in der alten Pragmatik weitergehen soll, nur zu sagen, wir schaffen hier eine Mehrheit. Sollte man nicht jener Partei, die 11,3 Prozent gewonnen hat, jener Partei, die von 16 auf 22 Abgeordnete angestiegen ist, jener Partei, die einen vierten Regierungssitz dazu gewonnen hat, jener Partei, die zwei Bundesratssitze dazu gewonnen hat, nicht doch so begegnen, dass dem Wählerwillen auch entsprochen wird und man erklärt, wenigstens gemeinsam arbeiten wollen wir und nicht in den Arbeitsgremien drüberfahren.

Denn eines möchte ich schon, und insbesondere dir Kollege Anschober und Kollege Trübswasser, mitgeben: Demokratie zeigt sich immer daran, wie sie gelebt wird. Etiketten zur Demokratie kann man leicht aufstellen. Aber man wird sehr rasch enttarnt, wenn man einen Etikettenschwindel betreibt. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Winterauer das Wort.

Abg. **Winterauer:** Geschätzte Frau Präsidentin, hohes Haus, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben letzten Donnerstag, beim ersten Teil der Konstituierung und heute schon einiges über die Demokratisierung des Landtages gehört. Einiges über die Interpretation des Wahlergebnisses und vom Herrn Landeshauptmann auch einiges über den Wahlkampf, zum Wahlkampfstil zum Beispiel.

Und hier zur Erinnerung, nachdem das ja kaum in den Zeitungen, in den Medien gestanden ist, sollten wir eine kurz Replik passieren lassen, wie denn das Ganze begonnen hat. 2001 war es der damalige Klubobmann in Wien und heutige Nationalratspräsident Khol, der gemeint hat im Zuge der ORF-Debatte, er will keine roten Gfrießer mehr sehen im Fernsehen. Und im Nationalratswahlkampf, und wir haben es heute schon gehört, kennen wir das Pamphlet, Kollege Hüttmayr aus dem Bezirk Vöcklabruck, wo also vor Rot-Grün gewarnt wurde. Und wir haben das als Sozialdemokraten damals eigentlich alle so hingenommen, erduldet so. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Mein Gott!“) Kollege Bernhofer! Für jene, die immer sagen so wahr mir Gott helfe, nach Matthäus 5, Vers 38 von der Bergpredigt, wer dir auf die rechte Backe schlägt, halte ihm auch die linke dar, unter dem Motto.

Und erst am 26. Jänner hat dann der Herr Landeshauptmann selbst diesen Stil nach Oberösterreich importiert. Pühringer über SP-Haider: „Sein Treiben ist pervers!“ Und auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil und wir in Goisern sagen dazu, wie man in den Wald hineinschreit, so kommt es zurück. Und wir haben dann noch auf Anregung der ÖVP und das nenne ich jetzt wirklich positiv, ein Wahlübereinkommen und ein Fairnessabkommen unterschrieben, alle vier Parteien. Und Sie dürfen raten, wer denn die Ersten waren in diesem Wahlkampf, die dieses Wahlübereinkommen gebrochen haben. Es war die ÖVP, die

aufgerufen hat zu Schmieraktionen und die aufgerufen hat, SPÖ-Lokale zu beschmutzen. (Beifall)

Und nun zum Wahlergebnis, was wir letzten Donnerstag gehört haben, wie das Wahlergebnis interpretiert wurde. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Da haben nicht einmal die eigenen Leute geklatscht!“) Kollege Bernhofer! Ich komme noch zu dir. Das Wahlergebnis am 28. 9. meine Damen und Herren, Wahlsieger sehen für mich anders aus wie jene, die ich im Fernsehen gesehen habe und jene, die ich im Ursulinenhof gesehen habe, die zum Teil zu Tränen gerührt waren. Wahlsieger sehen klarerweise anders aus.

Aber auch ein Wahlergebnis, das wissen wir aus den Wahlanalysen, hat auch Namen und Fakten. Es gibt in den einzelnen Orten und Städten unterschiedliche Ergebnisse mit unterschiedlichen Personen. Und jetzt gehe ich nicht auf die Kommunalwahlen ein, sondern auf die Landtagswahlen, ich bleibe bei den Landtagswahlen. Und es war nicht nur, das möchte ich gleich sagen, es war nicht nur der Gegenwind aus Wien. Und Kollege Bernhofer! Engelhartzell ÖVP –0,9 Prozent. Frau Pühringer! Ohlsdorf ÖVP –1,5 Prozent. Spital am Pyhrn SPÖ +13,5 Prozent. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Was hat das mit den Ausschüssen zu tun?“) Und Puchkirchen und Zahlen und Fakten, Puchkirchen am Trattberg, weil es gerade gefallen ist, Arnold Schenner korrigiert hast, dass er die Zahlen durcheinander bringt, die Zahlen stimmen, Buchkirchen am Trattberg ÖVP –5,7 Prozent. (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Wir haben die Ergebnisse gelesen!“) Zwei Ergebnisse noch. (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Lesen können wir noch!“) Perg ÖVP –2,7 Prozent, da war offensichtlich das mit dem Münzbacher Zubringer nicht so gut und Traun, die Heimatstadt vom Herrn Landeshauptmann, ÖVP –4,3 Prozent. Und für jeden Zwischenruf habe ich dann noch ein Ergebnis, wenn Sie wollen. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Bitte zu Schärding und Taufkirchen eine kurze Erklärung bitte!“)

Und wer geglaubt hat, und jetzt zur Sache, wer geglaubt hat, es würde nun ordentlich verhandelt, ist auch eines Besseren belehrt worden. Wieder eine Wiener Kopie, Scheinverhandlungen und dann am 10. Oktober, und jetzt kommt noch einmal die Draufgabe vom Klima, am 10. Oktober vom Herrn Landeshauptmann die nächste Ansage von der Saubartpolitik. Und prompt, Kolleginnen und Kollegen, und prompt kam die Antwort der Wählerinnen und Wähler, nämlich am Sonntag bei den Bürgermeisterstichwahlen. Bürgermeister, langjährige ÖVP-Bürgermeister wie etwa der Bürgermeister Götzenberger in Eferding oder der Bürgermeister Bachmair in Neuhofen wurden abgewählt. Sie haben kein schlechtes Ergebnis gehabt im ersten Durchgang und durchaus Chancen, im zweiten Durchgang zu reüssieren. Aber diese Art der Ansagen wird von den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern nicht gewünscht. Wenn es auch nicht in eurer Zeitung steht, aber Ihr sollt euch das wirklich merken. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Bitte zu Schärding und Taufkirchen Herr Kollege!“) Und in Schärding sind zwei Neue angestanden zur Wahl, (Zwischenruf Abg. Dr. Aichinger: unverständlich) aber Herr Kollege Aichinger, ich habe es mir gedenkt, dass ein Zwischenruf kommt, einen Langjährigen habe ich noch für Sie parat, nämlich den Bürgermeister Grufeneder aus Waldhausen. Wenn Sie wollen habe ich dann noch ein paar.

Und nun zu den Grünen. Wasser predigen, leider Gottes, und Wein trinken ist Verrat an der Gesinnung, das muss man also wissen. Und es war eure Entscheidung, es war Ihre Entscheidung, hier eine Harakirikoalition einzugehen. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Wir sind im Landtag, Herr Kollege, und nicht in der SPÖ-Sitzung, im Landtag sind wir!“) Ich habe das jetzt gerade dem Herrn Trübswasser gesagt, dass sie eine Harakirikoalition eingegangen sind. Ich denke es mir Kollege Bernhofer, dass Sie sich betroffen fühlen. Aber die bei den

Grünen ein Dominosyndrom auslösen wird. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Wir sind nicht im Goiserer Gemeinderat, reden Sie einmal zur Sache“!)

Und zur Demokratisierung des Landtages, weil Sie gerade gesagt haben wir sind nicht im Goiserer Gemeinderat. Vielleicht zur Demokratisierung noch zum Goiserer Gemeinderat. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Reden Sie einmal zur Sache“!) Wir haben 1990 die Demokratisierung in allen Bereichen eingeführt mit Arbeitsausschüssen und Arbeitskreisen und dafür den Dorferneuerungspreis bekommen. Und wir haben 1987 die offene Fragestunde eingeführt. Wir haben die offene Fragestunde eingeführt und dafür und jetzt komme ich zu dem, zur Allmacht der ÖVP, (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Wegen der Landtagsausschüsse wäre es“!) wir haben damals vom Leiter der Gemeindeabteilung, Herrn Hofrat Putschögl, bekommen, dass ich mit einem Amtsenthebungsverfahren rechnen muss und heute steht es in der Gemeindeordnung. Wir lassen uns nicht so schnell schrecken von euren Drohgebärden.

Und nun zum Letzten, zum Eigentlichen, (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Super, zur Sache!“) zum Eigentlichen, welchen Weg dass wir denn gehen. Und jetzt noch einmal ein Appell an die Grünen, die ungerade Zahl bringt demokratiepolitisch den ungeraden Weg. Wir haben das heute schon gehört. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Bitte kann mir das irgendwer erklären?“) Und deshalb der faire Vorschlag Kollege Trübswasser! Gehen wir den geraden Weg und bleiben wir bei der geraden Zahl. Und ich hätte für Herrn Kollegen Landesrat Anschöber, sozusagen als Erinnerung an diese Konstituierung, und ich gebe es jetzt Ihnen stellvertretend für jeden Umfaller, den die Grünen hier im hohen Haus nachvollziehen, einen Dominostein mit. Sie kriegen von mir heute drei Dominosteine. Und meine Angst ist, dass diese Schachtel schnell leer wird. Einmal für die Abschaffung des Infrastrukturfonds, einmal für die Teilung des Gemeindereferates und den dritten Dominostein, und damit bin ich wirklich am Ende, Kollege Trübswasser kriegen Sie für den Umfaller bei der Besetzung der Ausschüsse. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner das Wort.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Beilage 5 wird diskutiert. Hier geht es darum, dass wir 16 Ausschüsse installieren. Nicht die SPÖ, sondern die Klubobmännerkonferenz hat gemeinsam einen Frauenausschuss beschlossen. Das freut mich, dass dieser Frauenausschuss, als ehemaliger Frauenlandesrat, zustande kommt. Auch die SPÖ ist lernfähig. Noch 1997 hat sie den Frauenausschuss abgelehnt. Ich sehe also auch hier entsprechende positive Entwicklungen.

Negative Entwicklungen sehe ich, wie schnell auch grüne Regierungsmitglieder lernen und sich nicht mehr dafür interessieren, was die Damen und Herren dieses Hauses diskutieren. Wir diskutieren hier die grundsätzliche Zusammensetzung der Arbeit für die nächsten sechs Jahre und kein einziges Regierungsmitglied findet es der Mühe wert, dieser Debatte zu folgen. Ich erwarte mir schon, dass die Klubobmänner dieses Hauses mit ihren Regierungskollegen darüber reden, ob sie dieses Haus ernst nehmen, ob sie einer Debatte folgen, wo die grundsätzliche Arbeit neu beschlossen werden sollte. Ich achte es als Missachtung dieses Hauses, wenn kein einziges Regierungsmitglied dieser Debatte folgt. (Beifall)

Ich bedaure auch, dass noch kein Tourismusausschuss beschlossen wurde. Aber ich gebe den Fraktionen wirklich noch Zeit darüber in Ruhe nachzudenken. Gerade dieses Wochenende erlebte ich wieder, wie touristische Infrastruktur ausgebaut werden kann und optimal für die Regionen genützt werden kann. Bedauerlicherweise nicht in Oberösterreich, sondern in

Niederösterreich. Und gerade dort sieht man, welche positive Maßnahmen im Tourismus durch Infrastruktureinrichtungen geschaffen werden und deshalb brauchen wir auch in Oberösterreich einen Tourismusausschuss. Aber wir werden bei anderer Gelegenheit darüber debattieren.

Nun zur Verteilung der Ausschüsse. Man stelle sich vor, dieser Landtag hätte durch die Veränderung der Größenordnung, eine Größenordnungsveränderung letzte Woche am Donnerstag beschlossen. Letzte Woche am Donnerstag wurde d'Hondt in der Regierung angewandt. Danke, dass ein Regierungsmitglied es wert findet, zwei, sehr gut. (Zwischenruf Abg. Dr. Aichinger: „Jetzt musst du es noch einmal sagen!“) Es ist schon gut, jetzt warte ich noch auf einen Dritten. (Zwischenruf Abg. Steinkogler: „Du warst aber auch schon einmal Landesrat, wo du nicht herinnen gewesen bist!“) Aber nicht bei Beginn der Debatte, wenn es um die grundsätzliche Arbeit geht, lieber Kollege Steinkogler!

Man stelle sich vor, wir hätten letzte Woche die Anzahl der Regierungsmitglieder, die d'Hondtmäßig verändert und zusammengesetzt werden, verändert, nämlich von neun auf acht. Dann hätte das das Verhältnis vier ÖVP, vier SPÖ als d'Hondtergebnis gebracht. Was machen jetzt die Grünen? Dass die ÖVP mit Machtwillen das macht, das ist klar, das wissen wir, das überrascht uns nicht. Aber dass die Grünen hier mitspielen, wir hatten 14 Ausschüsse, wir haben 56 Abgeordnete. Durch die Nichteinrechnung eines Sitzes, durch die Verkleinerung von 14 auf 13, werden Mehrheitsverhältnisse dieses Hauses verändert. (Zwischenruf LR. Anschöber: „Das stimmt ja nicht!“) Dieses Haus hat damit andere Mehrheitsverhältnisse wie bei 14. Wir können über die Ausnahmesituation sehr wohl noch einmal dann darüber diskutieren, wenn man über die Zusammensetzung der Regierung spricht. In der Regierung ist es ja ein Ausnahmebeschluss dieses Landtages, dass man den Landeshauptmann auf die Liste einrechnet. Dort ist Demokratie selbstverständlich so anzuwenden, dass auch 9 Sitze d'Hondtmäßig zur Verteilung gelangen.

Jetzt weil es offensichtlich andere Mehrheitsverhältnisse geben soll, wird von 14 auf 13 reduziert. Das ist ein gewaltiger Sündenfall. Ich kann nur sagen, schnell gelernt. Aber wenn sich das linkskonservative Bündnis von Beginn an zu fürchten beginnt und bereits Angst hat, dass die Demokratie, die möglich wäre in den Ausschüssen, sie in der Arbeit hindern wird, dann wird es von sehr labilen Füßen sein. Denn wer von Anbeginn an sich fürchtet, der wird zu keinen großen Ergebnissen für unsere Heimat kommen. Wir werden darauf aufpassen, dass diese Einstellung, Demokratie dann wenn es einem gut tut, jederzeit veränderbar ist, die Anzahl veränderbar ist, nicht weiter in Oberösterreich Fuß fassen darf.

Die ÖVP-Abgeordneten mit 25 wären so stark, dass sie ja doch alle miteinander die Möglichkeit hätten im Ausschuss Meinungsbildung durch Argumente zu erreichen. Offensichtlich trauen Sie sich selbst die Argumente nicht zu, sonst wäre es ja nicht notwendig, dass Sie auch noch die Mehrheitsverhältnisse ändern. Sie sind zwar viele, aber haben die schwächeren Argumente. Und auf die Ergebnisse des Experimentes, das jetzt Schwarz-Grün in Oberösterreich darstellt, werden sowohl die SPÖ als auch wir sehr wohl aufpassen. Und gehen Sie nach Hause liebe Grüne, und erklären Sie es Ihrer Basis, dass Sie so mit Demokratie, mit Mehrheitsverhältnissen in diesem Haus umgehen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Frau Dritte Präsidentin Doris Eisenriegler bitte.

Abg. **Eisenriegler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen von der SPÖ! Ich kann verstehen, dass Ihr euch ärgert. Aber ich glaube am meisten ärgert euch, dass wir einfach besser verhandelt haben. So ist es einfach.

Kollege Frais! Den Frauenausschuss haben wir eingebracht und auch den Kulturausschuss. Und ich freue mich, dass ihr mit dabei seid. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Wo, wo?“) Wir haben das verhandelt. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Aber ein ständiger Unterausschuss wäre herausgekommen. Das war euer Vorschlag!“) Jedenfalls ist es von uns gekommen. Aber ist eh wurst, ich freu mich, wenn ihr dabei seid. Ich freue mich, wenn wir den Frauenausschuss haben und das müsste eigentlich reichen. Und ich wollte euch bitten, dass ihr irgendwann einmal jetzt mit der Polemik aufhört. Es wäre an der Zeit. (Beifall)

Wir wissen alle, dass es das letzte Mal 1997 eine andere Situation gegeben hat und dass es auch 1997 nicht möglich gewesen wäre, eine Pattstellung im Ausschuss zu haben und das war wohl auch ausschlaggebend, wie wohl wir das sehr zu schätzen wissen, dass ihr uns damals hereingeholt habt. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wir haben jetzt eine geänderte Situation und wir haben auch eine geänderte Situation bei den Mehrheiten hier im Landtag. Und die Grünen haben immer noch ein Mandat in den Ausschüssen, die SPÖ inzwischen fünf mehr als 1997 und die SPÖ ist auch keine Minderheit hier im Landtag.

Ich sehe auch keinen Demokratieabbau. Es war noch bei jeder konstituierenden Sitzung so, dass über die Anzahl der Ausschussmitglieder verhandelt wurde und diese neu beschlossen wurden. Das war schon immer so und das ist auch diesmal so und es werden weiterhin in den Ausschüssen die unterschiedlichsten Mehrheiten möglich sein. Das Einzige, was nicht möglich ist, ist eben eine Pattstellung. Das mag euch ärgern, aber es muss auch für euch verständlich sein, dass das so ist. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Das ist nicht gut für die Demokratie!“) Nein, nein das ist durchaus im Sinne der Demokratie, weil es ist auch nicht gut für die Demokratie, wenn irgendwer dauernd etwas blockieren kann.

Und ich hoffe auch, dass sich die SPÖ im Laufe der nächsten sechs Jahre einen anderen Hauptgegner als uns suchen wird. Und wir werden Ihnen beweisen, dass wir weiterhin für einen Wettbewerb der besten Ideen zu haben sind. Und daran hat sich trotz diesem Arbeitsbündnis, das die SPÖ mit der ÖVP ja bereits seit 57 Jahren hindurch gehabt hat, nichts geändert. Und ich wollt euch wirklich bitten KollegInnen von der SPÖ, setzen Sie nicht für sich und für andere unterschiedliche Moralansprüche. Ihr hättet überhaupt keine Probleme gehabt mit der ÖVP zusammenzugehen, wenn es gepasst hätte. Und ich sehe das überhaupt nicht ein, dass bei uns derartige moraltriefende Sprüche da geklopft werden.

Und es kann schon sein, dass die Grünen mit der Regierungsbeteiligung ihre Unschuld verloren haben, gebe ich zu. Aber irgendwann, denke ich mir, muss es so sein (Heiterkeit) und bei euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, war das schon vor 57 Jahren der Fall. Bitte um Nachsicht und ich biete euch nach wie vor die gute Zusammenarbeit an. Dankeschön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Abgeordneter Mag. Gumpinger bitte.

Abg. **Mag. Gumpinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, lieber Kollege Winterauer! Du bist nicht bei einer Goiserer Gemeinderatssitzung, auch nicht bei einer SPÖ-Wahlkampfmitarbeiterbesprechung, ich glaube, du musst ein bisschen aufwachen und realisieren, du sitzt jetzt im Oberösterreichischen Landtag und es wäre eigentlich glaube ich angemessener, du würdest den Mantel des Schweigens über diese Ereignisse eher breiten als sie jetzt wieder aufzuwärmen. Und ich glaube, ich bin relativ lange schon in diesem Haus, und mir sind zwei Dinge jetzt aufgefallen, und deshalb melde ich mich auch zu Wort. Das

erste, normalerweise hat eine neue Legislaturperiode begonnen, indem man den Wahlkampf ad acta gelegt hat und indem man bereit war, konstruktiv miteinander fürs Land zu arbeiten. Und ich habe aber jetzt festgestellt, dass eigentlich das, was im Wahlkampf so Grundlinie war, nämlich etwas hochzuziehen, dem eigentlich die sachliche Grundlage weitgehend fehlt, dass das jetzt auch bei diesem Ausschussthema versucht wird. Dem fehlt nämlich wirklich in jeder Weise die sachliche Grundlage.

Und das zweite, weil sich auch eine junge Kollegin Bauer gemeldet hat, möchte ich auch noch dazusagen, mir fällt immer auf, wenn der SPÖ oder den Sozialdemokraten etwas gegen den Strich geht oder sie nicht das erreichen, was sie meinen, erreichen zu müssen, dann ist schon gleich die Demokratie gefährdet. Die Demokratie ist überhaupt nicht gefährdet oder beeinträchtigt oder beschädigt, ganz im Gegenteil, sie ist jetzt besser verankert, aber das begründe ich dann noch im Detail. Das war auch bei der neuen Regierung auf Bundesebene so, da hat es geheißen, alles geht unter, die Demokratie ist gefährdet. Es sind andere Verhältnisse da, nur das ist eingetreten. Bitte beruhigen Sie sich, nichts anderes ist geschehen.

Und was ist jetzt die sachliche Grundlage? Grundprinzip oder demokratisches Prinzip ist doch das, dass der Wählerwille realisiert wird, dass er umgesetzt wird. Was ist der Wählerwille? (Unverständliche Zwischenrufe) Der Wählerwille spiegelt sich in der Zusammensetzung des Landtags wider und auch in den Mehrheitsverhältnissen, die es hier im Oberösterreichischen Landtag gibt. Und genau diese Mehrheitsverhältnisse spiegeln sich auch in den Ausschüssen wider. Das ist doch eigentlich ein Fortschritt, gar nicht ein Nachteil. Ich würde aber sagen, die Verhältnisse davor waren auch gerechtfertigt. Drei Parteien sind einer Partei, die neu in den Landtag damals gekommen ist, entgegengekommen und haben gesagt, o.k. wir geben ihnen einen Sitz, obwohl er ihnen gar nicht zustünde. Es haben sich aber die Mehrheitsverhältnisse dadurch im Ausschuss nicht geändert. Aber entscheidend ist doch, dass sich die politischen Verhältnisse im Landtag auch in den Ausschüssen widerspiegeln, und nichts anderes ist der Fall.

Deshalb bitte vergessen Sie einmal diese Argumentation, das sind parteipolitische Argumentationen, Sie versuchen jetzt, ein paar Stimmen von den unzufriedenen Grünen zu keilen, aber das hat doch nichts damit zu tun, dass hier etwas mit der Demokratie nicht in Ordnung wäre. In diesem Sinne beginnen wir bitte mit der konstruktiven Arbeit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Frau Abgeordnete Dr. Schmidt bitte.

Abg. **Dr. Schmidt:** Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die erste Landtagssitzung in der neuen Periode ist besonders geeignet, die Grundlagen der Verfassung hervorzuheben. Erster Satz, Artikel 1 B-VG: Österreich ist eine demokratische Republik. Artikel 1 der Oberösterreichischen Landesverfassung: Oberösterreich ist ein selbständiges Bundesland der demokratischen Republik Österreich. Bis vor einer Woche war ich mir sicher, dass diese Grundsätze auch das Fundament der grünen Politik sind. Auch das schwarz-grüne Papier "Zukunft Oberösterreich 2003 - 2009" schien mir zunächst darauf aufzubauen. Da ist ja sogar ein eigenes Kapitel der Demokratie gewidmet. Einleitend wird dort festgestellt, die Landesregierung will in allen politischen Bereichen Demokratie und Transparenz verstärken.

Ja, das war es auch, womit die Grünen wohl für die Wahl geworben haben und wofür sie zu einem großen Teil wohl auch gewählt worden sind. Auch im Grundsatzprogramm der Grünen im Punkt 3 "Demokratie und offene Gesellschaft" liest sich vieles vielversprechend. Da ist die Rede von Entscheidungen mitgestalten, da ist die Rede von der Mitmach-Demokratie, da ist

die Rede von einer neuen politischen Kultur in Oberösterreich, die Grünen stehen für eine Politik des Dialogs auch mit Andersdenkenden. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Frau Kollegin, können Sie erklären, in welchem Zusammenhang das mit der Zahl der Mitglieder der Ausschüsse steht?") Ich komme noch dazu. Es hängt zusammen mit dem Dialog und mit dem Dialog, der in den Ausschüssen nicht so geführt werden kann, wie die Grünen ursprünglich in ihrer Wahlwerbung das immer so dargestellt haben.

Die Politik des Dialogs steht der Landespolitik, der Politik der Allmacht und des Durchziehens, diametral gegenüber. Eigene Leitlinien sind sogar im Grundsatzprogramm der Grünen zu finden. Zum Beispiel die volle Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen, Allmacht abbauen und Mächtige kontrollieren, möglichst viel Transparenz und Einsehmöglichkeiten, faire Spielregeln in der Demokratie. Das Wahlrecht ist ein besonders sensibler Bereich, darum wird wahrscheinlich damit jetzt ziemlich unsensibel umgegangen. Das Thema Demokratie war für die Grünen ein Hauptthema und es war ihnen sogar eine eigene Enquete wert mit dem Titel "Demokratie und Allmacht". Ich zitiere den damaligen Landtagsabgeordneten, Klubobmann und jetzigen Landesrat Anschöber: "Die Allmacht der Partei in einem Bundesland bremst Innovationen und die demokratische Lebendigkeit. Die Entwicklung zeigt in Richtung Stärkung der Machthaber, wir wollen, dass dieser Trend gestoppt wird." Ich bezweifle, ob das gelungen ist. Diese Aussagen scheinen für mich jetzt alle Vergangenheit zu sein. Die Zukunft Oberösterreichs 2003 bis 2009 schaut anders aus.

Wenn man jetzt bedenkt, dass auch die ÖVP die SPÖ in den Verhandlungen dazu verdonnern wollte, die SPÖ, die massiv gestärkt wurde, muss man ja dazusagen, Anträge nur einstimmig einzubringen, das heißt auf deutsch oder auf oberösterreichisch, wenn sie vorher vom Landeshauptmann genehmigt werden dann kann ich Ihr Interview, Herr Landesrat Anschöber, gestern in der Oberösterreichischen Rundschau auch nur dahingehend interpretieren, dass auch die Grünen vorher um Erlaubnis fragen müssen, wenn sie Anträge einbringen. Soweit zu Innovation, das ist wahrlich innovativ. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Die Frau Präsidentin Eisenriegler hat es gesagt, wir haben besser verhandelt!") Ob es besser ist, für wen? Mag sein für die Grünen, für die Posten der Grünen, ob es für die oberösterreichische Bevölkerung besser ist, das bezweifle ich. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Das ist vielleicht Ihr Denken und das haben Sie 57 Jahre lang praktiziert!")

Auch Ihre Aussagen, Herr Landesrat Anschöber, es gäbe nun mehr Freiheiten bei den Abstimmungen, soll wohl auch darüber hinwegtäuschen, dass die demokratische Lebendigkeit, von der Sie immer vor den Wahlen gesprochen haben, durch Reduzierung der Ausschussmitglieder von 14 auf 13 nun begraben wurde. Grün muss mit Schwarz stimmen, das heißt, die beiden haben immer die Mehrheit. Die beiden anderen Parteien haben die Freiheit, oh wie schön, mitzustimmen, weil es ja für die Mehrheitsverhältnisse letztendlich sowieso egal ist. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Sollen wir den Landtag neu durchrechnen oder nehmen wir überhaupt das Wahlergebnis nicht zur Kenntnis?") Eine charmante Auffassung von Demokratie. Wäre die ursprüngliche Zahl der Ausschussmitglieder von 14 beibehalten worden - (Zwischenruf Abg. Trübswasser: unverständlich) Herr Kollege Trübswasser, ich glaube, Sie haben sich schon gemeldet, Sie haben auch das Recht, sich noch einmal zu melden. Ich bitte Sie nur, mich da nicht zu unterbrechen. Also hätte man die ursprüngliche Zahl der Ausschussmitglieder von 14 beibehalten, hätten wir schließlich demokratisch, und nicht durch Zwischenrufe, sondern demokratisch diskutieren können und die politischen Mitbewerber auch überzeugen können von den eigenen Ideen, (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Und das geht so nicht?") und dass die etwaig geplanten Maßnahmen zum Wohle der Oberöreicher/innen und zum Wohl der Menschen in unserem Land sind.

Anscheinend sind sich da beide nicht so sicher, dass das wirklich zum Wohl der Menschen in unserem Land ist. Das Wohl der Frauen wäre ja ohnehin schon dem Demokratieabbau zum Opfer gefallen. Der Frauenausschuss, das war sehr wohl eine Forderung der SPÖ, bestätigte aber, dass die Dritte Präsidentin des Landtags Eisenriegler auch immer eine Kämpferin für den Frauenausschuss war. Aber offensichtlich konnten Sie sich gegen Landesrat Anschöber auch nicht so durchsetzen, der hätte die Frauen verkauft und das in einen Unterausschuss abgeschoben, wo ja nicht abgestimmt wird. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Das ist ja unglaublich!") Da hätten wir ja reden können und letztendlich hätten Schwarz und Grün dann das abgestimmt, was Sie letztendlich vereinbart haben. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Der Anschöber verkauft die Frauen!")

Der SPÖ hat das nicht genügt und es ist in Verhandlungen gelungen, dass letztendlich in der Obmännerkonferenz festgelegt worden ist auf Antrag der SPÖ, dass es einen eigenen Frauenausschuss geben wird, und dort werden wir auch unsere Anträge und Anliegen einbringen, wirklich für die Zukunft der Frauen in Oberösterreich, für gerechtes Einkommen, für Chancen der Frauen, die Sie, vor allem die Grünen, letztendlich auch geopfert hätten, und auch für Arbeitsplätze, das werden wir dort thematisieren. Sie haben uns die Möglichkeit letztendlich genommen, das im Landtag, im Plenum zu thematisieren. Wir werden andere Mittel und Wege finden, der Bevölkerung unsere Positionen zukommen zu lassen.

Ich lasse auch den Einwand von Klubobmann Strugl vom letzten Donnerstag nicht gelten, (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Da bin ich aber empört!") dass die Ausschussentscheidungen den Wählerwillen widerspiegeln. Ich denke, es sollte uns auch der Wählerinnenwille ein Anliegen sein und verwundert bin ich schon auch über den Abgeordneten Trübswasser, der heute in dasselbe Horn bläst. Der Wählerwille wird durch das d'Hondtsche System ermittelt. Aber die endgültige Abstimmung erfolgt sehr wohl im Landtag und da ist natürlich zu rechnen nach d'Hondt und da gibt es Mehrheiten, das ist ganz klar und das ist zu akzeptieren. (Zwischenruf Abg. Mag. Gumpinger: "Das muss es im Ausschuss auch geben!") Aber die Verfassung hat ja sehr wohl keine Anzahl der Ausschussmitglieder festgelegt, Herr Abgeordneter Gumpinger, und da muss man sich schon fragen warum? Nämlich weil hier politische Entscheidungen noch möglich sein sollten, und das, was Sie beschlossen haben, das ist eine politische Entscheidung und dass man das jetzt nicht diskutieren sollte, Herr Klubobmann Trübswasser, sondern nur mit dem Rechenschieber kontrollieren sollte, das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Das sagen doch Sie immer! Sie sagen d'Hondt!") D'Hondt wird ja angewendet, das ist ja richtig, aber diese Entscheidung ist einfach eine politische Entscheidung, und dass Sie jetzt auch schon die Diktion der ÖVP verwenden, wir sollen da nicht das politische Hickhack machen. Ja wo denn sollen wir die politischen Auffassungen und die Inhalte thematisieren, wenn nicht hier im Landtag? (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Die Frage ist wie!") Ist das jetzt die Politik des Dialoges, dass uns das verboten würde, hier darüber zu reden?

Ich vermute daher auch, es geht Schwarz-Grün auch gar nicht um letztendlich den Wähler- oder Wählerinnenwillen, sondern es geht einfach nur ums Abblocken von Ideen und von Vorschlägen. Ich habe vorher schon erwähnt, die Ideen, die Anträge könnten ja sowieso im Landtag niedergestimmt werden, aber da wäre dann keine öffentliche Diskussion möglich und diese öffentliche Diskussion scheinen Sie zu scheuen. Da ist es Ihnen offensichtlich lieber, in den Ausschüssen die Anträge niederzustimmen, die Ausschüsse sind nicht öffentlich, und dann darüber nicht zu reden. (Beifall) Soviel zur Transparenz und zur Mitmach-Demokratie. Ja abschließend kann ich nur feststellen, Schwarz-Grün hat tatsächlich einen gewissen Charme. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Klubobmann Mag. Strugl bitte.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dort anknüpfen, wo meine Vorrednerin aufgehört hat, nämlich bei der Verfassung. Es ist nämlich weder in der Landesverfassung noch in der Bundesverfassung festgelegt, dass eine Koalition zwischen ÖVP und SPÖ zu regieren hat. Und wenn ich mir die Debattenbeiträge der Kollegen von der Sozialdemokratischen Fraktion so anhöre, dann glaube ich, dass offensichtlich hier noch nicht verarbeitet wurde, dass es neben einer ÖVP-SPÖ-Mehrheit auch andere Mehrheiten geben kann, auch in einem Landtag wie im Oberösterreichischen. Und das wird wahrscheinlich noch eine Zeit lang dauern, liebe Kolleginnen und Kollegen, bis Sie das verinnerlicht haben. Ich habe dafür ein gewisses Verständnis. Nur eines ist sicher nicht wahr, dass das undemokratisch und verfassungswidrig ist, das möchte ich an dieser Stelle schon einmal festhalten. Das ist das erste. (Beifall)

Das zweite ist, und darüber reden wir eigentlich in dieser Debatte, nämlich über die Festsetzung der Anzahl der Ausschussmitglieder. Das ist relativ eindeutig geregelt im § 5 der Landtagsgeschäftsordnung. Dort heißt es: Nach den Wahlen gemäß § 4 hat der Landtag - soweit nicht gesetzlich ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist - zu beschließen, welche ständigen Ausschüsse zu bilden sind, und zwar hinsichtlich ihrer Bezeichnung, der Umschreibung ihrer Zuständigkeit, und die Zahl ihrer Mitglieder festzusetzen. Also hier diskutieren wir darüber und fassen dann einen Beschluss. Also es ist überhaupt kein Problem, und das hat, sehr geehrter Herr Klubobmann Frais, nach meinem Verständnis mit Drüberfahren nichts zu tun, wenn dieser Landtag einen Beschluss auch mit Mehrheit fasst. Was daran, frage ich Sie, ist undemokratisch? Wenn der Landtag einen Beschluss mit Mehrheit fasst, dann ist das doch das demokratischste, was es überhaupt gibt. Ich verstehe schon, dass die SPÖ eine andere Meinung in dieser Frage hat, aber ich bitte Sie, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass es möglich ist, dass sich eine Mehrheit findet, die einen anderen Standpunkt vertritt. Das hat doch mit Drüberfahren überhaupt nichts zu tun. Nur eines verrät ja diese Haltung sehr wohl, Sie sind der Meinung, wenn etwas gegen Ihre Meinung beschlossen wird, dann ist das Drüberfahren. Aber da müssen Sie noch lernen, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie haben nämlich vom Wähler, weil Sie das immer wieder hier zitieren, Sie haben vom Wähler keine absolute Mehrheit bekommen, auch wenn Sie hier so tun, also ob das so wäre, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall)

Also liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, (Unverständliche Zwischenrufe) es ist so, dass es im Landtag auf Grund des Wahlergebnisses eine Mehrheit, die ÖVP und Grüne bilden können, gibt. Und es ist daher auch folgerichtig und konsequent und überhaupt nicht undemokratisch, wenn es auch in den Ausschüssen so ist. Und der Kollege Trübswasser hat das schon gesagt, es ist in jeder Legislaturperiode festgesetzt worden die Zahl der Mitglieder der Ausschüsse. Ich bitte Sie als Demokraten, das zur Kenntnis zu nehmen. Und es wird in der neuen Ausschussbesetzung jede Partei vertreten sein, es spiegeln sich darin wider die Mehrheitsverhältnisse im Landtag. Und es ist überhaupt nicht wahr, Frau Kollegin Schmidt, dass deswegen kein Dialog im Ausschuss mehr möglich ist. Sie können ja auch mit uns mitstimmen. (Heiterkeit) Es ist schon sehr erstaunlich, wenn Sie hier stehen und sagen, das wird jetzt alles nicht mehr gehen und das wird alles jetzt praktisch mit Mehrheit beschlossen. (Unverständliche Zwischenrufe) Sie sind ja eingeladen, liebe Frau Kollegin, Sie können ja mitmachen, ist doch nicht verboten, nur weil Sie Mitglied bei der SPÖ-Fraktion sind, dass Sie nicht auch einmal einen sinnvollen Antrag mitbeschließen mit der ÖVP und den Grünen. Also ich habe da überhaupt keine Bedenken.

Und es kommt demokratisch diese Mehrheit zustande, das werden Sie ja hoffentlich nicht bestreiten. Weil eine Wahl ist eine Wahl und eine Mehrheit ist eine Mehrheit, so einfach ist das auch im Landtag. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: unverständlich) Sie sind halt nur - na Entschuldigung Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wollen Sie sagen, dass das undemokratisch ist, wenn ÖVP und Grüne mitsammen eine Mehrheit da bilden? Also ich bin ja erstaunt. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Die Frage ist nur, ob es mehr Demokratie oder weniger Demokratie ist!" Unverständliche Zwischenrufe) Was heißt eine knappe Mehrheit? Sie ist nicht so groß wie ÖVP und SPÖ, das ist richtig, ja. Aber es ist trotzdem eine Mehrheit, ich kann Ihnen nicht helfen. Es ist trotzdem insgesamt über 50 Prozent, nämlich 52,5 in der Summe. Und es tut mir schon leid, es tut mir leid, dass die SPÖ, die jetzt die Verfassung beschwört, so wie der Klubobmann Frais, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass andere Mehrheitsbildungen hier möglich sind.

Und das, was der Kollege Winterauer hier geboten hat, ist für mich die Fortsetzung des Wahlkampfes im Landtag. Das tut mir ehrlich gesagt leid und so in der Art und Weise, wie Sie das dargestellt haben, da muss ich sagen, das ist kurios. Denn ich weiß nicht, ob Sie das schon vergegenwärtigt haben, Sie stehen deswegen vor dem Richter und der Staatsanwalt interessiert sich für eine Broschüre, die Sie herausgegeben haben, nämlich "Schwarz und schmutzig". Das ist die Realität und mich wundert das nicht, dass die ganzen Regierungsmitglieder hinausgegangen sind und Ihrer Rede nicht zugehört haben, weil das, was Sie von sich gegeben haben, ist ehrlich gesagt die Fortsetzung dessen, was in Wirklichkeit über, (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Herr Kollege, wir haben eine Regierungssitzung gehabt!") ich weiß, aber der Herr Klubobmann Steinkellner hat das kritisiert, und ich kritisiere die Art und Weise, wie hier geredet wurde, noch dazu, wo diese Art und Weise gerichtsanhängig ist.

Und wenn wir vom freien Spiel der Kräfte reden, meine Damen und Herren, das hat die SPÖ jetzt plötzlich entdeckt. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider hat das vorgeschlagen. 1997 haben Sie es noch abgelehnt, als es einen Antrag gegeben hat, dass man vielleicht auch eine Koalitionsregierung einführen könnte, da hätten wir eine Verfassungsmehrheit gebraucht, da wollten Sie kein freies Spiel der Kräfte. Ich habe den Verdacht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass bei der SPÖ der Standort den Standpunkt auch bestimmt. Und das, ist ehrlich gesagt, nicht unbedingt das demokratiepolitische Gelbe vom Ei. Und jetzt möchte ich Ihnen noch etwas sagen. Sie beschimpfen hier die Grünen, (Unverständlicher Zwischenruf) dass sie der Versuchung, na ja einige Ihrer Abgeordneten haben das getan, ich komme eh noch darauf zu sprechen. Dass sie sozusagen der Versuchung unterliegen, dass sie jetzt Macht ausüben im Sinne von Regieren. Ja, die Grünen haben sich darum beworben. Sie sind auch mit diesem Anspruch in die Wahl hineingegangen, und haben gesagt, wir wollen in die Landesregierung, und wir wollen mitgestalten. Ich persönlich halte das nicht für etwas Verwerfliches, ganz im Gegenteil, es ist der demokratische legitime Anspruch einer Partei, das zu tun. Und ganz ehrlich gesagt, wenn Sie jetzt sagen, die Grünen haben sich mit der fürchterlichen ÖVP eingelassen, da frage ich Sie schon, was haben denn Sie die ganzen Jahrzehnte getan, wenn wir so furchtbar sind? Warum hat es dann so lange eine ÖVP-SPÖ Regierung gegeben, und warum vor allem haben Sie dann mit uns überhaupt Regierungsverhandlungen geführt, und waren dann so zornig, wie daraus nichts geworden ist? Und die Frau Präsidentin Eisenriegler hat schon recht, die Grünen haben gut verhandelt, und wir haben spannende, wir haben (Unverständliche Zwischenrufe) ja, Sie können das nicht wissen, Herr Makor-Winkelbauer, weil Sie waren nämlich nicht dabei. Und wir haben spannende, spannende, (Zwischenruf Abg. Pilsner: „Aus Sicht der ÖVP gut!“) ja ich kann jetzt aus meiner Sicht nur reden, spannende inhaltliche Diskussionen geführt. Da könnten Sie auch noch etwas lernen diesbezüglich, das möchte ich Ihnen auch an dieser

Stelle noch sagen. Eines vielleicht noch, eine neue Abgeordnete im Landtag hat den Herrn Landesrat Anschöber angesprochen. Die Frau Abgeordnete Bauer hat gesagt, das wäre eine Charakterfrage. Also, ich muss Ihnen schon sagen, ein Regierungsmitglied zu beschimpfen, und ihm Charakterlosigkeit auf diese Weise zu unterstellen, das weise ich zurück. Das brauchen wir hier herinnen nicht. Da bitte ich den Herrn Klubobmann Frais, (Beifall) nur weil die Grünen eine politische Position einnehmen, die Ihnen politisch nicht passt, gibt Ihnen das nicht das Recht, seinen Charakter in Frage zu stellen, da bitte ich wirklich den Herrn Klubobmann Frais für Ordnung in seiner Fraktion zu sorgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir lernen, Mehrheiten sind möglich, auch außerhalb einer ÖVP-SPÖ Koalition und ich bitte Sie, und lade Sie herzlich ein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der sozialdemokratischen Fraktion, nehmen Sie das als Demokraten zur Kenntnis. (Beifall)

Erste Präsidentin: Frau Mag. Jahn bitte.

Abg. **Mag. Jahn:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich nehmen wir als Demokraten zur Kenntnis, welche Mehrheiten es jetzt gibt, verwundert sind wir nur über das Demokratieverständnis insbesondere der Grünen, die es je nach Standort ändern, von den Machtpolitikern der ÖVP haben wir nichts anderes erwartet. (Beifall)

Aber wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen schauen nach vorne, und ich möchte daher auch hier nach vorne schauen, und insbesondere freue ich mich über den neu eingesetzten oder neu einzusetzenden Frauenausschuss. Es ist ein großer Erfolg, dass es einen eigenen Frauenausschuss gibt, denn wir haben in Oberösterreich in der Frauenfrage einiges nachzuholen. Wir sind bei den Fraueneinkommen um 17 Prozent unter den Durchschnittseinkommen in Wien, wir haben die schlechtesten Fraueneinkommen in den Mühlviertler Bezirken, von 121 Bezirken steht Rohrbach an 114. Stelle bei den Fraueneinkommen, steht Freistadt an 108. Stelle. Wir haben die höchste Teilzeitquote bei den Frauen innerhalb Österreichs, nur leider sind sie in sehr schlecht qualifizierten Bereichen und Berufen, und es gibt eine Beschäftigungsprognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die besagt, dass bis zum Jahr 2008 in Oberösterreich rund 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. 80 Prozent davon für Frauen. Nur wenn es keine aktive Politik gibt, die gegensteuert, dann werden das in erster Linie schlecht qualifizierte, schlecht bezahlte Arbeitsplätze sein. Das heißt, wir haben alle Hände voll zu tun, und zwar gemeinsam alle Hände voll zu tun, dass die Lebensbedingungen der Frauen verbessert werden, dass wir hier aufholen. Und auch wenn sich jetzt ÖVP und Grüne in diesen Ausschüssen die Mehrheit verschaffen, wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen stehen dafür und versprechen den oberösterreichischen Frauen, dass wir für ihre Verbesserung der Lebensbedingungen kämpfen werden, dass wir die Chancengleichheit der Frauen in den Vordergrund stellen werden. Wir werden uns massivst dafür einsetzen, dass die zusätzlichen Arbeitsplätze gut bezahlte Arbeitsplätze werden, dass es passende und flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen auch am Nachmittag und auch in den entlegeneren Gebieten gibt, und dass Teilzeitangebote geschaffen werden für Frauen und für Männer, und zwar auf allen Berufsebenen und in allen Qualifikationsstufen. Dankeschön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Klubobmann Dr. Frais bitte.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Strugl, ich glaube, wir sollten zu einem Knackpunkt einmal klar Farbe bekennen. Die Zeiten, dass die Österreichische Volkspartei sich so gebärdet, als sei sie quasi in

Erbpacht der Macht für alles zuständig, und alle anderen hätten nur zu folgen und zu gehorchen, müsste vorbei sein. Genau wie du dich jetzt hier heraußen produziert hast, war es eigentlich nichts anderes als Vorgaben für alle, was sie sagen dürfen, wen man in Griff zu nehmen hat. Alleine deine Diktion sei schon dahingestellt, wenn du erklärst, wer sich im Grund schlecht ausdrückt, wer das Misstrauen der Regierungsmitglieder erweckt, die dann hinausgehen. Ich sage dir ganz was anderes: Der Wähler hat ein Verhältnis zwischen ÖVP und SPÖ von 25 zu 22 festgelegt. Und unter Partnern, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat man sich auf dieser Grundlage über eine gerechte Verteilung zu unterhalten. Und da gibt es auch, meines Erachtens, keine allzu großen Rückgriffe, denn was wir diskutiert haben, auch im Vorfeld, war nicht so weit auseinander, dass wir gesagt hätten, wir können nicht miteinander reden, wenn ich das jetzt so einmal repliziere, damit nichts Falsches im Raum stehen bleibt. Im Grunde ist es um Knackpunkte gegangen. Und einer der Knackpunkte ist halt die Frage, wie geht man mitsammen um. Auch in der Frage des Landtags und des Ausschusses. Und meine Frage ganz konsequent: Ich habe das Papier mitgenommen von der letzten Legislaturperiode und habe daraus zitiert: Für die Landtagsarbeit wird seitens ÖVP und SPÖ grundsätzlich das Prinzip der freien Mehrheitsbildung vereinbart. Ich erwarte von den Grünen euer Papier, legt es offen, legt es auf den Tisch. Wenn das nicht der Fall ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, frage ich mich, auf die Kernfrage reduziert: War es vorher demokratischer, oder ist es nachher demokratischer geworden? Grün ist eingezogen, und eigentlich stehen wir deshalb heraußen. Das ist ein offenes Papier, wir haben uns auch so verhalten. Deshalb haben wir auch eine Pattstellung im Ausschuss niemals als Problem gesehen. Aber euer Umdenken, euer Rückfall in ein völlig neues Denken, nämlich der Uraltpackelei, der hat sich durchgesetzt, und das ist genau das Ergebnis. Kollege Anschober, ihr habt es ja noch nicht einmal vollzogen gedanklich, wie sehr ihr (Zwischenruf Abg. Anschober: „Das sagt ihr, alles durchgepackelt über Jahre und dann das!“), ich habe dir vorgelesen, was herinnen steht. Ich warte darauf, was ihr vereinbart habt. Wenn es besser ist, demokratischer ist als diese Vereinbarung, nehme ich gerne alles zurück. Aber ich bin ja in Erwartungshaltung, ob es eine andere Regelung bei euch gibt.

Noch ein weiterer Satz. Ich ersuche, meine sehr verehrten Damen und Herren, und auch Kollege Strugl, bitte bei der Wahrheit zu bleiben. Der Vorschlag von Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider auf ein Spiel der freien Mehrheiten loszugehen, war auf der Grundlage einer Konzentrationsregierung und war auch weitestgehend, bis auf jene Gegenstände der Arbeitsübereinkommen, auch die Basis der vergangenen Legislaturperiode. Man soll sich doch bitte jetzt nicht alle Dinge auf den Kopf stellen. Nur bei Gegenständen des Arbeitsübereinkommens war im Wesentlichen klar, dass man sich nicht überstimmen wird, aber in allen anderen Bereichen, und das ist der Wert der Demokratie da herinnen gewesen, war die Möglichkeit, freie Mehrheiten zu suchen. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Wer hindert uns daran, wir werden das auch weiterhin tun!“) Und das ist der Wert einer Demokratie, Kollege Trübswasser, miteinander haben wir sogar mehrere Beschlüsse, auch gegen die ÖVP gemacht. (Unverständliche Zwischenrufe) Weil wir waren nicht eingebunden, wie ihr derzeit für die kommenden Jahre eingebunden seid. Das werden wir uns ja anschauen, sonst hättet ihr ja im Grund mit der Pattstellung in den Ausschüssen das Auslangen finden können, und ihr hättet nicht eine Drüberfahrermehrheit gebraucht in den Ausschüssen. So einfach ist es an sich, denn wir hätten dort erarbeiten können, und ihr braucht im Wesentlichen (Zwischenruf Abg. Anschober: „13, 13 ist der Antrag des Klubobmann Frais aus dem Jahr 1991, habt ihr selbst eingebracht, damals gut, weil SPÖ-Antrag, jetzt schlecht, weil von den Grünen!“) jetzt darf ich aber, (Zwischenruf Abg. Anschober: „Das ist Glaubwürdigkeit!“) Kollege Anschober, wenn du hier in dem Haus mit Tatsachenverfälschungen versuchst, jetzt etwas anderes zu erreichen, die 13 hat es früher gegeben. Von 85 bis 91 hat es, (Zwischenruf Abg. Anschober: „1991!“) das brauche ich nicht, weil ich habe es im Kopf, Kollege An-

schober, weil ich habe mir damals die Sachen auch schon gründlich angeschaut, hat es im Grund diese totale Vermehrung auf 10:7:1 gegeben, eine irrsinnige Aufblähung aufgrund des Ergebnisses von damals, wobei die 18 auch nur eine einmalige Ziffer waren. Und dann hat Übereinstimmung geherrscht, dass wir diese Zahl, um die Ausschüsse arbeitsfähig zu machen, wiederum reduzieren. Und da hat sich 13 im Grund ergeben daraus. Es war eine Reduktion von 18, ohne dass sich irgend jemand hätte überstimmen lassen müssen. Im Gegenteil, es war klar und sichergestellt, dass Rot und Blau gegenüber ÖVP, die damals die absolute Mehrheit verloren gehabt haben, letztendlich auch eine freie Mehrheitsbildung dagegen möglich gewesen wäre. So einfach mathematisch ist es. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Genau das selbe wie jetzt!“; Zwischenruf Abg. Anschöber: „Auch das gibt es jetzt!“) Wir sind von 18 auf 13 zurückgegangen, weil die Ausschussgröße arbeitsunfähig war. Wir sind wegen euch, Kollege Trübswasser, auf 14 hinaufgegangen, da hat es auch gute Gründe gegeben, weil es in eurem Interesse war. Und wir als Demokraten dieses Interesse geteilt haben. Jetzt, wo ihr einen Pakt abgeschlossen habt, ist es für euch uninteressant, und jetzt geht ihr auf Mehrheitssuche, und die schafft man am leichtesten, in dem man von 14 auf 13 reduziert. Bei den Unterausschüssen, und das Kollege Strugl, war das, wo ich gesagt habe, wo die Grenzen der Verfassung letztendlich gegeben sind, dort war es nicht möglich, dort musste man halt bei 4:4:1:1 bleiben. Ich frage mich sonst, warum, wenn es so wichtig wäre oder wenn es so locker ginge, warum bleibt ihr den in dieser Frage dann bei 4:4:1:1? Nur weil ich am Wochenende euch erklärt habe, da wird es einen Verfassungskrieg geben, wenn man das d'Hondtsche Verfahren völlig auf den Kopf stellt.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor, meine Frage ist eine ganz, ganz einfache, und die sollte wer beantworten. Erstens mein Ersuchen: Legen Sie Ihre demokratischen Freiheiten in Form dieses Paktes, so wie ich es gemacht habe, auf den Tisch. (Zwischenruf Abg. Anschöber: „Im Nachhinein!“) Zweitens: mehr oder weniger Demokratie als in der letzten Periode? Ich stelle fest, man hat letztendlich durch einen ganz einseitigen Zugriff eine Pattstellung, die in der letzten Periode gegeben war, verschlechtert. Man hat gegenüber Zusagen, die eindeutig im Raum gestanden sind, auch die Ressortverteilung so vorgenommen, dass sie im Wesentlichen einer 16:25 Situation heute noch entspricht. Auch dazu haben die Grünen ihr Ja gesagt. Ich frage mich, ist es wirklich im Grund so schnell, so schnell möglich, dass man für einen Sessel, ein immer von euch so propagiertes (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Er ist ja gewählt worden, Herr Kollege!“) Herr Kollege, zehnmal g'scheitln sollte man im Grund auch nicht immer, ich habe es zuerst bereits gesagt. Ich glaube, es tut euch nicht gut, und das Recht hier herinnen zu reden, wird auch eine allmächtige ÖVP den SPÖlern nicht verbieten können, solange wir eine Demokratie haben, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall, Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Herr Oberlehrer, wir nehmen es zur Kenntnis!“)

Na, wenn ein Schüler permanent dreinredet, dann nimmt sich der Lehrer das Recht heraus, auf seine Rolle auch einzugehen. (Unverständliche Zwischenrufe) Und zu sagen, er wird auch einmal reden können, wenn ein etwas zu vorlauter Schüler ununterbrochen den Unterricht stört. (Unverständliche Zwischenrufe)

Ich komme zurück, meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch einmal ausreden. Wenn ein Bekenntnis der Grünen für eine freie Mehrheitsfindung vorgelegen wäre oder vorläge, dann wäre die Möglichkeit gegeben, aus dieser Pattsituation heraus ordentliche freie kreative Diskussionen zu starten, mit der Mehrheit des Landtags wären alle Beschlüsse ohne weiteres durchführbar gewesen. Und sollte tatsächlich eine befürchtete Blockade ein einziges Mal in Kraft treten, wäre es auch kein Problem, dann hätte man einen Initiativantrag eingebracht, und die Mehrheit des Landtags hätte diese Blockade, die befürchtete Blockade ganz, ganz

locker umgehen können. Ich stelle fest, nicht die freie Mehrheitsfindung hält in diesem Landtag Einzug, sondern es hält eine Mehrheit aus Schwarz und Grün abgesichert durch eine Reduktion bei den Mitgliedern zu Lasten der SPÖ Einzug. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Also, der Populismus ist nicht mehr zu überbieten!“) Ich hätte nicht erwartet, Kollege Trübswasser, dass aus den vielen, (Zwischenruf Abg. Anschöber: „Das ist politische Kultur und Redlichkeit!“) aus den vielen Gesprächen und Diskussionen heraus, wo ihr euch immer, (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Es gibt neue Mehrheiten in diesem Land!“) jetzt fangt ihr schon mit den selben Sprüchen an, die im Grunde auch andere immer vorgegeben haben. Ich stelle nur fest, (Zwischenruf Abg. Anschöber: „So disqualifiziert man sich selbst!“) ihr habt Vorteile in Anspruch genommen, die wir mit Selbstverständlichkeit euch zugestanden haben, die selben Dinge, (Unverständliche Zwischenrufe) die selben Gleichheiten einer Chance. (Unverständliche Zwischenrufe. Erste Präsidentin: "Am Wort ist der Herr Klubobmann!") Es wird doch wohl niemand auf die Idee kommen, dass von jenen 6 neuen Mandaten, die uns zustehen, die von der FPÖ auf Wählerentscheid zu uns gekommen sind, es ein Kunstgriff ist, wenn plötzlich nur noch ein Mitglied bei der SPÖ landet, und eines davon in Abfall gestellt wird. Wenn das eure Form und eure Sichtweise von Demokratie ist, ersuche ich letztendlich davon, was ich heute in der Früh einen Eingriff in ein bestehendes demokratisches System oder einen Kunstgriff bezeichnet habe, Abstand zu nehmen. Bleiben wir doch dabei: Konsens wäre zu suchen, Konsens der besseren Ideen, und nicht wie jetzt von euch gewünscht, eine Mehrheit vorweg herbeizuführen, um nicht mehr verhandeln zu müssen, sondern drüberfahren zu können. Deshalb bleibe ich auch dabei, Kollege Trübswasser: Drüberfahren ist die neue Methode, nicht der Konsens; nicht das Gemeinsame, sondern das Trennende wird an den Beginn gestellt, (Unverständlicher Zwischenruf) Frau Präsidentin, ich habe etwas Schwierigkeiten, er versucht, das, was weh tut, wirklich ununterbrochen durch Zwischenreden zu stören. Ich glaube, Kollege Trübswasser, denke bitte an eines. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Herr Kollege Trübswasser, Sie nehmen da von sich immer in Anspruch, wenn Sie da sind, dass man Ihnen zuhört, dass Sie lieb sind, brav sind!“ Erste Präsidentin: „Also, ich stelle fest, am Wort ist jetzt der Herr Klubobmann Dr. Frais, bitte!“) Ich glaube, wir haben es an sich ausführlich diskutiert, wir waren (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Das glaube ich auch!“), auch wenn der Herr Landeshauptmann soeben reingekommen ist, so dass er wahrscheinlich wenig mitbekommen hat, aber er stellt auch bereits wieder etwas fest. Passt in das Bild der allmächtigen ÖVP, die sich hier aufführt und erklärt, was alle anderen zu tun haben.

Ich stelle fest, lieber Kollege Trübswasser, es war eine Überraschung, dass wir mit weniger Demokratie in das 21. Jahrhundert dieser ersten Legislaturperiode gehen und dass ausgerechnet die Grünen so rasch ihr demokratiepolitische Rückgrat als gebrochen erklärt haben. Ich wünsche mir, vielleicht könnt Ihr einen Umdenkprozess einleiten. Ich glaube auch, dass es sinnvoll wäre, in nächster Zeit auf Konsens und nicht auf Drüberfahren zu setzen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Frau Präsidentin Eisenriegler bitte.

Abg. **Eisenriegler:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kordula Schmidt, meine ehemalige Nachbarin! Zur Erinnerung: Gerade bei den Frauenthemen denke ich, waren es die Grünen, die euch so manche Latte gelegt haben und ich freue mich, wenn inzwischen fast die Hälfte der SPÖ-Abgeordneten Frauen sind. Ich möchte aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass es bei uns von fünf Abgeordneten drei Frauen sind. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir die Regelung der Parität, der Frauen-Männer-Parität, schon seit 15 Jahren haben, und zwar in allen unseren politischen Gremien. Ja, und dass wir auch dieses Verhältnis, das wir jetzt vorweisen können bei unseren Abgeordneten dadurch zustan-

degebracht haben, dass die Frauen und Männer bei uns gewählt wurden und dass nicht einige Männer auf ein Mandat haben verzichten müssen. (Zwischenruf links: "Frau Schwarz!")

Ich möchte auch in Zukunft, das wollte ich also nur der Gerechtigkeit halber noch erwähnen, ich möchte eigentlich keinen Wettlauf darüber führen, wer jetzt die bessere Frauenpartei ist. Das interessiert mich eigentlich überhaupt nicht. Entscheidend wird sein, was sich am Ende der Legislaturperiode für die Frauen geändert haben wird, bei den Löhnen, bei den Arbeitsbedingungen, bei den PartnerInnenschaften und auch bei der Kinderbetreuung. Und in diesen Fragen sind Sie herzlich eingeladen, mit uns zusammen Mehrheiten zu bilden wie auch übrigens bei der Frage des Frauenausschusses. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Jedenfalls der beste Frauenreferent!") Es war ein wunderbares Beispiel, dass das funktionieren kann und (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Mit der ÖVP?") so wünsche ich mir das auch für die nächsten sechs Jahre. Und diese Mehrheiten, die sind sehr wohl möglich, und zwar in allen Gremien, in der Regierung, im Landtag, in den Ausschüssen und auch in den Unterausschüssen.

Und wir haben ja auch in den letzten sechs Jahren bei zahlreichen unserer Anträge gefragt, warum ihr mit uns nicht mitkönnen habt. Und vor allem bei den Sozialthemen und Frauenthemen und auch Naturschutzthemen war das mitunter sehr schmerzhaft. Ihr habt Rücksicht nehmen müssen auf eurem ÖVP-Partner, auf euer Übereinkommen. Und das macht mich zuversichtlich, dass ihr jetzt frei genug seid bei gescheiterten Anträgen der Grünen (Zwischenruf links: "Wir schauen uns das eh an!" Zwischenruf Abg. Präsidentin Weichsler: "Das Durchzusetzen, was ihr nicht mehr dürft!") mitzustimmen und dazu seid ihr eingeladen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Abgeordneter Kapeller bitte.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Klubobmann Strugl! Kein Redner von uns hat behauptet, dass die gewählte Vorgangsweise der Zusammensetzung der Ausschüsse von FPÖ und Grünen verfassungswidrig ist. Und ich würde Sie daher wirklich ersuchen, bei der Wahrheit zu bleiben und das auch nicht unterschwellig zu behaupten, denn es wurde so von uns nicht gesagt. Wir haben den demokratiepolitischen Ansatz in dieser Diskussion gewählt und wir haben festgehalten, und ich habe es auch sehr deutlich in meiner ersten Wortmeldung gesagt, dass es ja für mich sehr verständlich ist, dass die Österreichische Volkspartei sich angeschaut hat, was ist denn für sie am besten (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Sie haben gesagt, das ist für den Geist der Verfassung!") und am besten Kollege Strugl ist natürlich, und das muss man ehrlich zugeben und das müssen Sie natürlich auch sagen, die Zusammensetzung von 6:5:1:1. Das ist für Sie das Beste und daher haben Sie es verhandelt und daher haben Sie es vorgeschlagen. Sind Sie doch so ehrlich und sagen Sie das auch so, (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Das widerspricht nicht dem Geist der Verfassung!") denn es ist für Sie leichter auch die notwendigen Mehrheiten dann hier leichter zu bekommen. Und wir haben nichts anderes festgestellt, sondern wir haben festgestellt, dass wir enttäuscht sind von der Vorgangsweise der Grünen und haben es auch begründet. Ich möchte es gar nicht wiederholen.

Und heute diskutieren wir halt über die Zusammensetzung der Landtagsausschüsse hier in diesem hohen Haus und es wird dann abgestimmt. Es wird abgestimmt und ob es uns freut oder nicht werden wir diesen Beschluss natürlich zur Kenntnis nehmen müssen als Demokraten. Das steht doch ganz außer Frage. Aber, dass wir dann darüber reden, was die Hintergründe sind und warum er zustande gekommen ist, Kollege Strugl, das lassen wir uns nicht nehmen. Das ist doch legitim (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Aber es ist kein Drüberfahren!") in einer Demokratie, dass man über diese Situation auch dementsprechend spricht.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Was meinen Sie mit Drüberfahren?") Es geht uns, Kollege Strugl, ich habe von Drüberfahren überhaupt nicht geredet, horchen Sie mir zu, (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Aber Klubobmann Frais hat es immer gesagt!") horchen Sie mir doch zu, Kollege Strugl. Ich sage Ihnen Folgendes: Es wird heute hier abgestimmt, wahrscheinlich mit Grünen- und mit den ÖVP-Stimmen wird diese Zusammensetzung der Ausschüsse auch so beschlossen. Es wird von uns selbstverständlich so zur Kenntnis genommen, ist ja keine Frage. Uns geht es ja um ganz etwas anderes, Kollege Strugl. Wissen Sie, um was es uns geht? (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Da bin ich gespannt!") Es geht uns um die Zukunft der Menschen in Oberösterreich, um die Frauen, die Männer, die Jugend in diesem Land, es geht uns um die Zukunft Oberösterreichs. Und dafür werden wir arbeiten in den Unterausschüssen, in den Ausschüssen und im Landtag. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Klubobmann Trübswasser bitte.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich werde dort anknüpfen, wo Kollege Kapeller aufgehört hat, nämlich bei dem Vorschlag zur konstruktiven Zusammenarbeit und eines noch erwähnen. Nach dem wir eine gemeinsame Wechselrede haben über drei Anträge und auch die Zusammensetzung der Ausschüsse, die Bildung der Ausschüsse, möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass es auch einen Kulturausschuss geben wird im neuen Reigen der Ausschüsse. Und ich glaube, dass das auch ein wichtiges Signal ist. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode sehr wichtige und weitreichende Entscheidungen treffen müssen hinsichtlich auch der Bewerbung von Linz als Kulturhauptstadt.

Und um wieder zurückzukehren zu einer, sage ich einmal, zu einer Diskussionsweise, die konstruktiv auch nach vorne schaut. Ich habe von der Kollegin Jahn auch sehr geschätzt ihren Beitrag, was die Vorhaben, die Anliegen, die Aufgaben, die der Landtag in der neuen kommenden Legislaturperiode haben wird, sind. Und ich glaube, unsere Probleme, unsere Anliegen, unsere Vorhaben sind so umfangreich und so groß, dass wir wahrscheinlich nach dieser Sitzung sofort alle an die Arbeit gehen werden müssen.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass wir, glaube ich, was die Auswahl und das Spektrum der Ausschüsse betrifft, sehr vorsichtig, sparsam umgegangen sind, aber auch von den Themen her wichtige Bereiche wie das Thema Frauenpolitik und das Thema Kulturpolitik angesprochen haben, durch die Schaffung dieser beiden neuen Ausschüsse. Ich danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann schließe ich die Wechselrede und lasse abstimmen. Wir stimmen zuerst ab über die Beilage 5/2003. Das ist der Geschäftsantrag betreffend die Bildung der ständigen Ausschüsse. Ich bitte also die Landtagsabgeordneten, den von allen vier Klubobmännern eingebrachten Geschäftsantrag betreffend die Bildung der ständigen Ausschüsse des Oberösterreichischen Landtags mit der Beilagennummer 5/2003 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Ich lasse abstimmen über die Beilage 6/2003. Das ist der Geschäftsantrag der Klubobmänner Mag. Michael Strugl und Gunther Trübswasser betreffend die Festlegung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder in den ständigen Ausschüssen des Oberösterreichischen

Landtags. Er hat die Beilagennummer 6/2003. Wenn Sie diesem Antrag beitreten, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Ich lasse abstimmen über die Beilage 7/2003. Das ist der Geschäftsantrag der SPÖ und der freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Festlegung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder in die ständigen Ausschüsse des Landtags. Er hat die Beilagennummer 7/2003. Wenn Sie diesem Antrag beitreten, bitte ich Sie um einen Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich unterbreche die Landtagssitzung auf fünf Minuten, um den Klubobmännern beziehungsweise den Fraktionen die Gelegenheit zu geben, entsprechend des jetzt gefassten Beschlusses auf 13 Mitglieder in den Ausschüsse ihre Nominierungen für die Mitglieder in den einzelnen Ausschüssen zu geben. Fünf Minuten. Die Abgeordneten würde ich bitten, sich nicht weit fortzubewegen.

(Unterbrechung der Sitzung: 10.51 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 10.57 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und behandeln als nächsten Tagesordnungspunkt die Wahlen in die ständigen Ausschüsse. Die Obmännerkonferenz hat sich im Hinblick auf den beschlossenen Geschäftsantrag, dass sich die Ausschüsse aus 13 Mitgliedern zusammensetzen, entsprechende einstimmige Wahlvorschläge erstattet. Wir werden daher die Wahlen der Mitglieder und Ersatzmitglieder in die Ausschüsse in einem Wahlgang vornehmen können. Ich bitte den Herrn Schriftführer die Wahlvorschläge zu verlesen.

Abg. **Bernhofer:** Ich darf die Wahlvorschläge voll inhaltlich zur Kenntnis bringen. Das ist einmal der Wahlvorschlag für die Wahlen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung.

ÖVP-Mitglieder: Brandmayr, 1.Präs. Orthner, Stanek, Mag. Stelzer, Mag. Strugl, Weinberger.
Ersatzmitglieder: Dr. Aichinger, Bernhofer, Eisenrauch, Mag. Gumpinger, Hingsamer, Lackner-Strauss.

SPÖ-Mitglieder: Dr. Fraiss, Schenner, Makor-Winkelbauer, Dr. Schmidt, 2. Präs. Weichsler.

Ersatzmitglieder: Winterauer, Kapeller, Mag. Chansri, Mühlböck, Schreiberhuber.

Grüne-Mitglied: Trübswasser.

Ersatzmitglied: Hirz.

FPÖ-Mitglied: Mag. Steinkellner.

Ersatzmitglied: Dr. Brunmair.

Ausschuss für Finanzen:

ÖVP-Mitglieder: Gumpinger, 1.Präs. Orthner, Schillhuber, Schürerer, Weinberger, Weixelbaumer.

Ersatzmitglieder: Dr. Aichinger, Bernhofer, Frauscher, Hüttmayr, Jachs, Mayr.

SPÖ-Mitglieder: Mag. Jahn, Dr. Fraiss, Kapeller, Winterauer, 2. Präs. Weichsler.

Ersatzmitglieder: Johann Affenzeller, Erich Pilsner, Ing. Fritz Sulzbacher, Hermine Kraler, Mag. Jasmine Chansri.

Grüne-Mitglied: Klubobmann Gunther Trübswasser

Ersatzmitglied Gottfried Hirz.

FPÖ-Mitglied: Mag. Günther Steinkellner
Ersatzmitglied: Ing. Herbert Aspöck.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten lautet folgendermaßen:

ÖVP-Mitglieder: Annemarie Brunner, Johann Hingsamer, Anton Hüttmayr, Martina Pühringer, Franz Schillhuber und Wolfgang Stanek.

Ersatzmitglieder: Friedrich Bernhofer, Josef Brandmayr, Anna Eisenrauch, Theresia Kiesel, Gabriele Lackner-Strauss, Klubobmann Mag. Michael Strugl.

SPÖ-Mitglieder: Johann Affenzeller, Josef Eidenberger, Reinhard Winterauer, Rudolf Prinz und Arnold Schenner.

Ersatzmitglieder: Klubobmann Dr. Karl Fraiss, Erich Pilsner, Gertrude Schreiberhuber, Mario Mühlböck und Helmut Kapeller.

Grüne-Mitglied: Gottfried Hirz.

Ersatzmitglied: Ulrike Schwarz.

FPÖ-Mitglied: Dr. Josef Brunmair.

Ersatzmitglied: Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten lautet:

ÖVP-Mitglieder: Annemarie Brunner, Alfred Frauscher, Johann Hingsamer, Gabriele Lackner-Strauss, Franz Schillhuber und Josef Steinkogler. Als Ersatzmitglieder: Dr. Walter Aichinger, Josef Brandmayr, Anna Eisenrauch, Josef Mayr, Martina Pühringer, Arnold Weixelbaumer.

SPÖ-Mitglieder: Klubobmann Dr. Karl Fraiss, Helmut Kapeller, Gisela Peutlberger-Naderer, Ing. Fritz Sulzbacher, Mag. Gertraud Jahn.

Ersatzmitglieder: Hermine Kraler, Gertrude Schreiberhuber, Arnold Schenner, Reinhard Winterauer und Ing. Josef Öller.

Grüne-Mitglied: Klubobmann Gunther Trübswasser

Ersatzmitglied: Dritte Präsidentin Doris Eisenriegler.

FPÖ-Mitglied: Ing. Herbert Aspöck

Ersatzmitglied: Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für Bau- und Straßenangelegenheiten lautet folgendermaßen:

ÖVP-Mitglieder: Friedrich Bernhofer, Josef Brandmayr, Josef Mayr, Wolfgang Schürer, Josef Steinkogler und Franz Weinberger. Ersatzmitglieder: Georg Ecker, Dr. Walter Entholzer, Alfred Frauscher, Mag. Otto Gumpinger, Martina Pühringer und Wolfgang Stanek.

SPÖ-Mitglieder: Josef Eidenberger, Gisela Peutlberger-Naderer, Klubobmann Dr. Karl Fraiss, Rudolf Prinz, Ing. Franz Öller.

Ersatzmitglieder: Johann Affenzeller, Mario Mühlböck, Helmut Kapeller, Arnold Schenner und Reinhard Winterauer.

Grüne-Mitglied: Klubobmann Gunther Trübswasser.

Ersatzmitglied: Dritte Präsidentin Doris Eisenriegler.

FPÖ-Mitglied: Ing. Herbert Aspöck.

Ersatzmitglied: Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für Verkehrsangelegenheiten lautet folgendermaßen:

ÖVP-Mitglieder: Georg Ecker, Anton Hüttmayr, Gabriele Lackner-Strauss, Josef Mayr, Wolfgang Schürrer, Mag. Thomas Stelzer. Als Ersatzmitglieder: Dr. Walter Aichinger, Friedrich Bernhofer, Alfred Frauscher, Johann Hingsamer, Franz Schillhuber und Franz Weinberger.

SPÖ-Mitglieder: Gisela Peutlberger-Naderer, Erich Pilsner, Johann Affenzeller, Rudolf Prinz und Helmut Kapeller.

Ersatzmitglieder: Josef Eidenberger, Christian Makor-Winkelbauer, Arnold Schenner, Klubobmann Dr. Karl Frais und Ing. Josef Öller.

Grüne-Mitglied: Gottfried Hirz.

Ersatzmitglied Maria Wageneder.

FPÖ-Mitglied: Dr. Josef Brunmair.

Ersatzmitglied: Helga Moser.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für Umweltangelegenheiten sieht folgendermaßen aus:

ÖVP-Mitglieder: Dr. Walter Aichinger, Georg Ecker, Mag. Otto Gumpinger, Johann Hingsamer, Martina Pühringer und Josef Steinkogler. Als Ersatzmitglieder: Annemarie Brunner, Dr. Walter Entholzer, Theresia Kiesl, Wolfgang Schürrer, Klubobmann Mag. Michael Strugl und Franz Weinberger.

SPÖ-Mitglieder: Rudolf Prinz, Christian Makor-Winkelbauer, Roswitha Bauer, Mario Mühlböck, Vera Lischka.

Ersatzmitglieder: Dr. Julia Röper-Kelmayr, Josef Eidenberger, Mag. Jasmine Chansri, Helmut Kapeller, Zweite Präsidentin Gerda Weichsler.

Grüne-Mitglied: Klubobmann Gunther Trübswasser.

Ersatzmitglied: Ulrike Schwarz.

FPÖ-Mitglied: Dr. Josef Brunmair.

Ersatzmitglied: Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Sozialausschusses lautet:

ÖVP-Mitglieder: Dr. Walter Aichinger, Anna Eisenrauch, Dr. Walter Entholzer, Wolfgang Schürrer, Maria Jachs, Theresia Kiesl. Als Ersatzmitglieder: Friedrich Bernhofer, Anton Hüttmayr, Gabriele Lackner-Strauss, Josef Mayr, Wolfgang Stanek und Josef Steinkogler.

SPÖ-Mitglieder: Johann Affenzeller, Dr. Kordula Schmidt, Gertrude Schreiberhuber, Dr. Julia Röper-Kelmayr, Christian Makor-Winkelbauer.

Ersatzmitglieder: Gisela Peutlberger-Naderer, Zweite Präsidentin Gerda Weichsler, Klubobmann Dr. Karl Frais, Roswitha Bauer und Hermine Kraller.

Grüne-Mitglied: Maria Wageneder.

Ersatzmitglied: Dritte Präsidentin Doris Eisenriegler.

FPÖ-Mitglied: Helga Moser.

Ersatzmitglied: Dr. Josef Brunmair.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport lautet folgendermaßen:

ÖVP-Mitglieder: Dr. Walter Aichinger, Friedrich Bernhofer, Theresia Kiesl, Erste Präsidentin Angela Orthner, Wolfgang Stanek, Mag. Thomas Stelzer. Ersatzmitglieder: Georg Ecker, Dr. Walter Entholzer, Martina Pühringer, Franz Schillhuber, Josef Steinkogler und Arnold Weixelbaumer.

SPÖ-Mitglieder: Josef Eidenberger, Klubobmann Dr. Karl Frais, Hermine Kraller, Vera Lischka, Mag. Jasmine Chansri.

Ersatzmitglieder: Johann Affenzeller, Arnold Schenner, Roswitha Bauer, Christian Makor-Winkelbauer, Mag. Gertraud Jahn.

Grüne-Mitglied: Gottfried Hirz.
Ersatzmitglied: Ulrike Schwarz.
FPÖ-Mitglied: Helga Moser .
Ersatzmitglied: Dr. Josef Brunmair.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Kulturausschusses sieht folgendermaßen aus:

ÖVP-Mitglieder: Friedrich Bernhofer, Anna Eisenrauch, Johann Hingsamer, Anton Hüttmayr, Erste Präsidentin Angela Orthner, Klubobmann Mag. Michael Strugl. Ersatzmitglieder: Dr. Walter Entholzer, Alfred Frauscher, Maria Jachs, Franz Schillhuber, Wolfgang Schürer und Arnold Weixelbaumer.

SPÖ-Mitglieder: Roswitha Bauer, Ing. Josef Öller, Josef Eidenberger, Mag. Gertraud Jahn, Dr. Julia Röper-Kelmayer.

Ersatzmitglieder: Klubobmann Dr. Karl Fraiss, Dr. Kordula Schmidt, Mag. Jasmine Chansri, Zweite Präsidentin Gerda Weichsler und Vera Lischka.

Grüne-Mitglied: Klubobmann Gunther Trübswasser.

Ersatzmitglied: Ulrike Schwarz.

FPÖ-Mitglied: Dr. Josef Brunmair.

Ersatzmitglied: Ing. Herbert Aspöck.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Geschäftsordnungsausschusses trägt folgende Namen:

ÖVP-Mitglieder: Friedrich Bernhofer, Josef Brandmayr, Anna Eisenrauch, Erste Präsidentin Angela Orthner, Mag. Thomas Stelzer und Klubobmann Mag. Michael Strugl. Als Ersatzmitglieder: Annemarie Brunner, Georg Ecker, Anton Hüttmayr, Maria Jachs, Gabriele Lackner-Strauss und Franz Weinberger.

SPÖ-Mitglieder: Klubobmann Dr. Karl Fraiss, Arnold Schenner, Dr. Kordula Schmidt, Zweite Präsidentin Gerda Weichsler und Maria Mühlböck.

Ersatzmitglieder: Helmut Kapeller, Christian Makor-Winkelbauer, Gertrude Schreiberhuber, Ing. Fritz Sulzbacher und Erich Pilsner.

Grüne-Mitglied: Klubobmann Gunther Trübswasser

Ersatzmitglied: Gottfried Hirz.

FPÖ-Mitglied: Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Ersatzmitglied: Ing. Herbert Aspöck.

Der Wahlvorschlag für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für Frauenangelegenheiten lautet folgendermaßen:

ÖVP-Mitglieder: Annemarie Brunner, Anna Eisenrauch, Maria Jachs, Theresia Kiesel, Gabriele Lackner-Strauss und Martina Pühringer. Ersatzmitglieder: Dr. Walter Aichinger, Mag. Otto Gumpinger, Erste Präsidentin Angela Orthner, Wolfgang Stanek, Mag. Thomas Stelzer, Klubobmann Mag. Michael Strugl.

SPÖ-Mitglieder: Maria Mühlböck, Zweite Präsidentin Gerda Weichsler, Vera Lischka, Reinhard Winterauer, Mag. Jasmine Chansri.

Ersatzmitglieder: Hermine Kraler, Gisela Peutlberger-Naderer, Dr. Kordula Schmitdt, Mag. Gertraud Jahn und Roswitha Bauer.

Grüne-Mitglied: Dritte Präsidentin Doris Eisenriegler.

Ersatzmitglied: Ulrike Schwarz.

FPÖ-Mitglied: Helga Moser.

Ersatzmitglied: Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses lautet folgendermaßen:

ÖVP-Mitglieder: Annemarie Brunner, Georg Ecker, Dr. Walter Entholzer, Alfred Frauscher, Maria Jachs und Josef Mayr. Als Ersatzmitglieder: Dr. Walter Aichinger, Friedrich Bernhofer, Anton Hüttmayr, Erste Präsidentin Angela Orthner, Wolfgang Schürrer, Josef Steinkogler.

SPÖ-Mitglieder: Erich Pilsner, Arnold Schenner, Dr. Julia Röper-Kelmayr, Ing. Fritz Sulzbacher, Reinhard Winterauer.

Ersatzmitglieder: Josef Eidenberger, Klubobmann Dr. Karl Fraiss, Helmut Kapeller, Gisela Peutlberger-Naderer, Zweite Präsidentin Gerda Weichsler.

Grüne-Mitglied: Gottfried Hirz.

Ersatzmitglied: Klubobmann Gunther Trübswasser.

FPÖ-Mitglied: Helga Moser, als Ersatzmitglied Ing. Herbert Aspöck.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Kontrollausschusses lautet folgendermaßen:

ÖVP-Mitglieder: Dr. Walter Aichinger, Alfred Frauscher, Mag. Otto Gumpinger, Anton Hüttmayr, Klubobmann Mag. Michael Strugl, Arnold Weixelbaumer. Als Ersatzmitglieder: Josef Brandmayr, Anna Eisenrauch, Johann Hingsamer, Theresia Kiesl, Josef Mayr und Martina Pühringer.

SPÖ-Mitglieder: Ing. Josef Öller, Helmut Kapeller, Christian Makor-Winkelbauer, Gertrude Schreiberhuber und Hermine Kraler.

Ersatzmitglieder: Klubobmann Dr. Karl Fraiss, Rudolf Prinz, Dr. Kordula Schmidt, Reinhard Winterauer, Johann Affenzeller.

Grüne-Mitglied: Klubobmann Gunther Trübswasser.

Ersatzmitglied: Gottfried Hirz.

FPÖ-Mitglied: Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Ersatzmitglied Ing. Herbert Aspöck.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für EU-Angelegenheiten sieht folgendermaßen aus:

ÖVP-Mitglieder: Dr. Walter Entholzer, Maria Jachs, Wolfgang Schürrer, Josef Steinkogler, Gabriele Lackner-Strauss und Arnold Weixelbaumer. Als Ersatzmitglieder: Annemarie Brunner, Georg Ecker, Anton Hüttmayr, Erste Präsidentin Angela Orthner, Mag. Thomas Stelzer, Klubobmann Mag. Michael Strugl.

SPÖ-Mitglieder: Klubobmann Dr. Karl Fraiss, Helmut Kapeller, Erich Pilsner, Gertrude Schreiberhuber und Ing. Fritz Sulzbacher.

Ersatzmitglieder: Johann Affenzeller, Zweite Präsidentin Gerda Weichsler, Mag. Gertraud Jahn, Rudolf Prinz und Gisela Peutlberger-Naderer.

Grüne-Mitglied: Ulrike Schwarz.

Ersatzmitglied: Klubobmann Gunther Trübswasser.

FPÖ-Mitglied: Ing. Herbert Aspöck.

Ersatzmitglied: Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Der Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für Petitionen und Rechtsbereinigungen lautet:

ÖVP-Mitglieder: Alfred Frauscher, Erste Präsidentin Angela Orthner, Martina Pühringer, Wolfgang Stanek, Klubobmann Mag. Michael Strugl und Arnold Weixelbaumer. Als Ersatzmitglieder: Josef Brandmayr, Dr. Walter Entholzer, Mag. Otto Gumpinger, Anton Hüttmayr, Theresia Kiesl und Wolfgang Schürrer.

SPÖ-Mitglieder: Erich Pilsner, Dr. Kordula Schmidt, Mag. Jasmine Chansri, Hermine Kraler, Roswitha Bauer.

Ersatzmitglieder: Dr. Julia Röper-Kelmayr, Ing. Josef Öller, Vera Lischka, Johann Affenzeller und Mario Mühlböck.

Grüne-Mitglied: Maria Wageneder.

Ersatzmitglied: Ulrike Schwarz.

FPÖ-Mitglied: Dr. Josef Brunmair.

Ersatzmitglied: Helga Moser.

Das waren die Wahlvorschläge für alle Ausschüsse.

Erste Präsidentin: Lieber Herr Schriftführer, vielen Dank. Danke. Sie haben alle Vorschläge gehört. Die Wahl erfolgt durch Zustimmungserklärung und wenn Sie mit den Wahlvorschlägen einverstanden sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Da stelle ich fest, dass diese Wahlvorschläge für die Mitglieder der Ausschüsse und die Ersatzmitglieder der Ausschüsse einstimmig angenommen worden sind.

Zwei Anträge sind noch eingelangt. Wir haben die Beilage Nummer 3/2003 und die Beilage Nummer 4/2003 Ihnen zugeteilt. Die erste Beilage ist ein Initiativantrag betreffend das Bestellen eines Anwalts für die Bewohner der Alten- und Pflegeheime. Diese Beilage erhält der Sozialausschuss zur Vorberatung. Den Initiativantrag betreffend ein Landeskindergeld, die Beilage Nummer 4/2003 erhält der Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere nächste Aufgabe in diesem hohen Haus ist die Beschlussfassung und die Diskussion über den Voranschlag. Die nächste Landtagssitzung beschäftigt sich mit dem Voranschlag der Landesregierung. Sie findet am 20. November 2003 statt, die Sitzung des Ausschusses für Finanzen zur Vorberatung des Voranschlages am 4. Dezember und das Budget, also die Sitzung des Oberösterreichischen Landtags, in der der Voranschlag beraten und beschlossen werden soll, ist für 16., 17. und 18. Dezember 2003 vorgesehen. Am 3. Dezember werden weitere Ausschusssitzungen stattfinden, aber zu all diesen Sitzungen erhalten Sie noch schriftliche Einladungen. Damit ist die konstituierende Sitzung des Oö. Landtags in der 26. Geschäftsgebungsperiode geschlossen.

(Ende der Sitzung: 11.15 Uhr)